

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2023-03-23_Paris_Manif_retraites_Paris_03.jpg

STREIKEN UND GEGEN MACRON GEWINNEN

INHALT

| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| <i>Tarifrunden 2023</i> | |
| Hohe Erwartungen und hohe Streikbereitschaft, Helmut Born | 3 |
| <i>Ver.di-Streik</i> | |
| Keine falsche Hoffnung auf die Schlichtung!, Streikende aus Leipzig | 5 |
| <i>Bankenkrise</i> | |
| Welchen Charakter hat die neue Finanzkrise?, Guenther Sandleben | 6 |
| <i>Bankenkrach</i> | |
| Banken auf der Kippe? Ursprung, Natur und Verlauf der Krise, Interview mit Michael Roberts | 12 |
| <i>Ökologie</i> | |
| Sozial-ökologische Transformationskonflikte, Jakob Schäfer | 17 |
| <i>Frankreich</i> | |
| Streiken und gegen Macron gewinnen, Nationales Politisches Komitee der NPA | 22 |
| <i>Portugal</i> | |
| Die Sozialdemokratie im Gegenwind, Jorge Costa | 28 |
| <i>Myanmar</i> | |
| Der vergessene Krieg, Pierre Rousset | 31 |
| <i>Sudan</i> | |
| Weder Sieger noch Besiegte, Luiza Toscano | 37 |
| <i>Soziale Bewegungen</i> | |
| Zwischen Krise und Herausforderungen der Zukunft, Julia Cámara | 40 |
| <i>Griechenland</i> | |
| Ursachen und Folgen eines Zugunglücks, Antonis Ntavanellos | 46 |
| <i>Brasilien</i> | |
| Lulas Gratwanderung, Gabriella Lima | 50 |
| <i>Livio Maitan</i> | |
| Das 20. Jahrhundert von Livio Maitan, Enzo Traverso | 54 |
| <i>Buchbesprechung</i> | |
| Emanzipation und Alltagsleben, Friedrich Voßkuhler | 59 |
| <i>Spendenaufruf</i> | |
| Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften | 62 |
| <i>Nachruf</i> | |
| Ahlem Belhadj (1964–2023), Gilbert Achcar | 63 |
| Ökosozialistische Konferenz der ISO | 64 |

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

HOHE ERWARTUNGEN UND HOHE STREIKBEREITSCHAFT

Nach den mageren Abschlüssen in der Chemie- und Metall- und Elektroindustrie im letzten Jahr bestimmen seit Anfang des Jahres die verschiedenen Tarifrunden im Organisationsbereich von ver.di die öffentliche Debatte.

■ **Helmut Born**

Bei der Post und im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen wurden höhere Forderungen als in den Industriegewerkschaften aufgestellt, was vor allem Ausdruck der Diskussionen unter den Mitgliedern gewesen ist. Vor allem die Forderung für die Beschäftigten der Post nach einer 15 %-Lohnerhöhung bei einer Laufzeit von 12 Monaten sorgte für Aufmerksamkeit. Dabei spielte auch das operative Ergebnis der Post – mit 8,4 Milliarden € im letzten Jahr das höchste seit der Privatisierung – eine wichtige Rolle. Im Öffentlichen Dienst wurde von ver.di und dem Deutschen Beamtenbund (DBB) eine Erhöhung der Einkommen von 10,5 % und ein Mindestbetrag von 500 € gefordert, ebenfalls mit einer Laufzeit von 12 Monaten. Zu guter Letzt startete im Februar auch die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) im DGB mit einer Forderung von 12,5 % und einem Mindestbetrag von 650 € in die Tarifrunde.

Tarifrunde Post: Hohe Erwartung – enttäuschendes Ergebnis

Als erstes startete die Post schon Anfang Januar in die Tarifrunde. Die Fachbereichsleitung von ver.di bemühte sich um eine weitgehende Einbeziehung ihrer aktiven Mitglieder, was auch in der Forderung ihren Ausdruck fand. Bevor die erste Verhandlungsrunde am 5. Januar startete

wurde eine Video-Konferenz durchgeführt, an der mehrere hundert Mitglieder teilnahmen. Hierbei kamen die Wünsche der Mitglieder nach einer kräftigen Lohnerhöhung zum Ausdruck, da die Erhöhung 2022 mit 2 % weit unterhalb der Inflationsrate von 8,6 % geblieben war. Es ging also nicht nur darum, für die in diesem Jahre (2023) erwarteten Preissteigerungen einen Ausgleich zu schaffen, sondern auch den Lohnverlust von 2022 auszugleichen.

Nach der ergebnislosen ersten Verhandlungsrunde startete ver.di mit ersten eintägigen Warnstreiks. Dabei war das Ziel, dem Postvorstand die Ernsthaftigkeit der Forderung deutlich zu machen. Nach jeder Verhandlungsrunde gab es wiederum Video-Konferenzen, an denen sich immer Hunderte Aktivist*innen beteiligten und bei denen über die Verhandlungen und über weitere Kampf-schritte beraten wurde. Nach jeder Verhandlungsrunde wurden mehr Beschäftigte in die Streikaktionen einbezogen, sodass sich nach der dritten Verhandlungsrunde über 100 000 Kolleg*innen an den „Warnstreiks“ beteiligt hatten. Offensichtlich war der Postvorstand nicht sonderlich beeindruckt, was sich in dem mäßigen Angebot des Postvorstandes nach drei Verhandlungsrunden ausdrückte. Dies sorgte dafür, dass die Tarifkommission die Verhandlungen für gescheitert erklärte und dann die Urabstimmung eingeleitet wurde. Dabei stimmten 85,9% der Mit-

glieder für Streik, was allerdings weit unterhalb sonstiger Urabstimmungsergebnisse lag. Ursache dafür war u. a., dass der „Christliche“ Deutsche Postverband (DPV), eine rechte Konkurrenzorganisation, gegen den Streik agitierte. Auch der Postvorstand war nicht an einem langen Arbeitskampf interessiert, unterbreitete aber nur ein leicht verbessertes Verhandlungsangebot. Dies wurde von der ver.di-Leitung und der Tarifkommission angenommen, offensichtlich ohne Rücksprache mit den Aktivist*innen in einer erneuten Videokonferenz. Am 19. März wurde der Öffentlichkeit dann das Ergebnis der Verhandlungen präsentiert:

Von Januar 2023 bis März 2024 gibt es insgesamt 3000 € netto „Inflationsausgleich“ und ab April 2024 dann 340 € für alle Tarifgruppen. Also keine Tarifsteigerung in diesem Jahr und eine Erhöhung im nächsten Jahr, die wohl kaum die gestiegenen Preise ausgleicht, geschweige denn ein Plus ins Portemonnaie bringt.

Dass dieses Verhandlungsergebnis in der Belegschaft sicherlich nicht nur Zustimmung erfährt, wurde in der anschließenden Videokonferenz deutlich, an der wieder mehrere Hundert Aktivist*innen teilnahmen. Es kam dort viel Kritik und Unzufriedenheit mit dem Ergebnis zum Ausdruck. Dies drückte sich dann auch in der anschließenden Urabstimmung aus: Über 38 % stimmten mit Nein und brachten damit ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck.

Aus dem Ablauf der Tarifrunde muss die Lehre gezogen werden, dass die Basis bei jedem Schritt einbezogen werden muss. Videokonferenzen oder andere Versammlungen der Aktivist*innen müssen über jeden einzelnen Schritt informiert werden und über das weitere Vorgehen demokratisch entscheiden.

Tarifrunde Öffentlicher Dienst (Bund und Kommunen)

Die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst hat noch einmal eine andere Bedeutung als die bei der Post. Nicht nur, dass es hier um die Einkommen von über 2,5 Millionen Beschäftigte geht, sondern vor allem geht es auch um die Haushalte von Bund und Kommunen. Aus diesem Grund kommt es hier mehr als in anderen Bereichen darauf an, die Öffentlichkeit für eine Unterstützung zu gewinnen. Trotz der häufigen Streiks in den Kitas, im ÖPNV oder der Müllabfuhr ist dies gut gelungen, weil die Teuerungen ja in jedem Haushalt zu spüren sind. Da schon sehr frühzeitig die dritte Verhandlungsrunde auf Ende März gelegt wurde, war klar, dass es in diesem Monat viele Aktionen geben würde, um möglichst viel Druck auf die

Bundesregierung und die „Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände“ (VKA) auszuüben. Besonders erwähnenswert war der Streik der Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, und der Streik in sämtlichen Bereichen des Verkehrs (ÖPNV, Bahn, Flughäfen, Autobahnmeistereien) zusammen mit der Eisenbahngewerkschaft (EVG) am Beginn der dritten Verhandlungsrunde am 27. März. Hier zeigte sich endlich einmal, wozu Gewerkschaften in der Lage sind, wenn sie zusammen handeln. Dieser sogenannte „Mega-Streik“ wurde entsprechend von den Unternehmensverbänden und großen Teilen der Presse bekämpft. Er sei unverantwortlich und ginge weit über das Ziel hinaus. Wobei dies erneut mit der Forderung nach Einschränkung des Streikrechtes verbunden wurde. Trotz dieser Gegen-Propaganda war dieser „Generalstreik“ im Verkehrswesen ein voller Erfolg, an dem sich über 120 000 Beschäftigte beteiligten.

Die vielfältigen Aktionen reichten nicht, um am 29.3. in Potsdam zu einem Abschluss zu kommen. Die Gewerkschaften waren nicht mit dem Angebot der „Arbeitgeber“ (zweimal 150 € in diesem und im nächsten Jahr, also mit einer Laufzeit von 24 Monaten) einverstanden und erklärten die Verhandlungen für gescheitert. Im Öffentlichen Dienst ist nun ein Schlichtungsverfahren vorgesehen, das die beiden Seiten mit je zwei Schlichtern betreiben müssen, wobei der Vorsitzende die entscheidende Stimme hat. Der Vorsitzende ist abwechselnd der von den Gewerkschaften oder der von den „Arbeitgebern“ ernannte Beisitzer. In dieser Runde ist es der von den Gewerkschaften ernannte. Er wird also den Gewerkschaften entgegenkommen müssen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Für ver.di und DBB gibt es keinen Grund, sich auf einen lauen Kompromiss einzulassen. Hat doch der bisherige Verlauf der Tarifrunde gezeigt, dass es eine hohe Streikbereitschaft gibt und dass gerade ver.di viele neue Mitglieder gewonnen hat.

10.4.2023

██████████

KEINE FALSCHHE HOFFNUNG AUF DIE SCHLICHTUNG!

Diese Resolution unter dem Titel „Keine falsche Hoffnung auf die Schlichtung! Erzwingungsstreik vorbereiten!“ wurde verabschiedet von

■ Streikende aus Leipzig.

Wir begrüßen es, dass die Bundestarifkommission das Scheitern der Verhandlungen erklärt hat. Nun gilt es, bei der Schlichtung und den darauf folgenden Verhandlungen hart zu bleiben! Es bleibt dabei: **Die Forderungen nach 500 Euro (200 Euro für Auszubildende) als Festgeldehöhung auf den monatlichen Tabellenlohn – bei 12 Monaten Laufzeit – sind berechtigt und nötig und rückwirkend zum Jahresbeginn zu zahlen.**

Auch eine leichte Verbesserung zum letzten Arbeitgeberangebot ist meilenweit entfernt von dem, was wir brauchen.

Unsere Forderungen können wir nur mit einem Erzwingungsstreiks durchsetzen. Dazu sind wir bereit: Eine halbe Million Kolleginnen und Kollegen haben sich an den Warnstreiks beteiligt!

Deshalb gibt es keinen Grund, ein Schlichtungsergebnis zu akzeptieren, das nicht unsere Forderungen erfüllt.

Wir fordern:

- Keine Annahme eines Schlichterspruches durch die ver.di-Vertreter*innen in der Schlichtungskommission, wenn unserer Forderung nach 500 Euro (200 Euro für Azubis) bei 12 Monaten Laufzeit nicht entsprochen wird.
- Die Einleitung der Urabstimmung über das Ergebnis der Schlichtung und einen möglichen Erzwingungsstreik.

Wir stärken unserer Bundestarifkommission den Rücken, indem wir:

- wöchentliche Treffen der Betriebe bzw. Betriebsteile organisieren, wobei wir:
 - in der ersten Woche die Kollegen informieren,
 - in der zweiten Woche Vorbereitung für den Streik treffen
 - in der dritten Woche Kollegen für den Streik mobilisieren und für Ver.di gewinnen

- nach Ende der Friedenspflicht sofortige Arbeitsstreiks zur Vorbereitung von Urabstimmung und Arbeitskampf organisieren.
- eine bundesweiten Streikdelegiertenkonferenz organisieren, um hier gemeinsam über die nächsten Schritte im Arbeitskampf beraten und unsere Aktionen zu koordinieren.

Wir sind zuversichtlich, dass wir mit einem Erzwingungsstreik unsere Forderungen durchsetzen können.

Einstimmig verabschiedet von knapp 100 Kolleginnen und Kollegen im Rahmen des Arbeitsstreiks der Leipziger Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der Leipziger Verkehrsbetriebe am 31.3.2023.

Quelle: Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (<https://vernetzung.org/resolutionen-zur-tarifrunde-des-oeffentlichen-dienst/>). 12. 4. 2023

ANMERKUNGEN DER REDAKTION DER INTERNATIONALE:

Wir wollen noch darauf hinweisen, dass linke Gewerkschaftsaktivist*innen seit Jahren die Kündigung des Schlichtungsabkommens fordern, denn dieses sorgt regelmäßig dafür, dass eine gut in Gang gekommene Mobilisierung abgewürgt wird. Nach Verkündung eines „Schlichterspruchs“ ist es erfahrungsgemäß immer sehr schwer, neuen Schwung für eine Mobilisierung aufzubauen. Hinzu kommt, dass jedes zweite Mal die sogenannte „Arbeitgeberseite“ den stimmberechtigten Vorsitzenden bestellt. Aber auch bei dem dieses Mal von ver.di bestimmten stimmberechtigten Schlichter, Hans-Henning Lühr, einem ehemaligen Staatsrat, haben wir kein Vertrauen, dass er auf der Seite der Kolleginnen und Kollegen steht. (Für die „Arbeitgeberseite“ ist es dieses Mal Georg Milbradt, ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen.)

WELCHEN CHARAKTER HAT DIE NEUE FINANZKRISE?

Hohe Nervosität und schon etwas Panik war zu spüren, als im März 2023 größere Banken gerettet werden mussten. Gerüchte gingen um und man fragte sich, welche Bank als Nächstes zusammenbrechen könnte.

■ Guenther Sandleben

Bankaktien brachen ein, erholten sich, um bei entsprechenden Gerüchten erneut einzubrechen. Zweifel an der Überlebensfähigkeit von Banken mussten rasch ausgeräumt und Vergleiche mit der Bankenpanik von 2008 kleingeredet werden. Regierungsvertreter, Notenbanker und Autoritäten der Finanzwelt setzten schließlich als herrschende Meinung die These durch, wonach unser heutiges Finanzsystem viel sicherer sei als damals und dass es sich bei den Konkursen um Sonderfälle mit hausgemachten Problemen handele. Lasst sie reden und untersuchen wir besser die Ereignisse selbst!

Was war passiert?

Die Silicon Valley Bank (SVB) wurde am 10. März 2023 geschlossen, nachdem Einleger an einem einzigen Tag bis zu 42 Mrd. US-Dollar abgezogen hatten. Dies war die größte US-Bankenpleite seit der Finanzkrise 2008.

Einige Tage später drohte die Schweizer Großbank Crédit Suisse (CS) in Konkurs zu gehen. Regierungen und Notenbanken gaben den strauchelnden Banken im großen Stil Garantien und Notkredite. Im Falle der CS zimmerten Schweizerische Notenbank (SNB), Finanzmarktaufsicht und Regierung eine Auffanglösung: An den Aktionären und dem Kartellrecht vorbei drängte man den etwas größeren Konkurrenten UBS zur Übernahme. „Damit wird das Aktienrecht ausgehöhlt. Die Aktionäre der Crédit Suisse werden ohne Rechtsgrundlage faktisch enteignet“,

kommentierte Peter Viktor Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern das seiner Meinung nach „skandalöse“ Vorgehen.¹

Die SNB gewährte beiden Banken Liquiditätshilfen von insgesamt 200 Milliarden Franken und für Risiken im CS-Portfolio von Wertpapieren haftet der Bund mit neun Milliarden Franken. „Ein Konkurs der Crédit Suisse hätte schwerwiegende Folgen für die nationale und internationale Finanzstabilität und für die Schweizer Wirtschaft gehabt. Dies zu riskieren, wäre verantwortungslos gewesen“, rechtfertigte der SNB-Präsident Thomas Jordan die einschneidenden Maßnahmen.²

Horror vor dem großen Crash

Etliche Beobachter des Geschehens entdeckten sogleich Parallelen zur großen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008. Dieser Vergleich ist umso verständlicher, als vieles an jene Zeit erinnerte, darunter die Plötzlichkeit, mit der die neue Finanzkrise auftrat, die Gefahren für das gesamte Finanzsystem, das Öffnen der Geldschleusen seitens der Notenbanken, die möglicherweise sehr kostspieligen Garantien der Regierungen und nicht zuletzt der lockere Umgang mit Rechtsprinzipien, der selbst vor dem Privatigentum nicht Halt machte.

Schon damals gerieten anfangs nur einzelne Banken und Unternehmen in Schwierigkeiten, bis schließlich sichtbar wurde, dass die Krise System hatte und gro-

ße Rettungsschirme gespannt werden mussten, um die unheilvollen, blind wirkenden zerstörerischen Kräfte der kapitalistischen Produktionsweise zu bändigen, soweit das politisch machbar war. „Es gab Stimmen“, schrieb der damalige Finanzminister Peer Steinbrück, „die vom Ende des Kapitalismus sprachen“, und in seinem Buch *Beyond the Crash* (2011, S. 18) stellte der britische Premierminister Gordon Brown nüchtern fest: „Im September (2008) wurde mir klar, dass wir nur noch Tage von einem vollständigen Zusammenbruch entfernt waren.“

Beruhigungsspillen werden verteilt

Angesichts dieser Erfahrung und dem Horror vor einem Zusammenbruch des Systems sind die große Nervosität, die Hektik und die Massivität verständlich, mit der Notenbanken, Finanzaufsicht und Regierungen im März intervenierten. Schon um sich selbst Mut zu machen, vor allem aber, um die Anleger zu beruhigen, keine weiteren Gelder von den ins Gerede gekommenen Banken abziehen, mussten sämtliche Autoritäten des Staates und der Finanzwelt die aktuelle Krise verharmlosen und den Vergleich mit 2008 zurückweisen.

US-Finanzministerin Janet Yellen meinte in ihrer Rede vor dem Bankenverband, dass beide Krisen nicht vergleichbar wären. Das heutige Finanzsystem sei wegen der gestärkten Eigenkapitalbasis der Banken und verschiedener Finanzreformen stabil.

Die Präsidentin der Europäischen Zentralbank (EZB) Christine Lagarde bekämpfte ihren Schrecken mit den beruhigenden Worten, der Bankensektor sei „widerstandsfähig“ und verfüge über eine starke Kapital- und Liquiditätsausstattung. Für alle Fälle stehe der „gesamte Werkzeugkasten“ der Geldpolitik für den Fall zur Verfügung, dass das Finanzsystem des Euroraums Liquiditätshilfen brauche. Das europäische Bankensystem stehe robust da, meinte das deutsche Wirtschaftsministerium und Bundesbankpräsident Joachim Nagel versicherte mit ähnlichen Worten: „Wir stehen nicht vor einer Wiederholung der Finanzkrise von 2008“. (FAZ 23.3.23).

Doch die Unsicherheit wollte einfach nicht weichen. Die Krise schwelte weiter, ohne dass man die Brandstellen lokalisieren konnte. Beispielsweise blieben die Risikoprämien für Kredit-Ausfallversicherungen, sogenannte Credit Default Swaps (CDS), für Banken sehr hoch, die Hektik im Handel mit Bankaktien setzte sich fort und die einst fest entschlossenen Notenbanken, die Inflation durch weitere Leitzinsanhebungen konsequent zu bekämpfen, verloren mehr und mehr ihren Mut und wagten kaum noch zu

erwähnen, dass sie neben höheren Zinsen auch noch den in ihren Bilanzen enthaltenen hohen Anleihebestand durch Verkäufe reduzieren wollten.

Europäischen Zentralbank in der Zwickmühle

„Es gibt keinen Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und Finanzstabilität“, hatte EZB-Präsidentin Lagarde immer wieder versichert. Andere Zentralbanken beruhigten mit ähnlichen Worten. Jedoch die März-Ereignisse enthielten eine andere Botschaft. Die EZB und andere Zentralbanken hatten im vorigen Jahr begonnen, die Geldvermehrung durch Anleihekäufe zu stoppen und die Zinsen zu erhöhen, gerade um die Inflation zu bekämpfen. Nun taten sie Gegenteiliges. Sie stellten umfangreiche Kredithilfen mit entsprechender Ausweitung ihrer Geldmengen zur Verfügung und ließen zinspolitische Zurückhaltung erkennen. So förderten sie die Inflation, die sie doch konsequent bekämpfen wollten. Strauchelnde Banken zwangen sie dazu. Sie hatten, wie der SNB-Präsident Thomas Jordan im Falle der *Crédit Suisse* gesagt hatte, schwerwiegende Folgen für die nationale und internationale Finanzstabilität abzuwehren. Sie mussten die Inflationsbremsen frühzeitig, d.h. ohne dass sie schon die erhoffte Wirkung erzeugt hatten, lockern, weil sie Banken ins Schleudern gebracht hatten.

Man erkennt die Zwickmühle: Zentralbanken, die höhere Zinsen als Mittel gegen die Inflation einsetzen, erschüttern Banken und Finanzmärkte. Sie richten hier Schaden an, sobald sie ihr Inflationsziel ernsthaft verfolgen.

Charakter der neuen Finanzkrise

Die Verwerfungen, zu denen die Zinserhöhungspolitik maßgeblich beigetragen hatte, zeigten sich sehr konkret im Zusammenbruch der Silicon Valley Bank. Die SVB war die bevorzugte Bank für Risikokapital- und Start-up-Unternehmen in Kalifornien. Etwa 50 Prozent der Silicon-Valley-Start-ups gehörten zu ihren Kunden. In den Jahren vor 2022 sammelten Risikokapitalfirmen Milliarden US-Dollar ein. Viele dieser Fonds legten das Geld bei der SVB an, um es später in Start-up-Unternehmen zu investieren. Die Guthaben verdreifachten sich von Anfang 2020 bis Ende 2022 auf 175 Mrd. US-Dollar.³ Vorsichtig, wie sich die SVB verhielt, legte sie die hohen Einlagen überwiegend in Staatsanleihen und in Mortgage-backed Securities (hypothekarisch besicherte Anleihen) an. Toxische, hochspekulative Subprime-Papiere spielten hier überhaupt keine Rolle, sondern nur die als ganz sicher eingestuft, mit hohen Ratings versehenen Staatsanleihen.

Zwei Entwicklungen ruinierten die SVB: *Erstens* geriet die Tech-Industrie ins Stocken mit der Folge, dass wegen der verschlechterten Geschäftsaussichten der Strom neuer Einlagen zu versiegen begann. Was noch entscheidender war: Die Unternehmen zogen ihr Geld ab, da sie dringend Cash benötigten. Denn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Tech-Industrie hatten das Vertrauen in ihre eigene Kreditwürdigkeit erschüttert. Sofortige Zahlung war angesagt. Zudem führten Stockungen im eigenen Geschäft zu einem höheren Geldbedarf. Die SVB konnte die abfließende Liquidität nur bereitstellen, wenn sie Wertpapiere verkaufte.

Hier nun kommt die *zweite Entwicklung* ins Spiel, die in einem Zusammenhang mit der großen Krise von 2008 und deren Nachwirkungen steht. Auch die Corona-Politik und vor allem die Inflation spielen eine Rolle. Ohne sich in Einzelheiten zu verlieren, soll hier nur festgehalten werden, dass neben der US-amerikanischen Notenbank Fed, der japanischen und britischen auch die Europäische Zentralbank bis Mitte 2022 die Zinsen extrem niedrig hielten. Vorangegangene Leitzinssenkungen und verschiedene Anleihekaufprogramme bewirkten derart hohe Kurssteigerungen am Markt für Anleihen, dass die Renditen sicherer Anleihen vielfach ins Minus rutschten – eine historisch einmalige Entwicklung. Erklärtes Ziel der großen Notenbanken war, ihre jeweilige Wirtschaft mithilfe extrem niedriger Zinsen zu fördern, um eine Deflation zu verhindern. Die Anleihekaufprogramme ermöglichten zudem den Regierungen, ihre krisenbedingt wachsenden Staatsausgaben mehr und mehr durch die Ausgabe neuer Wertpapiere zu finanzieren, die dann die Notenbanken mit frisch gedruckten oder elektronisch bereitgestellten Banknoten kauften, so dass die Zentralbankgeldmenge sprunghaft anstieg. Die EZB kaufte Wertpapiere von insgesamt fast fünf Billionen Euro.

Dieser große zinspolitische Zusammenhang bestimmte die Entscheidungen sämtlicher Finanzinstitute, auch die der SVB. Um die zugeflossenen Gelder sicher anzulegen, kaufte die SVB vor allem Staatsanleihen, obwohl deren Kurse viel zu hoch und die erzielbaren Renditen viel zu niedrig oder gar negativ waren. Hätte sie riskantere Geldanlagen mit höheren Renditen gewählt, wäre der Verdacht aufgekommen, sie würde leichtsinnig mit ihren Kundengeldern umgehen. Vorsicht war also angesagt.

Im Zuge steigender Inflationsraten stellten im vorigen Jahr verschiedene Notenbanken, darunter die Fed und die EZB, ihre Anleihekäufe ein und begannen, ihre Leitzinsen zügig anzuheben. Die Kurse sämtlicher Anleihen brachen

daraufhin ein. Die SVB mit ihrem hohen Bestand an „soliden“ Staatsanleihen verzeichnete hohe Buchverluste. Diese wären wegen der üblichen buchtechnischen Verfahren kaum aufgefallen, wäre die SVB durch die Mittelabflüsse nicht gezwungen gewesen, die Verluste durch die Verkäufe von Anleihen zu realisieren. Sie musste verkaufen, um selbst zahlen zu können.

Am 8. März die Offenbarung: Nach Handelsschluss verkündete die SVB, sie werde einen Verlust von 1,8 Milliarden US-Dollar verbuchen. Es roch nach Bankrott. Verschärfend kam hinzu, dass nur sechs Prozent der Bankkunden ihre Einlagen durch die staatliche Einlagenversicherung bis zu einer Höhe von 250.000 US-Dollar garantiert sahen. Der Rest besaß höhere Einlagen. Die große Masse musste also mit hohen Verlusten und dazu mit größeren Verzögerungen rechnen, an ihre Einlagen zu kommen, um damit ihre eigenen Lieferanten und Beschäftigten zu bezahlen. Dies erklärt den besonders massiven Bank Run, der am 10.3. seinen Höhepunkt erreichte. Die ganze Dramatik, die darin steckte, zeigt uns, warum der US-Staat eine Komplettgarantie für sämtliche Einlagen geben musste.

Der Druck auf die entsprechenden Staatsabteilungen, auf Regierung, Notenbank und Finanzaufsicht, solche Garantien zu gewähren, wurde noch dadurch verstärkt, dass die Finanzinvestoren, deren Gelder als Einlage u. a. zur SVB geflossen waren, sowie die Silicon-Valley-Größen eine Kampagne mit der zentralen Aussage initiierten: Die Facebooks von morgen würden im Keim erstickt, wenn ihre nicht versicherten Guthaben nicht staatlich garantiert würden. (FAZ 21.02.23)

Die Kausalitäten sind bemerkenswert: Zuerst brachten die allgemeinen Verwerfungen der Zinspolitik, die wiederum ihre Voraussetzungen in der Wirtschaft hatten, und die besonderen wirtschaftlichen Verwerfungen des Tech-Sektors die SVB in Turbulenzen und nun sollte sie gerettet werden, um den Tech-Sektor zu stärken und um eine größere Finanzkrise mit negativen Folgen für die gesamte Wirtschaft abzuwenden. Es zeigte sich, wie Wirtschaftskrise, Finanzkrise und staatliches Management ineinander verschlungen sind und welche Anstrengungen Regierung und Notenbank unternahmen, um die kapitalistische Akkumulation einigermaßen aufrechtzuerhalten.

Staatlicher Eingriff in die Bankenlandschaft löst die Wirtschaftsprobleme nicht. Man fügt neue Probleme hinzu.

Die kleine Geschichte der Notenbankpolitik seit der großen Weltwirtschaftskrise von 2008 liefert Hinweise für

Macht und Ohnmacht einer Notenbank: Sie kann durch das entschlossene Öffnen ihrer Geldschleusen die Panik dämpfen, die Wirkungen der Krise mildern, zusammen mit der Finanzpolitik eine Depressionsspirale verhindern, aber immer um den Preis, dass sie ihre späteren Handlungsmöglichkeiten untergräbt und Entwicklungen einleiten muss, die später die Wirtschaft schwächen. Das Problem ist nur in die Zukunft verschoben, wie die Zinspolitik gezeigt hat.

Neoliberale verdrehen später die Kausalitäten und klagen Notenbank und Regierung an, die gesamte Krise durch ihr Fehlverhalten, durch eine falsche Zins- und Ausgabenpolitik verursacht zu haben.⁴ Denn ihrer Meinung nach sei die kapitalistische Produktionsweise eine krisenfreie Angelegenheit. Nur äußere Umstände könnten deshalb die ökonomischen Katastrophen herbeiführen. Die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Akkumulation wird schon dadurch weggeleugnet, dass die Ware mit ihrem Gegensatz von Gebrauchswert und Tauschwert in ein Produkt, das dort entstehende Geld in einen bloßen Vermittler des Produktaustauschs und schließlich die spezifisch kapitalistischen Bedingungen der Produktion in allgemeine, natürliche Bedingungen jeglicher Produktion verwandelt werden.⁵ Diese Sichtweise blendet alle Krisenelemente aus, die auch nur einen Schatten auf die kapitalistische Produktionsweise selbst werfen könnten.

Was wäre passiert, wenn sich die Politik im März 2023 herausgehalten hätte und die Krisenprozesse so abgelaufen wären, wie sie sich notwendig aus den Widersprüchen und Gegensätzen der kapitalistischen Produktionsweise ergeben. Hätte der Staat das freie Spiel der Marktkräfte walten lassen, wäre ein Flächenbrand wahrscheinlich: Die Panik hätte zugenommen. Bankkunden hätten massenhaft versucht, ihre Einlagen von Banken abzuziehen. Da Banken ihre Einlagen in länger laufenden Anleihen und Krediten anlegen, die sogenannte Fristentransformation, wäre es notwendig zu massiven Anleiheverkäufen gekommen. Der Verkaufsdruck hätte die Wertpapierkurse purzeln lassen, also massenhafte Entwertung der Papiere, hohe Verluste für alle Banken, die ebenfalls verkaufen und die schon abgestürzten Wertpapierkurse weiter unterbieten müssten.

Die Kredit- und Bankenkrise hätte sich verallgemeinert, Bankkunden wären geprellt, Unternehmen reihenweise in Konkurs gegangen mit weiteren katastrophalen Folgen für das Finanzsystem. Der Kredit wäre zusammengebrochen. Nur bare Zahlung würde zählen. Sämtliche Geld-Reservefonds reichten nicht aus, die zuvor kreditgestützte Warenzirkulation mit Geld zu versorgen.

Also Geldkrise als Moment der Wirtschaftskrise mit dem praktischen Zwang, alle verfügbaren Waren panisch auf den Markt zu werfen, um selbst zahlen zu können. „Dies plötzliche Umschlagen des Kreditsystems in das Monetar-system“, schreibt Marx bezüglich der noch nicht staatlich gemanagten Krisen des 19. Jahrhunderts, „fügt den theoretischen Schrecken zum praktischen panic, und die Zirkulationsagenten schauern vor dem undurchdringlichen Geheimnis ihrer eigenen Verhältnisse.“ (MEW 13, S. 123)

Man sieht, welche Bedeutung die Notenbanken haben in diesem Prozess der Kapitalentwertung. Als Kreditgeber der letzten Instanz verhindern sie erst einmal die Entwertungsspirale einfach dadurch, dass sie das gesetzliche Zahlungsmittel, die Möglichkeit zur baren Zahlung, vor allem den Banken als Kredit in der notwendigen Höhe zur Verfügung stellen. Technisch gesehen „drucken“ sie die Banknoten, die nun Banken erhalten und an ihre Geldeinleger und Kreditkunden weiter geben.

Nur der Haken dabei ist, dass die Krisenelemente gerade nicht ausgeräumt, sondern nur in die Zukunft verschoben werden und sich dort mehr und mehr auf türmen. Eine anschwellende „permanente Krise“ ist die Folge⁶, weil Regierung und Notenbank durch ihre fiskal- und geldpolitischen Interventionen die für den konjunkturellen Aufschwung notwendige Bereinigungsfunktion der Krise zu einem großen Teil verhindern: Staatliche Konjunkturprogramme stützen die einbrechende Nachfrage und Subventionen, Sonderzahlungen etc. verhindern Pleiten und die Kredite an die in die Klemme geratenen Banken blockieren eine Verallgemeinerung der Kredit- und Bankenkrise. Statt dass Kapital in seinen verschiedenen Formen, als produktives Kapital, Warenkapital und fiktives Kapital (Anleihen, Aktien, Derivate) massenhaft entwertet wird, existiert es dank staatlicher Interventionen fort. Eine „Zombifizierung“ der Wirtschaft, sich auf türmende Kreditpyramiden, anschwellende Staatsschulden und sprunghaft steigende Notenbankbilanzen sind die Folgen. Solange Notenbanken noch in der Lage sind, durch Anleihekäufe den staatlichen Kreditbedarf zu finanzieren, gehen Staaten nicht Pleite, so dass ökonomisches Krisenmanagement möglich bleibt.

Nun lieferte die Pleite der SVB den praktischen Beweis, dass die Geldpolitik bereits in ein Stadium getreten ist, wo sie viel Unheil anrichtet. Nullzinspolitik einerseits und die inflationsgetriebenen, beinahe panisch erfolgten Zinsanhebungen andererseits haben keineswegs nur der SVB Probleme bereitet. Hohe Kursverluste bei Anleihen und die höheren Finanzierungskosten als Folge des Zins-

anstiegs belasten Finanzinstitute aber auch produzierende Unternehmen.⁷ Für Zombies sind niedrige Zinsen überlebensnotwendig, denn verschiedene Geschäftsfelder und Projekte geraten im Zuge höherer Finanzierungskosten in Schieflage. Zudem hängt die Expansionsfähigkeit bedeutender Teile der Wirtschaft direkt an der Höhe des Zinses. So bricht beispielsweise der Bauwirtschaft die Nachfrage weg, weil sich viele Bauvorhaben auch zinsbedingt nicht mehr lohnen. Kreditkrisen mit Zahlungsausfällen sind vorprogrammiert. Da sich Kredite im Bankensektor konzentrieren, folgen Banken Krisen den Kreditkrisen.

Die Geldpolitik hat also in den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft Minen zurückgelassen, die vor allem dann explodieren, wenn zusätzlich die wirtschaftliche Entwicklung ins Stocken gerät. Genau diese Konstellation führte die SVB in den Konkurs und sie könnte sich auch für andere als Fallstrick erweisen.

Europäische Zentralbank mit hohen Verlusten

Das Desaster bei der SVB wirft seinen Schatten selbst auf die großen Notenbanken. Auch sie besitzen in ihren angeschwollenen Bilanzen erhebliche Bestände an Anleihen, vor allem an „sicheren“ Staatsanleihen, die nun allesamt hohe Verluste aufweisen. Die SNB verlor 2022 etwa 130 Mrd. Franken, die US-amerikanische Notenbank Fed geschätzt 100 bis 150 Mrd. US-Dollar, die Bank von England etwa 150 Mrd. Pfund und auch die EZB sowie die nationalen Notenbanken des Eurosystem verzeichneten hohe Verluste, sodass sie ihre Risikovorsorge anzapften.⁸ Zu den Kursverlusten auf die Wertpapierbestände kommen Zinsverluste hinzu, die darauf beruhen, dass ihre Anleihen nur niedrige Renditen abwerfen, während die Einlagen, die Geschäftsbanken als überschüssige Liquidität bei ihnen halten, mit inzwischen 3 % verzinst werden. Je höher der Leitzins, desto mehr Zinsen müssen Notenbanken zahlen.

Dass die Notenbanken trotz der hohen Verluste kein vergleichbares Desaster wie die SVB erlebten, hat einen einfachen Grund: Sie drucken selbst die Banknoten, also die in der Krise so sehr begehrte „bare Zahlung“, so dass sie daran gerade keinen Mangel haben, der sie in die Liquiditätskrise führen könnte. Anders als die SVB mussten sie deshalb die Kursverluste ihrer Anleihen nicht realisieren. Da die Goldeinlösungspflicht aufgehoben ist, sind sie durch ihre Banknoten auch nicht verpflichtet, Gold oder andere Aktiva gegen die Banknoten herzugeben. Selbst wenn hohe Verluste ihr Eigenkapital aufzehrten, müssen sie keineswegs Konkurs wegen Überschuldung anmelden.

Und dennoch besteht ein Problem, wenn etwa die EZB hohe Verluste macht.

Gerade weil die Goldeinlösungspflicht nicht mehr existiert, ist das Vertrauen, das man ihr gibt, den Euro stabil zu halten, essentiell. Kann das Stabilitätsversprechen der EZB noch glaubwürdig sein, wenn sie selbst ökonomisch instabil ist, hohe Verluste macht, überschuldet ist und nach allgemeinen Maßstäben ihren Konkurs anmelden müsste? Drückt sich diese ökonomische Schieflage bereits im derzeitigen Inflationsschub aus? Längst fürchten Warenbesitzer, dass sie Einbußen erleiden, wenn sie den in Euro realisierten Wert ihrer verkauften Ware für den Kauf anderer Waren verwenden. Wie schnell Vertrauen verspielt wird, bewies die Pleite der SVB: Für den Umschlag in allgemeines Misstrauen bedurfte es nur einer Verlustmeldung.

Sozialismus oder Barbarei

Die neue Finanzkrise verläuft bislang mehr im Verborgenen und bricht erst an wenigen Stellen aus. Ihre Gefährlichkeit für das kapitalistische System besteht weniger in den zyklischen Krisenelementen, die sich u. a. im High-Tech-Sektor und in der Bauwirtschaft zeigen, sondern vor allem in dem Krisenpotenzial, das sich überzyklisch aufgebaut hat. Die „permanente Krise“ ist ein großes Risiko. Darin ist das Unheil eingeschlossen, das die Geldpolitik inzwischen anrichtet. Die wirtschaftspolitisch verschleppten Bereinigungskrisen haben die Voraussetzungen für eine noch nicht dagewesene, gigantische Entwertungsspirale geschaffen.

Anders als noch während der großen Krise 2008 ist der Hort für Stabilität, die Notenbank, ökonomisch angeschlagen. Zusehends verliert sie an Kraft, die Brandherde der neuen Finanzkrise mit ihrer selbst produzierten Liquidität zu ersticken. Sie steckt in einer Zwickmühle: Bekämpft sie die Inflation, produziert sie Verwerfungen im Finanzsektor, die sie inzwischen selbst treffen. Versucht sie, Banken zu retten, so verspielt sie das Vertrauen, die Inflation konsequent zu bekämpfen.

Ein allgemeiner Vertrauensverlust hätte schwerwiegende Folgen für das heutige Geldsystem. Denn bislang fingen die Notenbanken den Umschlag des Kreditsystems ins Monetaresystem auf, indem sie ihre Geldschleusen öffneten und die notwendige bare Zahlung bereitstellten. Was geschieht, wenn Inflation und Vertrauensverlust das Geldsystem stärker erschüttern? Wenn die Banknoten, die die Notenbank druckt, ihren Geldcharakter zu verlieren beginnen und man sie als bare Zahlung kaum noch akzeptiert? Das aus den heutigen Banknoten bestehende

Monetarsystem würde den Zusammenbruch des Kredits kaum noch auffangen können. „Werthaltiges“ Geld, die Geldware selbst und direkt darauf bezogene Wertzeichen kämen ins Spiel. An die Stelle des dahin schwindenden Vertrauens in die Notenbanken und deren Banknoten könnte mehr und mehr das Gold treten, so dass der Umschlag des Kreditsystems ins Monetarsystem weiter reichen würde als bislang.

Gesellschaftspolitisch wäre dieser Umschlag mit seinen nun ungebremsten Krisenprozessen eine Katastrophe. Die Gesellschaft fände sich „plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt“, wie Marx und Engels 1848 bezogen auf die klassischen, staatlich nicht gedämpften periodischen Überproduktionskrisen vermerkten. (MEW 4, S. 468) Und diese „momentane Barbarei“ würde außerordentlich gesteigert durch die bislang blockierten Bereinigungskrisen, deren zurückgestaute Kapitalvernichtung nun ohne staatliche Entwertungsbremsen in vollem Umfang wirksam würde. Die Alternative wäre wieder da: Sozialismus oder Rückfall in tiefe Barbarei.

5.4.2023

1 https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/credit-suisse-uebernahme-durch-die-ubs-ist-nicht-ohne-ironie-18763121.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

2 <https://www.nau.ch/news/wirtschaft/snb-chef-cs-konkurs-zu-riskieren-ware-verantwortungslos-gewesen-66456740>

3 Wie gefährdet sind Amerikas Banken?, FAZ 21.3.23

4 Dazu zählt Hans-Werner Sinn. Da aus seiner Sicht die kapitalistische Produktionsweise in sich stabil sei, führt er sämtliche Krisen auf äußerliche Einflüsse zurück, auf eine fehlgeleitete Geschäftspolitik großer US-Investmentbanken, auf Fehlentscheidungen von Regierungen und vor allem von Notenbanken. So habe die EZB „ihre Mandatsgrenzen vielfach gedehnt, wenn nicht überschritten“ (Die wunder-same Geldvermehrung, Verlag Herder, S. 63) „Nicht nur die Null- und Negativzinspolitik, die durch die Wertpapier-Kaufprogramme umgesetzt wurde, war falsch. [...] Auch hat die Politik hat falsch auf die Pandemie reagiert. Ihr mit einer staatlichen Schuldenpolitik, also mit Maßnahmen zur Nachfrageausweitung entgegenzutreten, hat nur die Inflation angetrieben.“ (Handelsblatt, 24.3.23, Nr. 60)

5 Mehr dazu: Marx, MEW 26.2, S. 501 ff.

6 Zu den Einzelheiten, wie aus den Krisen von 2007 und 2008/09 eine permanente Krise werden konnte, vergleiche Guenther Sandleben/Jakob Schäfer, Apologie von links, Neuer ISP Verlag 2013, S. 121ff.

7 „Forscher der New York University haben kürzlich errechnet, dass die US-Banken wegen der Zinswende auf bislang unrealisierten Verlusten von 1,7 Billionen Dollar sitzen – fast soviel wie das gesamte Eigenkapital von 2,1 Billionen Dollar im US-Bankensystem.“ <https://www.capital.de/geld-versi->

[cherungen/ezb--hohe-verluste-bei-banken-werden-fuer-notenbank-zum-problem-33335662.html](https://www.capital.de/geld-versi-cherungen/ezb--hohe-verluste-bei-banken-werden-fuer-notenbank-zum-problem-33335662.html)

8 Capital 02/23: „Die große Abrechnung“. Die FAZ schätzt die Fed-Verluste „zwischen 80 Milliarden und 100 Milliarden Dollar“. Darin seien die „gewaltigen Buchverluste“ noch nicht enthalten: „Die während der Quantitative-Easing-Phase aufgebauten Anleihen im Fed-Portfolio haben mit den steigenden Zinsen an Wert verloren. Auf rund eine Billion Dollar werden diese nicht realisierten Verluste geschätzt. Die operativen Verluste allein übersteigen dieses Jahr rein rechnerisch das Eigenkapital der Notenbank. Das würde für private Finanzinstitute die Insolvenz bedeuten.“ („Das Finanzloch in der Federal Reserve“, in: FAZ 10.3.23)



BANKEN AUF DER KIPPE? URSPRUNG, NATUR UND VERLAUF DER KRISE

Der Bankensektor wurde von einer Reihe von Zusammenbrüchen, staatlichen Rettungsaktionen und Übernahmen erschüttert. Die Krise dieser Banken hat die Aktienmärkte auf der ganzen Welt ins Taumeln gebracht. Wodurch wurde dies alles verursacht? Ist das eine vorübergehende Krise? Welche Auswirkungen wird es auf die Realwirtschaft haben? **Ashley Smith** interviewte **Michael Roberts** für *Spectre* und stellte ihm diese und andere Fragen über das Finanzkapital und den globalen Kapitalismus heute.

Ashley Smith: Was waren die unmittelbaren Ursachen für diese Reihe von Bankenzusammenbrüchen?

Michael Roberts: Die unmittelbare Ursache für die jüngsten Bankenzusammenbrüche war wie immer ein Verlust an Liquidität. Was meinen wir damit? Einleger bei der Silicon Valley Bank (SVB) und bei der First Republic sowie bei der Kryptowährungsbank Signature begannen, ihr Bargeld in großem Stil abzuheben, und diese Banken verfügten nicht über genug liquides Bargeld, um die Nachfrage der Einleger zu befriedigen.

Weshalb? Zwei Hauptgründe. Erstens war ein Großteil der Barmittel, die bei diesen Banken eingezahlt worden waren, in Vermögenswerte reinvestiert worden, die im letzten Jahr enorm an Wert verloren hatten. Zweitens hatten viele der Einleger bei diesen Banken, vor allem kleine Unternehmen, festgestellt, dass sie keine Gewinne mehr erzielten oder zusätzliche Finanzmittel von Investoren erhielten, aber sie mussten immer noch ihre Rechnungen und ihr Personal bezahlen. Also begannen sie, Bargeld abzuheben, anstatt es aufzubauen.

Warum haben die Vermögenswerte der Banken an Wert verloren? Dies hängt mit dem allgemeinen Zinsanstieg im Finanzsektor zusammen, der durch die Maßnahmen der US-Notenbank, ihren Leitzins scharf und schnell anzuheben, um angeblich die Inflation zu kontrollieren, vorangetrieben wird. Wie funktioniert das?

Nun, einmal angenommen, Banken bieten, um Geld zu verdienen, den Einlegern 2 Prozent pro Jahr Zinsen auf ihre Einlagen an. Sie müssen diese Zinsen decken, indem sie entweder Kredite zu einem höheren Zinssatz an Kunden vergeben oder die Barmittel der Einleger in andere Vermögenswerte investieren, die einen höheren Zinssatz verdienen. Diese höheren Erträge können Banken erzielen, wenn sie finanzielle Vermögenswerte kaufen, die mehr Zinsen abwerfen oder die sie (aber weit riskanter) mit Gewinn verkaufen könnten wie Unternehmens- und Hypothekenanleihen oder Aktien.

Banken können Anleihen kaufen, die sicherer sind, weil die Banken ihr Geld am Ende der Laufzeit der Anleihe – sagen wir fünf Jahre – vollständig zurückbekommen. Und jedes Jahr erhält die Bank einen höheren festen

Zinssatz als die 2 Prozent, die ihre Einleger bekommen. Sie erzielt diesen höheren Zinssatz, weil sie ihr Geld nicht sofort zurückfordern kann, sondern warten muss, sogar viele Jahre.

Die sichersten Anleihen, die es zu kaufen gibt, sind Staatsanleihen, da Vater Staat (wahrscheinlich) nicht nach fünf Jahren mit der Rückzahlung der Anleihe in Verzug gerät. SVB-Manager dachten also, sie seien sehr umsichtig mit dem Kauf von Staatsanleihen. Aber hier ist das Problem. Kauft man eine Staatsanleihe für 1000 \$, die in fünf Jahren „fällig“ wird (d. h. man erhält seine Investition in fünf Jahren vollständig zurück) und beispielsweise mit 4 Prozent pro Jahr verzinst wird, dann verdient man Geld, wenn die Einlagekunden nur 2 Prozent pro Jahr erhalten.

Wenn aber die Federal Reserve ihren Leitzins um 1 Prozentpunkt erhöht, müssen die Banken auch ihre Einlagenzinsen entsprechend erhöhen oder Kunden verlieren. Der Gewinn der Bank wird gemindert. Aber schlimmer noch, der Preis Ihrer bestehenden 1000 \$-Anleihe am Sekundärmarkt (der so etwas wie ein Gebrauchtwagenmarkt ist) fällt. Warum das? Obwohl Ihre Staatsanleihe immer noch jedes Jahr 4 Prozent abwirft, hat sich die Differenz zwischen Ihren Anleihezinsen und den laufenden Zinsen für Bargeld oder andere kurzfristige Vermögenswerte verringert.

Wenn Sie Ihre Anleihe auf dem Sekundärmarkt verkaufen müssen, wird kein potenzieller Käufer Ihrer Anleihe bereit sein, 1000 \$ dafür zu zahlen, sondern vielleicht nur 900 \$. Das liegt daran, dass der Käufer, indem er nur 900 \$ zahlt und die 4-Prozent-Zinsen erhält, jetzt eine Zinsrendite von $4/900$ oder 4,4 Prozent erhalten kann, was es lohnender macht, zu kaufen. SVB hatte eine Menge Anleihen, die sie „zum Nennwert“ (1000 \$) gekauft hatte, die aber auf dem Sekundärmarkt weniger wert waren (z. B. 900 \$). Sie hatte „nicht realisierte Verluste“ in ihren Büchern.

Aber warum spielt das eine Rolle, wenn man sie nicht verkaufen muss? SVB hätte warten können, bis die Anleihen fällig werden, und hätte dann ihre gesamte Investition plus Zinsen über fünf Jahre zurückbekommen. Aber hier kommt der zweite Teil des Problems für die SVB. Mit den Zinserhöhungen der US-Notenbank und der Konjunkturabschwächung in Richtung Rezession, insbesondere im Start-up-Tech-Sektor, auf den sich die SVB spezialisiert hatte, verloren ihre Kunden Gewinne und waren daher gezwungen, mehr Bargeld zu verbrennen und ihre Einlagen bei der SVB abzubauen.

Schließlich verfügte die SVB nicht über genügend liquide Mittel, um die Abhebungen zu bedienen; stattdes-

sen hatte sie viele Anleihen, die noch nicht fällig geworden waren. Als dies für die Einleger offensichtlich wurde, gerieten diejenigen, die nicht von der staatlichen Einlagensicherung abgedeckt waren (alles über 250 000 Dollar) in Panik und es gab einen Ansturm auf die Bank. Dies wurde deutlich, als die SVB ankündigte, einen Großteil ihrer Anleihenbestände mit Verlust verkaufen zu müssen, um Abhebungen zu bedienen. Die Verluste schienen so groß zu sein, dass niemand neues Geld in die Bank stecken wollte und die SVB Insolvenz anmelden musste.

Aus einem Mangel an Liquidität wurde also – wie immer – Insolvenz. Wie viele kleine Unternehmen mussten schon erleben, dass sie, wenn sie nur ein wenig mehr von ihrer Bank oder einem Investor bekommen hätten, einen Mangel an Liquidität hätten beseitigen und im Geschäft bleiben können? Ohne weitere Hilfe mussten sie stattdessen aufgeben. Das ist im Grunde das, was bei der SVB passiert ist, und dann bei Signature, der Einzahlungsbank für Kryptowährungen, und jetzt bei First Republic, einer Bank für mittelständische Unternehmen und reiche Menschen in New York.

Was haben die USA und andere Staaten getan, um die Finanzkrise zu stoppen? Kann das helfen, andere Bankenzusammenbrüche zu verhindern und die Aktienmärkte zu beruhigen?

Es sind zwei Dinge, die die Regierung, die US-Notenbank und die großen Banken getan haben. Erstens haben sie Gelder angeboten, um die Nachfrage der Einleger nach ihrem Bargeld zu befriedigen. Obwohl in den USA Baranlagen von über 250 000 Dollar nicht von der Regierung gesichert werden, hat die Regierung auf diesen Schwellenwert verzichtet und gesagt, dass sie als Notfallmaßnahme alle Einlagen garantieren wird.

Zweitens hat die Fed ein spezielles Kreditinstrument namens Bank Term Funding Program eingerichtet, bei dem Banken Kredite für ein Jahr erhalten können, indem sie die Anleihen als Sicherheiten zum Nennwert einreichen, um Bargeld für Abhebungen von Einlegern zu bekommen. Sie müssen also ihre Anleihen nicht unter dem Nennwert verkaufen. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den „Paniksturm“ auf die Banken zu stoppen. Aber natürlich lösen sie nicht die zugrunde liegenden Probleme, in denen die Banken stecken, weil die Zinssätze steigen und die Gewinne der Unternehmen, die diese Banken nutzen, sinken.

Einige meinen, dass die SVB und die anderen Banken kleine Fische und eher Spezialinstitute seien. Sie spiegelten

also keine umfassenderen systemischen Probleme wider. Aber das lässt sich bezweifeln. Erstens war SVB keine kleine Bank, selbst wenn sie sich auf den Technologiesektor spezialisierte – sie war die sechzehntgrößte in den USA und ihr Zusammenbruch war der zweitgrößte in der US-Finanzgeschichte. Darüber hinaus zeigt ein aktueller Bericht der Federal Deposit Insurance Corporation, dass die SVB nicht als einzige in ihren Büchern riesige „unrealisierte Verluste“ hat. Die Gesamtsumme aller Banken beläuft sich derzeit auf 620 Milliarden Dollar oder 2,7 Prozent des US-BIP. Das ist der potenzielle Schaden für die Banken oder die Wirtschaft, wenn diese Verluste realisiert werden müssen.

Tatsächlich haben 10 Prozent der Banken größere nicht erfasste Verluste als die SVB. Auch war die SVB nicht die am schlechtesten kapitalisierte Bank, denn 10 Prozent der Banken haben eine noch niedrigere Kapitalisierung als die SVB. Eine aktuelle Studie ergab, dass der Marktwert der Vermögenswerte des Bankensystems 2 Billionen Dollar niedriger ist als der Buchwert der Vermögenswerte, die die bis zur Fälligkeit gehaltenen Darlehensportfolios bilanzieren.

Die zu Marktpreisen notierten Bankaktiva sind in allen Banken um durchschnittlich 10 Prozent zurückgegangen, wobei das untere fünfte Perzentil [die untersten 5 % aller Fälle] einen Rückgang von 20 Prozent verzeichnete. Schlimmer noch: Wenn die US-Notenbank die Zinsen weiter anhebt, werden die Anleihekurse weiter fallen; die nicht realisierten Verluste werden zunehmen und noch mehr Banken werden mit einem Mangel an Liquidität konfrontiert sein.

Die Sofortmaßnahmen reichen also möglicherweise nicht aus. Derzeit wird behauptet, dass zusätzliche Liquidität durch größere und stärkere Banken finanziert werden könne, die die Schwachen übernehmen und die Finanzstabilität wiederherstellen, ohne dass die arbeitende Bevölkerung davon betroffen sei. Dies ist die Marktlösung, bei der die großen Geier das tote Aas kannibalisieren – zum Beispiel wurde der britische Zweig der SVB von der HSBC für 1 £ gekauft. Im Fall der Credit Suisse versuchen die Schweizer Behörden, eine Übernahme durch die größere UBS-Bank zu einem Preis von einem Fünftel des aktuellen Marktwertes von CS zu erzwingen.

Wenn die gegenwärtige Krise jedoch wie 2008 systemisch wird, würde das nicht ausreichen. Stattdessen würde es eine Vergesellschaftung der Verluste der Bankeneelite durch die staatlichen Rettungsaktionen geben, wodurch die (bereits rekordhohen) Schulden des öffentlichen Sektors weiter in die Höhe getrieben würden, was auf Kosten des

Restes von uns durch erhöhte Steuern und noch mehr Sparmaßnahmen bei öffentlichen Sozialausgaben und Dienstleistungen getragen werden müsste.

Werden die US-Notenbank und andere Zentralbanken weiterhin die Zinssätze erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen, oder werden sie sich zurückhalten, um weitere Bankenkrisen zu verhindern?

Es scheint sehr wahrscheinlich, dass die Zentralbanken die Zinssätze in ihrem aussichtslosen Streben, die Inflation zu kontrollieren, weiter anheben werden. Sie werden damit nur aufhören, wenn es eine weitere Serie von Bankenzusammenbrüchen gibt. Dann könnten sie sogar gezwungen sein, ihre restriktive Geldpolitik rückgängig zu machen, um den Bankensektor zu retten.

Aber im Moment zeigen sie ein mutiges Gesicht und behaupten, das Bankensystem sei sehr „widerstandsfähig“ und in einer viel besseren Verfassung als 2008. Eine Umkehr der restriktiven Geldpolitik wäre für die Glaubwürdigkeit der Zentralbanken katastrophal, da sie die Tatsache offenlegen würde, dass die Zentralbanken die Geldmenge, die Zinssätze oder die Bankentätigkeit nicht kontrollieren – ganz im Gegenteil.

Was sind die tieferen Ursachen für Inflation und finanzielle Instabilität heute?

Nehmen wir zuerst die finanzielle Instabilität. Kapitalismus ist eine monetäre oder Geld-Wirtschaft. Die Produktion ist nicht für den direkten Verbrauch an Ort und Stelle bestimmt. Die Produktion von Waren dient zum Verkauf auf einem Markt, wo sie gegen Geld eingetauscht werden sollen. Und Geld ist notwendig, um Waren zu kaufen.

Geld und Waren sind nicht dasselbe, daher ist die Zirkulation von Geld und Waren von Natur aus Zusammenbrüchen ausgesetzt. Die Inhaber von Bargeld können sich zu jedem Zeitpunkt entscheiden, die Waren zu den aktuellen Preisen nicht zu kaufen und es stattdessen zu horten. Dann müssen die Verkäufer*innen von Waren die Preise senken oder können sogar pleitegehen. Viele Dinge können diesen Zusammenbruch im Austausch von Geld und Waren oder Geld gegen finanzielle Vermögenswerte wie Anleihen oder Aktien auslösen – fiktives Kapital, wie es Marx nannte. Und dies kann plötzlich passieren.

Aber die Hauptursache wird die Überakkumulation von Kapital in den produktiven Sektoren der Wirtschaft sein, oder mit anderen Worten, die sinkende Rentabilität von Investitionen und Produktion. Bei den Technologie-

Unternehmen als Kunden der SVB hatten die Gewinne zu fallen begonnen und sie erlitten einen Rückgang der Finanzierung durch sogenannte Risikokapitalgeber (venture capitalists, Investoren in Start-ups), weil die Investoren einen Gewinnrückgang erwarten mussten. Deswegen mussten die Tech-Firmen ihre Bareinlagen abschmelzen. Dies zerstörte die Liquidität der SVB und zwang sie, einen Notverkauf ihres Anleihevermögens anzukündigen.

In der Finanzkrise von 2008 wurde die Liquiditätskrise durch den Zusammenbruch des Immobilienmarktes verursacht – und nicht – wie jetzt – durch den im Technologiesektor. Viele Kreditgeber erlitten schwere Verluste bei Hypothekendarlehen, und die Derivate dieser Anleihen vervielfachten die Wirkung im gesamten Finanzsektor und international. Aber der Zusammenbruch des Wohnungsmarktes selbst war auf einen Rückgang der Rentabilität der produktiven Sektoren der Wirtschaft von 2005 bis 2006 zurückzuführen, der schließlich einen völligen Rückgang der Gesamtgewinne verursachte, die den Immobiliensektor umfassten.

Diesmal wurde der monetäre Zusammenbruch durch den weltweiten Inflationsschub nach dem Ende der COVID-Pandemie ausgelöst. Dieser war hauptsächlich auf den enormen Anstieg der Energie- und Lebensmittelkosten zurückzuführen, da die internationalen Lieferketten während der COVID-Pandemie zusammenbrachen und sich nicht erholten.

Wiedereöffnete Unternehmen mussten feststellen, dass sie die wiederauflebende Nachfrage nicht decken konnten; sie konnten Schiffe, Container, Häfen und Ölplattformen nicht wieder ordentlich in Betrieb nehmen. Die Nahrungsmittel- und Energieversorgung versiegt und die Preise stiegen, noch bevor der Russland-Ukraine-Krieg den Zusammenbruch der Lieferketten bei wichtigen Rohstoffen verschärfte. Über Nahrungsmittel und Energie hinaus hat sich die generelle Inflation aufgrund des allgemein geringen Produktivitätswachstums in den wichtigsten Volkswirtschaften beschleunigt: Kapitalistische Unternehmen konnten nach COVID nicht genügend qualifiziertes Personal finden und hatten nicht in neue Kapazitäten investiert, sodass das Wachstum der Arbeitsproduktivität nicht ausreichte, um die wiederbelebte Nachfrage zu decken.

Klar ist, dass die Beschleunigung der Inflation nicht durch höhere Arbeitskosten (d. h. steigende Löhne) verursacht wurde. Im Gegenteil, die Arbeitenden waren (und sind) beim Streben nach einem Lohnausgleich weit hinter der ausufernden Inflation zurückgeblieben. Stattdessen ermöglichten steigende Rohstoffkosten und Lieferengpässe

Unternehmen mit Preismacht, d. h. großen multinationalen Konzernen, die Preise zu erhöhen und die Gewinnmargen auf Rekordhöhen zu steigern, insbesondere für Energie- und Lebensmittelunternehmen. Es war eine Profit-Preis-Spirale.

Trotzdem haben die Währungsbehörden überall ignoriert oder geleugnet, dass die wachsende Inflation ein angebotsseitiges Problem war (wie es unter der kapitalistischen Produktionsweise normalerweise der Fall ist). Stattdessen behaupteten sie, dass sie auf eine übermäßige Nachfrage zurückzuführen sei, die eine Lohn-Preis-Spirale auslöste. Ihre Antwort war also, die Zinsen anzuheben, ihre bisherige Politik der Quantitativen Lockerung (QE) in Quantitative Straffung (QT) umzukehren und die Liquidität (billiges Bargeld und Kredite) zu reduzieren. So sind die Kreditkosten für Firmen, die investieren, oder Haushalte, die Hypotheken und so weiter bezahlen, stark gestiegen und haben nun das Bankensystem erschüttert.

Die Ironie ist, dass die Erhöhung der Zinsen weiterhin kaum direkte Auswirkungen auf die Inflationsraten haben wird; stattdessen drückt die Politik Gewinne und Löhne und beschleunigt so den Einbruch der sich abkühlenden Volkswirtschaften – genau wie es unter dem Zentralbankchef Volcker in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren geschah, was zu der sehr tiefen Rezession von 1980–82 führte.

Wie unterscheidet sich diese Krise von der Krise von 2008 und der Großen Rezession [nach 2009]? Was hat damals das Wachstum wiederbelebt? Stehen den Kapitalisten und ihren Staaten diese Mittel heute zur Verfügung?

Kapitalistische Produktion und Investitionen leiden unter regelmäßigen und wiederkehrenden Rezessionen. Sie sind ein notwendiges Mittel, um die Tendenz der mit der Zeit fallenden Profitabilität zu korrigieren. Rezessionen beseitigen das tote Holz und lassen die Stärkeren die Märkte der Schwachen übernehmen, indem sie die Arbeitskosten durch höhere Arbeitslosigkeit senken und so die Grundlage für eine höhere Rentabilität und wirtschaftliche Erholung legen. Dieser Prozess wird bisweilen als „schöpferische Zerstörung“ bezeichnet.

Die Große Rezession 2008–2009 hat das teilweise erreicht – aber nur teilweise. Die Rentabilität des Kapitals in den wichtigsten Volkswirtschaften blieb unter dem Stand Ende der 1990er Jahre. Dies hat die Investitionen in produktive Sektoren schwach gehalten. Unternehmen waren auf billige oder fast kostenlose Kredite angewiesen, um

weiterzumachen – der Anteil der „Zombie-Unternehmen“, die nur durch immer mehr Schulden überleben, hat jetzt rund 20 Prozent erreicht. Die Rezession 2020 im Zuge der Pandemie hat gezeigt, dass ein depressiver und stagnierender Kapitalismus sich nicht erholt hat – also noch keine schöpferische Zerstörung.

Welche Lösungen bietet das kapitalistische Establishment heute? Werden sie funktionieren?

Die etablierte Lösung für Bankenzusammenbrüche ist immer die gleiche: bessere Bankenaufsicht. Selbst die radikalsten etablierten Ökonomen wie Joseph Stiglitz oder Politiker wie Bernie Sanders und Elizabeth Warren vertreten diese Lösung. Und doch funktioniert die Regulierung eines von Natur aus instabilen und spekulativen Finanzsektors einfach nicht.

Die Geschichte der Bankenaufsicht ist eine Geschichte von Ignoranz, Ausweichen und Lügen. Nehmen wir die SVB: Die Bankenaufsicht hat das Zinsrisiko, das der SVB-Vorstand beim Kauf so vieler Anleihen eingegangen ist, trotz Warnungen aus verschiedenen Quellen nicht aufgegriffen. Und immer wieder haben Bankenskandale Versäumnisse von Aufsichtsbehörden aufgezeigt.

Anstelle einer Aufsicht ist es erforderlich, die großen Banken und Finanzinstitute in öffentliches Eigentum zu bringen und sie demokratisch zu führen und von den Beschäftigten in diesen Institutionen und in der Wirtschaft insgesamt zu beaufsichtigen. Spekulative Investmentbanken wie Goldman Sachs oder Investmentgiganten wie BlackRock müssen geschlossen werden. Wir müssen die grotesken Gehälter und Boni der Bankmanager und Händler im Investmentbanking beenden.

Das Bankwesen sollte ein öffentlicher Dienst wie Bildung oder Müllabfuhr sein, kein Zentrum für Wetten im Finanz-Casino mit unserem Geld. Ah, manche sagen, selbst wenn die staatlichen Banken nur Einlagen annehmen und diese dann Unternehmen für Investitionen und Haushalte für große Anschaffungen leihen würden, könnten Sie immer noch von den Einlegern überrannt werden.

Ja, vielleicht. Aber das ist sehr unwahrscheinlich, wenn die Einleger wissen, dass ihr Geld sicher ist, weil der Staat hinter der Bank steht und die Banken nicht mehr spekulieren und sie demokratisch und transparent geführt werden. Wenn die Zinssätze steigen und dies dazu führt, dass staatseigene Banken Verluste bei ihren Staatsanleihenbeständen erleiden, würden diese Verluste gleichmäßig von der Gesellschaft und nicht von den arbeitenden Menschen getragen, um reiche Einleger und Unternehmen auf Kosten

des Restes von uns zu retten. Aber das öffentliche Eigentum am Bankwesen ist tabu für alle politischen Strömungen, sogar sozialistische.

Wie sieht die wahrscheinliche Entwicklung des globalen Kapitalismus aus?

Die ersten zwei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts haben gezeigt, dass der Kapitalismus sein Verfallsdatum überschritten hat. Das Wirtschaftswachstum hat sich verlangsamt; die Volkswirtschaften haben zwei große Einbrüche erlitten (2008/09 und 2020), darunter die größte Finanzkrise in der Geschichte. Investitionen in wertschöpfende Sektoren, die das Einkommen erhöhen und die Arbeitszeit senken könnten, wurden nicht getätigt.

Die globale Erwärmung und der Klimawandel wurden nicht eingedämmt, und wir steuern auf eine existenzielle Katastrophe zu. Die Armut im sogenannten globalen Süden verschärft sich, und die Ungleichheit bei Einkommen und Wohlstand nimmt überall zu. Der Kapitalismus steckt in einer langen Stagnation oder Depression.

Sie wird nur überwunden werden (und auch dann nur vorübergehend), wenn das Kapital den Lebensstandard der Arbeitnehmer ausreichend zerstört, um die Rentabilität zu steigern und das Investitionswachstum wiederherzustellen. Aber jeder Versuch, dies zu tun, könnte einen beispiellosen Klassenkonflikt provozieren. Die Strategen des Kapitals haben sich also bisher dafür entschieden, stattdessen weiter zu improvisieren und den Schmerz von Liquidierung und schöpferischer Zerstörung zu vermeiden. Aber es gibt Kräfte, die das immer mehr wollen.

■ **Michael Roberts** ist der Autor von *The Long Depression: Marxism and the Global Crisis of Capitalism* (Haymarket 2016) und, zusammen mit Guglielmo Carchedi, *Capitalism in the 21st Century* (Pluto 2022). Er schreibt regelmäßig Kommentare und Analysen auf seinem Blog *The Next Recession*.

■ **Ashley Smith** ist sozialistischer Schriftsteller und Aktivist in Burlington, Vermont. Er schreibt in zahlreichen Publikationen wie *Truthout*, *International Socialist Review*, *Socialist Worker*, *ZNet*, *Jacobin*, *New Politics*, *Harpers* und vielen anderen Online- und Print-Publikationen. Derzeit arbeitet er an einem Buch für Haymarket mit dem Titel *Socialism and Anti-Imperialism*.

Quelle: *Spectre*, 20. März 2023

Übersetzung: Björn Mertens

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATIONS- KONFLIKTE

In der jüngsten Ausgabe der PROKLA vom März 2023 gehen in insgesamt neun Beiträgen die verschiedenen Autor*innen auf die unterschiedlichen Konfliktkonstellationen von Umweltbewegung und abhängig Beschäftigten ein und erörtern mögliche Strategien für ein gemeinsames Programm.

■ **Jakob Schäfer**

Bei der Suche nach wirkmächtigen Bündnispartner*innen ist *Fridays for Future* (FFF) schon vor fast drei Jahren auf den DGB zugegangen und hat eine strategische Kooperation vorgeschlagen. Nach meinem eigenen Überblick sind allerdings die Entscheidungsträger*innen in den Apparaten des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften bei sehr wenigen Ausnahmen nicht darauf eingegangen, letztlich weil sich *vor allem* in den Vorständen der Gewerkschaften die Einschätzung eines unüberwindbaren Gegensatzes von sozialen und ökologischen Interessen festgesetzt hat.

Der erste Beitrag¹ in diesem Heft der PROKLA verdeutlicht recht gut, dass selbst dort, wo sich ein solches Bündnis anbietet, nämlich beim ÖPNV, die naheliegenden unmittelbaren Forderungen nicht auf ungeteilte Zustimmung stoßen. Immerhin hatte die Fachgruppe *Busse und Bahnen* von *ver.di* die Kooperation bejaht und die Möglichkeit der gemeinsamen Stärkung der jeweiligen Kernanliegen gesehen. Die Befragung von Aktivist*innen von FFF und von Beschäftigten des ÖPNV in drei verschiedenen Regionen (vor und nach dem Kampf für einen Tarifvertrag Nahverkehr) ergab, dass man sich zwar annäherte, dass aber vor allem bei den Beschäftigten noch

beachtliche Vorbehalte bestehen blieben. Der Hauptgrund: Abstrakt ist man sich in der Frage der Verkehrswende einig und beide Seiten meinen, dass dafür der ÖPNV ausgebaut und vor allem die bundesweit 87 000 Beschäftigten im Fahrdienst besser bezahlt werden müssen. Aber bedeutenden Widerspruch erfuhr die Forderung nach einer kostenlosen Nutzung (bzw. der Einführung oder Verlängerung des 9-Euro-Tickets). Die Beschäftigten haben große Angst vor dem damit zu erwartenden Stress (zu volle Busse und Bahnen), vor den daraus sich ergebenden weiteren krankheitsbedingten Ausfällen usw.

„In der Gesamtschau wird die gemeinsame Kampagne (weit) überwiegend positiv eingeschätzt: So stimmt über die Hälfte der Aussage «Insgesamt schätze ich die Kampagne als gelungen ein» zu (25 Prozent stehen dieser Aussage unentschlossen, 24 Prozent ablehnend gegenüber.“ (S. 21)

Autoindustrie

Bedeutend schwieriger ist es, ein Bündnis von Ökologiebewegung und Beschäftigten der Autoindustrie zu schmieden. Im zweiten Beitrag des Heftes² wird dies untersucht, ebenfalls basierend auf umfangreichen Befragungen (in diesem Fall in drei verschiedenen Regionen

Deutschlands). Die Ergebnisse bestätigen, was man schon annehmen durfte: Die gemeinsamen Interessen werden nur auf der abstrakten Ebene – also auf der Ebene einer ganz allgemeinen Zielvorstellung – geteilt. Als unmittelbare gemeinsame Aktionslösung, die sich auf eine mobilisierungsfähige Sofortforderung stützt, bietet sich hier erst mal nicht viel an.

Wie wenig hilfreich bestimmte Lösungen sind, wenn man Brücken bauen will, macht die Autorin an folgender Parole deutlich: „Es gibt kein Recht auf Kohlebaggerfahren.“ Mit einer solchen Formulierung wird die Existenzangst der betroffenen Lohnabhängigen völlig ignoriert. Stattdessen – das führt die Autorin nicht aus – wäre es sinnvoller, anderes zu skandieren, etwa (sinngemäß): „Es gibt kein Recht, aus Profitinteressen Kohle abbaggern zu lassen“ oder „Es gibt kein Recht, mit der Energieversorgung Profite zu machen“ usw. (Natürlich muss so etwas für Sprechchöre geeignet umformuliert werden.) Richtig ist allerdings – das will ich doch hinzufügen – sehr wohl die Demoloseung: „Es gibt kein Recht, SUV zu fahren!“, denn hier geht es nicht um die Existenzsicherung, sondern um rücksichtslose, umweltschädliche Autovernarrtheit, Prestigedenken usw.

Dass es auch völlig anders geht als so konfliktscheu wie in Deutschland, schildert die Autorin mit der Darstellung des beispielhaften Kampfs des *Collettivo di Fabbrica Gkn* in Campi Bisenzio (in der Nähe von Florenz). Am 9. Juli 2021 erhielten die Beschäftigten des Autozulieferers GKN per Mail die Nachricht, dass sie von einem auf den nächsten Tag entlassen werden sollten. Daraufhin besetzten sie das Werk und hielten sich seitdem im Wesentlichen mit Kurzarbeitsgeld über Wasser (am 8. November wurde die Zahlung eingestellt, womit der Druck auf die Belegschaft erhöht wird).

Von Anfang an arbeitet die Belegschaft intensiv an Konzepten für eine Umstellung der Produktion, z. B. statt der bis dahin gefertigten Achswellen für Verbrenner-PKW könnten es Achswellen für Busse und Züge sein oder Elektrolyseure für die Herstellung von grünem Wasserstoff sein. (Aber auch der neue Eigentümer hat daran kein Interesse.) Auf dieser inhaltlichen Basis wurde das schon vorher existierende Bündnis mit FFF gefestigt und man konnte z. B. im Oktober 2022 gemeinsam eine Demonstration gegen den Ausbau der Autobahn bei Bologna organisieren.

Das Kollektiv im Betrieb setzte Anfang Dezember 2022 eine autonome Volksabstimmung in Gang. Die Entscheidungsfrage: „Bist du für eine staatliche Übernahme des Werks sowie für die Billigung des Kurzarbeitsgelds un-

ter der Bedingung, dass die Konversion einen ‚öffentlichen Nutzen‘ verfolgt und dass dabei Konversionsvorschläge sowohl von privaten Investoren als auch von öffentlichen Akteuren inklusive der von den Arbeitern selbst gegründeten Genossenschaft berücksichtigt werden?“ Innerhalb von zehn Tagen kamen 16 500 Ja-Stimmen zusammen.

In dem Beitrag von Julia Kaiser wird aber auch deutlich: Ohne die gut verankerte Arbeit des Kollektivs im GKN-Werk ist eine Verbindung mit der Bewegung außerhalb nicht vorstellbar. Das Anliegen der Klimagerechtigkeitsbewegung – vor allem der Kampf für eine Konversion – kann nicht von außen an die Belegschaft herangetragen werden. Wenn es im Betrieb keinen Kern gibt, der schon vorher für die Interessen der Belegschaft aktiv ist, wird nichts aus dem angestrebten Bündnis von abhängig Beschäftigten und Klimaschutzbewegung.

Völlig anders läuft es heute noch in Deutschland, was mit dem Bemühen um eine Konversion im Bosch-Werk in München Berg am Laim (Herbst 2021) deutlich wird. Dort gab es ein kurzzeitiges Interesse, sich für eine Konversion des von Schließung bedrohten Werks einzusetzen und dafür ein Bündnis mit der Klimaschutzbewegung einzugehen. Aber über die Bildung einer Arbeitsgruppe von ein paar interessierten Kolleg*innen kam man letztlich nicht hinaus. Als die Konzernleitung die Vorschläge ablehnte, schief das Projekt rasch ein. Außer symbolhafter Beschäftigung mit diesem Thema ist dabei nichts hängen geblieben – ein wenig zwar bei der Klimabewegung, aber ganz wenig bis nichts Messbares bei der IG Metall.

Ein weiterer Beitrag in diesem Heft befasst sich mit dem noch schwierigeren Konflikt zwischen sozialen Interessen und ökologischen Zielsetzungen in der südafrikanischen Kohleindustrie.³ Ohne hier näher auf den Inhalt einzugehen, will ich nur eine zusammenfassende Schlussfolgerung ziehen: Nirgendwo sonst wird so deutlich, dass für einen sozial-ökologischen Konflikt keine Lösung im Rahmen einer Branche zu finden ist.

Qualifizierung: ein Kernstück der IGM-Strategie

Wie wenig die Gewerkschaften bei uns an einer engagierten Konversionsdebatte oder gar dem Aufbau einer aktiven Bewegung interessiert sind, wird daran deutlich, dass man als wesentliches Instrument zur Bewältigung der Konversion eine stärkere Qualifizierung anstrebt, in dem Fall die systematischere Nutzung der „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ (NWS). Untersucht wird dies in dem dritten Beitrag des Hefts, der sich ebenfalls auf eine Befragung stützt, die (wie die anderen) im Wesentlichen im Rah-

men von Forschungsprojekten an der Uni Jena (unter der Patronage von Klaus Dörre) durchgeführt oder von dort begleitet bzw. ausgewertet wurde.⁴

Dort heißt es in der einführenden Zusammenfassung: „Qualifizierung ist Teil fast jeder Politik, die sich als Lösung für die sozial-ökologische Transformation präsentiert. Man hofft, die Konflikte zwischen ökologischen und sozialen Belangen so zu befrieden. Der Beitrag untersucht, wie sich das im Alltag der Thüringer Auto(zulieferer)industrie darstellt. Interviews zeigen, dass Qualifizierungskonzepte kaum zur Anwendung kommen. Weiterbildung ist umkämpft und findet nur ad hoc statt. Gründe dafür sind ökonomische Strukturdefizite, die Unplanbarkeit der Marktlage, [sic] und innerbetriebliche Spaltungslinien. Für eine Weiterbildungskultur bedarf es mehr Beteiligung der Beschäftigten bei der Entwicklung von Qualifizierungsstrategien.“ Die Autor*innen schürfen nicht gerade sehr tief, wenn sie schreiben: „Unsere These ist, dass Qualifizierung allein keinen wirksamen Hebel zur Lösung sozial-ökologischer Zielkonflikte im Sinne einer weiten Transformation darstellt.“ (S. 57)

Dass Weiterbildung oder gar umfassendere Qualifizierung sich strukturell mit dem Interesse an kurzfristiger Erzielung des Maximalprofits beißt – erst recht in Zeiten tendenziell zurückgehender Profitraten – wird von den Autor*innen gar nicht erst thematisiert. Stattdessen fördern sie indirekt noch die Illusion, man könne mit Qualifizierungskonzepten die Transformation erleichtern und stützen damit einen wesentlichen Baustein der IG Metall-Strategie. Dafür dann umfangreiche Befragungen durchzuführen, die nur das zu erwartende Ergebnis (es wird kaum qualifiziert) bestätigen, ist dann doch ein mageres Ergebnis.

Postfossiler Extraktivismus

Besonders wertvoll ist hingegen ein ganz anderer Beitrag, nämlich der von Anne Tittor.⁵ Auch hier aus der einleitenden Zusammenfassung: „Die Politiken, die derzeit die Dekarbonisierung vorantreiben, erzeugen zusätzliche Bedarfe an unterschiedlichsten Rohstoffen (Lithium, Kupfer, seltene Erden, Biomasse) und benötigen perspektivisch sehr viel Energie. Da Energie überwiegend oder ausschließlich auf Grundlage erneuerbarer Energieträger erzeugt werden soll, die allesamt eine viel geringere Energiedichte haben als Kohle und Öl, geht damit ein immenser Landbedarf und eine Zunahme der Nutzungskonflikte einher. Um die durch Dekarbonisierungsprozesse bedingte Zunahme sozial-ökologischer (Transformations-)Konflikte im glo-

balen Süden zu fassen, wird in diesem Artikel das Konzept des «postfossilen Extraktivismus» vorgeschlagen.“

Wichtig bei diesem Erklärungskonzept: Unter Extraktivismus ist nicht nur das Fördern von Öl oder Metallen zu verstehen, sondern auch die mit der Dekarbonisierung verbundene Landnahme (etwa um Pflanzen für die Erzeugung von Biokraftstoffen anzubauen oder etwa Flächen für Solarkollektoren zu okkupieren). „Um das Erdöl für die bundesdeutsche Kunststoffproduktion durch nachwachsende Rohstoffe zu substituieren, wäre derzeit ein Drittel der deutschen Ackerfläche nötig [...] Hierbei geht es lediglich um Kunststoffproduktion – die energetische Nutzung ist nicht mitgerechnet.“ (S. 78 f.) „Wenn man allein die Menge des reinen Wasserstoffs, den die deutsche Industrie gegenwärtig benötigt, aus erneuerbaren Energien produzieren wollte, wären 24 TWh pro Jahr regenerativer Strom nötig – das entspricht etwa 18 großen Offshore Windparks [Quelle:] Remondis (2020)⁶. Für die Produktion von grünem Stahl wären weitere 130 TWh erneuerbarer Strom jährlich nötig HySteel (2021: 11)⁷ – das entspräche weiteren 98 Offshore-Windparks.“ (s. 79). „Ab Mitte der 2030er Jahre hätte allein die Chemieindustrie mit 685 TWh einen höheren Stromverbrauch, als Deutschland im Jahr 2018 an Strom produziert hat.“ (ebenda)

Der postfossile Extraktivismus steigert letztlich den Energiebedarf und wird mit den sozial-ökologischen Folgekosten die weitere Inwertsetzung von Flächen vorantreiben, gerade weil die nachwachsenden Energieträger im Vergleich zu den fossilen einen um das Vielfache höheren Landverbrauch benötigen. Demzufolge drängt die kapitalistische Dekarbonisierungspolitik nach Energiequellen im Globalen Süden. Anmerkung von mir: Dazu diente letztlich auch die Reise von Habeck und Özdemir Mitte März 2023 nach Brasilien. Hier sind übrigens die sonstigen ökologischen Folgen etwa von Staudammprojekten noch gar nicht bewertet.

Tittor macht bewusst, dass der Globale Norden mit einer Dekarbonisierung – wenn sie nicht in ein tatsächliches klimagerechtes Gesamtkonzept eingebettet ist – nur die Probleme exportiert, also die eh schon vorhandenen Flächenkonflikte im Globalen Süden nur verschärft. Ich möchte es so zusammenfassen: Je mehr unter kapitalistischen Bedingungen dekarbonisiert wird, umso mehr wird dies auf Kosten der Bevölkerung im Globalen Süden ablaufen.

„Bezahlbar und klimagerecht wohnen?“

Ebenfalls erfreulich klar ist der Beitrag zur Wohnungspolitik.⁸ Hier wird sehr gut der Widerspruch zwischen

Wohnraum als Ware und als Mittel zur Befriedigung eines Grundbedürfnisses herausgearbeitet. Erfreulicherweise entlarven die Autor*innen nicht nur die unsoziale Wohnungs-, sondern auch die unsoziale Sanierungspolitik. Die Autor*innen machen deutlich, dass die Sanierungspolitik für vermietete Wohnungen immer zu Lasten der Mieter*innen geht und es den Vermietern ermöglicht, sich die Taschen voll zu machen (8 % der Kosten können umgelegt werden, also machen die Vermieter*innen in aller Regel nach wenigen Jahren ein sattes Plus). Vor allen Dingen den Konzernen wird damit die Gentrifizierung von Häusern, Straßenzügen und ganzen Stadtvierteln erleichtert. Die herrschende Wohnraumpolitik verschärft erheblich die sozialen Probleme für große Teile der Bevölkerung.

Nicht zu sanieren ist allerdings auch keine Lösung. „Die Wohnraumversorgung muss aber auch ökologisch transformiert werden, da ihre aktuelle Ausprägung einen immer weiter steigenden Ressourcen- und Flächenverbrauch zur Folge hat. Schließlich ist der Gebäudesektor – vor allem durch Heizen – für 35 Prozent des Energieverbrauchs und 30 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich.“ (S. 118)

Die Autor*innen arbeiten drei grundsätzliche strategische Achsen heraus, die es für einen Kampf um bezahlbares und klimagerechtes Wohnen zu beachten gilt: Erstens muss sich die Bewegung für eine entsprechende Transformationsperspektive auf ein klares Sofortprogramm verständigen. Zweitens muss sie sich dabei auf eine breite Mobilisierung und Aktivierung der Betroffenen (also vornehmlich der Mieter*innen) stützen. Ohne dies ist alles andere Schall und Rauch. Und drittens muss das Programm der Bewegung in eine Perspektive eingebettet sein, die klar auf eine Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne abzielt. Erst dann ist ein soziales und ökologisches Wohnungsprogramm widerspruchsfrei zu vertreten.

Die Autor*innen stützen sich bei ihrer Argumentation auf die politischen Erfahrungen der Berliner Kampagne *Deutsche Wohnen und Co enteignen*. Das macht ihren Beitrag rund und macht ihn so empfehlenswert.

Überflüssige Beiträge

Den Beitrag von Dennis Eversberg „Anpassung, Verteilung, Externalisierung, Drei Dimensionen des sozial-ökologischen Transformationskonflikts“ hätte sich die PROKLA-Redaktion sparen können, denn er hat null Erkenntniswert. Da hilft es auch nicht, dass der Autor Befragungsergebnisse heranzieht, mit denen „Mentalitäten im

sozialen Raum“ referiert werden und bestimmten Lagern zugeordnet werden („ökosoziales Lager“, „Liberal-steigerungsorientiertes Lager“, „Progressiv-autoritäres Lager“). Wer von ihnen ist mehr „antitransformatorisch, aktivbürgerlich“, wer ist in welchem Umfang „prekär-defensiv“? Usw. Mit der Auswertung der Befragungen (vorgenommen im Auftrag von BMU/UBA in den Jahren 2017 und 2019) kommt Eversberg zu solchen Erkenntnissen wie der folgenden: „Wie der *antitransformatorisch-aktivbürgerliche* Typ zeigt, bilden auch und gerade sozial privilegierte Gruppen umso stärkere Aversionen gegen sozial-ökologische Veränderung aus, je mehr sich ihr Status *relativ* stärker auf Eigentum als auf Bildung stützt.“ (S. 149) Dafür musste man aufwändig Befragungen auswerten?

Nichts Neues bringt die Übersicht von Christiane Gerstetter „Gerichtsverfahren und die Kämpfe um eine sozial-ökologische Transformation.“ Ein Beitrag allerdings ist so schlecht, dass man ihn wirklich nicht referieren mag: Michael Heine, Hansjörg Herr: „Nullwachstum. Ökonomische Regulierung in der sozial-ökologischen Transformation“. Die Autoren legen in einem keynesianischen, kapitalismuskonformen Ansatz dar, wie man ihrer Meinung nach mittels zielgerichteter Investitionen zu einem Nullwachstum kommen kann und damit Ressourcen sparen und den Ausstoß von Klimagasen reduzieren kann. Abgesehen davon, dass die Autoren das Ausmaß der angelaufenen Katastrophe offensichtlich nicht erfasst haben: Es ist enttäuschend, dass die PROKLA-Redaktion einen solchen Beitrag aufgenommen hat.

Zusammenfassende Bewertung des Hefts 210 der PROKLA

Nicht jeder Beitrag in diesem Heft ist ein Gewinn, aber einige der Beiträge sind eine Bereicherung ökosozialistischer Positionsbildung und Debatte. Deshalb: *Die Lektüre des Hefts lohnt sich!*

Dennoch sei hier auf ein paar Leerstellen verwiesen, die das Heft m. E. aufweist:

Erstens: In dem Beitrag zur Arbeit des Kollektivs im GKN-Werk in Campi Bisenzio wie auch in dem Artikel zur Wohnungswirtschaft wird deutlich, dass es auf die Selbstorganisation ankommt. Bei einigen der anderen Artikel werden direkt oder indirekt andere Schlussfolgerungen gezogen, nämlich solche, die eher in Richtung Politikberatung gehen. Außerdem fehlt auch eine Kritik an der Gewerkschaftsbürokratie, die – nicht nur bei uns in Deutschland, aber hier ganz besonders – aus Konfliktscheu jeglichen Kampf für eine sozial-ökologische Konversion meidet.

Zweitens: Bei einem Teil der Artikel wird nicht ausreichend (zumeist sogar überhaupt nicht) klargestellt, dass eine Lösung der vorhandenen Probleme unter kapitalistischen Bedingungen völlig unvorstellbar ist. Man kann nicht einfach bei der Beleuchtung dieser und jener „Transformationskonflikte“ stehen bleiben. Dem Heft hätte es deshalb gut angestanden, einen Beitrag aufzunehmen – bzw. als Redaktion selbst beizusteuern –, der den Versuch unternimmt, die in den Beiträgen angesprochenen Fragen so zusammenzubinden, dass eine gesellschaftspolitische Gesamtalternative sichtbar wird.

Drittens wird an keiner Stelle klar gemacht, dass es für die Einhaltung der klimapolitischen Ziele, wie sie beispielsweise auf der Pariser Konferenz deklariert wurden, nicht reichen wird, diese und jene Umstellungen auf klimaneutrale Produktion zu bewerkstelligen. Für eine weitgehende Eindämmung des Klimawandels braucht es eine massive Verringerung des Material- und Energiedurchsatzes (indirekt kommt das noch am ehesten in dem sehr guten Beitrag zum postfossilen Extraktivismus heraus). Die Probleme und die Herausforderungen sind bedeutend größer, als es in dem hier vorgelegten Heft der PROKLA zum Ausdruck kommt. Um eine drastische Reduzierung der Produktion und des Verkehrs zu realisieren, braucht es eine konsequente ökosozialistische Degrowth-Politik. Und die verdient ihren Namen nur, wenn sie nicht auf Kosten der Armen überall (bzw. an vielen Stellen) kürzt, ohne gleichzeitig soziale Sicherheit und die Grundlagen für ein gutes, ja besseres Leben zu gewährleisten.

1 Kim Lucht, Stefan Liebig: „Sozial-ökologische Bündnisse als Antwort auf Transformationskonflikte? Die Kampagne von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV“

2 Julia Kaiser: „Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozulieferwerke“

3 Tobias Kalt: „Zwischen Konfrontation und Kooperation. Der Transformationskonflikt Arbeit versus Klima in der südafrikanischen Energiewende“

4 Lennart Michaels, Thomas Rehfeldt, Geneviève Schreiber, Johanna Sittel: „Konfliktlinien in der Thüringer Auto(zuliefer)industrie. Qualifizierung als Lösungsansatz für die sozial-ökologische Transformation?“

5 Anne Tittor: „Postfossiler Extraktivismus? Die Vervielfältigung sozial-ökologischer Konflikte im Globalen Süden durch Dekarbonisierung.“

6 Remondis (2020): „Grünen Stahl? Gibt es schon! Stahlproduktion mit grünem Wasserstoff ist Zukunftsmusik – CO₂-Einsparung durch Metallrecycling heute schon Realität. URL: <https://www.remondis-aktuell.de/>, Zugriff: 3.9.2021

7 HySteel, Deutscher Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verband (2021): Grüner Stahl. Die Wasserstoffrevolution der Stahlindustrie. Eckpunktepapier.

8 Rosalie Arendt, Tobias Gralke, Lisa Vollmer: „Bezahlbar und klimagerecht wohnen? Antworten sozial-ökologischer Bewegungsakteur*innen auf Zielkonflikte in der Wohnraumversorgung“



STREIKEN UND GEGEN MACRON GEWINNEN

Die nationale Leitung (CPN) der NPA¹ hat am 13. März die nachfolgende Resolution zur Lage in Frankreich und zur politischen Linie der NPA verabschiedet.²

■ Nationales Politisches Komitee der NPA

Die Bewegung, an der wir uns beteiligen, ist eine historische Bewegung sowohl wegen des Ausmaßes der Demonstrationen als auch wegen ihrer Tiefe in den Städten, ihrer Dauer und der Einheit der Organisationen der Arbeiterbewegung sowie aufgrund der starken Empörung, die es in breiten Teilen der Bevölkerung gegenüber der Regierung gibt. Unter den Schlägen der herrschenden Klasse entwickelt sich im Proletariat eine Tendenz, sich als Klasse zu konstituieren: Vor dem Hintergrund seiner Heterogenität und der Schwäche seiner Organisationen zeichnet sich ein Wiederaufbau seiner Gewerkschaften ab, sowohl auf der Ebene der Mitgliederwerbung als auch in den Diskussionen über die Frage, wie man sich zu diesen Reformen stellen soll.

Sieg oder Niederlage dieser Bewegung: In beiden Fällen wird die aktuelle Bewegung markante Spuren hinterlassen. Für uns ergibt sich die Aufgabe, dazu beizutragen, dass sie qualitativ zum Wiederaufbau des Klassenbewusstseins und zu einer deutlicheren Konfrontation in der Machtfrage beiträgt.

Die politischen Auswirkungen der aktuellen Bewegung

Während der Pariser Schulferien verlagerte sich der Kampf um die Rentenreform teilweise in eine Polarisierung der

Parlamentsdebatte. Das Hauptverdienst dieses Kampfschnitts bestand jedoch darin, deutlich zu machen, dass damit nichts zu gewinnen war. Die Polemik um die 1200 Euro hat das Ausmaß der Verlogenheit dieser Regierung an den Tag gelegt. Die Auseinandersetzungen um die Änderungsanträge demonstrierten den undurchsichtigen und undemokratischen Charakter der Debatte. Die Möglichkeiten der Anwendung von Artikel 49-3, dann von 47-1 und dann auch noch die einer blockierten Abstimmung im Senat mit Hilfe des Artikels 44.3 haben den Autoritarismus der Regierung offenbart. All dies ergibt ein erbärmliches Bild der bürgerlichen Demokratie und hat die Illegitimität der Macht Macrons verstärkt.

Und trotzdem will er diese Reform auf alle Fälle durchziehen und auf Konfrontation mit der Arbeiterbewegung gehen. Dies lässt sich nur verstehen, wenn man den Gesamtzusammenhang in den Blick nimmt. Das ist nur in einem größeren Zusammenhang zu verstehen: Bei dieser Reform geht es nicht einfach nur um 64 Jahre [Renteneintrittsalter] oder 44 Jahre [Rentenbeitragsjahre] sondern darum, dass die Regierung ihren Spielraum vergrößern will, indem sie der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen eine schwere Niederlage zufügt, und das vor dem Hintergrund, dass die Welt in einer tiefen Krise steckt, sei es auf der Ebene des internationalen Wettbewerbs, sei es

auf der Ebene des Krieges in der Ukraine. Weitere Merkmale der Stärkung des autoritären Staates sind die Erhöhung des Militärhaushalts, die zunehmenden Gesetze zur Einschränkung demokratischer Rechte und der Aufstieg der extremen Rechten.

Hier setzt Macron alles auf eine Karte. Er sagt, er denke über die Möglichkeit einer Auflösung der Nationalversammlung nach, denn eine Niederlage würde bedeuten, dass er seine Politik nicht fortsetzen kann. Wir haben keine Angst vor einer Niederlage des Präsidenten und seiner Regierung und der Auflösung der Nationalversammlung. Wir glauben vielmehr, dass dies einen Etappensieg des Proletariats bedeuten würde und eine Phase der Gegenoffensive einleiten könnte.

Bilanz der Phase 7. bis 9. März

Trotz und/oder wegen der zweiwöchigen Lücke zwischen der Mobilisierung vom 16. Februar und der nachfolgenden Mobilisierung vom 7. März war die Zahl der Demonstrant*innen noch etwas höher als an den vorherigen Tagen (laut CGT waren es 3,5 Mio., gegenüber 2,5 Mio. am 31. Januar). Die Mobilisierung stützt sich dabei nicht zuletzt auf die Streiks, die am vorangegangenen Wochenende – vor allem im Energiesektor – begonnen hatten, sowie auf Streikankündigungen in symbolträchtigen Sektoren wie dem Transportwesen, und zwar von den Solidaires-Gewerkschaften oder von Verbänden der CGT. Hinzu kamen eher sektorale Aufrufe, die Mobilisierung zu verlängern oder fortzuführen, wie der gewerkschaftsübergreifende Aufruf im Bildungsbereich.

Der 8. März, der Tag des feministischen Streiks anlässlich des Internationalen Frauentags, war eine Stütze in der Mobilisierung, hatte aber auch eine Schwierigkeit. Eine Stütze, weil er im Land präsent war, eine Schwierigkeit, weil er nicht unbedingt überall als ein Teil der Mobilisierung gegen die Rentenreform begriffen wurde. Die Mobilisierung an diesem Tag war deutlich massiver als die der vorangegangenen Jahre, aber die Verbindung mit der übrigen sozialen Bewegung war unterschiedlich, je nachdem wie gut die örtlichen Verbindungen zwischen der feministischen Bewegung und den Gewerkschaftsorganisationen waren. Dort, wo es seit langem eine fundierte Arbeit gibt, die nicht selten von unserer Strömung entwickelt wird, gab es ein besseres Zusammengehen. Gemeinsam mit anderen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen müssen wir uns dafür einsetzen, dass die feministischen Forderungen mit der Mobilisierung gegen die Rentenreform verbunden werden. Die Reform ist sexistisch, denn sie

verschärft noch die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen. Die Vitalität der feministischen Bewegungen könnte deshalb eine Stütze für die Stärkung und Ausdehnung der Mobilisierung sein.

Da es nicht möglich ist, sich einzig und allein auf die Sektoren zu stützen, die für die Blockade der Wirtschaft eine große Rolle spielen, ist es unabdingbar, auf eine Ausweitung der Bereiche hinzuwirken, die sich in einem verlängerbaren Streik befinden. Bei der SNCF war die Streikbeteiligung am 7. und 8. März stark, aber es ist schwer, die Fortführung des Streiks zu einem festen Bestandteil der Mobilisierung zu machen, auch wenn die Streikquoten am Wochenende immer noch massiv sind. Wie auch in anderen Bereichen ist heute der Grad der Selbstorganisation noch gering, und die Dynamik der Streikversammlungen geht kaum über den Kern der gewerkschaftlich organisierten und Aktivistinnen und Aktivisten hinaus. Im Energiesektor scheint sie sich in einer Aufwärtsentwicklung zu befinden, deren Folgen allmählich zu sehen sind. Auch in den Raffinerien wird der Druck vorläufig bis zum 15. März aufrechterhalten. Öffentliche Verkehrsmittel und der Luftverkehr sind ebenfalls über den 7. März hinaus im Kampf. Im Bildungsbereich ist die Fortführung von Streikaktionen das Werk von kämpferischen Minderheiten, die sie jedoch nutzen, um sich in die Lage zu versetzen, diese Aktionen auszuweiten und sich besser zu organisieren. Überall gab es Blockadeaktionen, selektiv anzuwendende Straßensperren, Verteilaktionen usw. Der 9. März war von viel kleineren Demonstrationen geprägt. Die Mobilisierung der Jugend ist noch schwach und die gewerkschaftsübergreifende Unterstützung war nicht hinreichend, um eine größere Beteiligung von aktiven Gewerkschafter*innen zu erreichen.

Die Demonstrationen am Samstag, den 11. März, waren deutlich schwächer, aber immer noch groß. Sie und zeugen von der Verankerung der Bewegung. Präsident und Regierung werden sicher hervorheben, dass die Zahl der Demonstrant*innen zurückgegangen ist. Wir müssen der Entmutigung entgegenwirken, indem wir auf die Fortführung der Streiks und Blockaden hinweisen: SNCF, RATP, Wasserkraftwerke, Raffinerien, Müllabfuhr... Blockaden, Streikposten, Verteilaktionen an Kreisel... Es gibt nach wie vor zahlreiche Aktionen, die wir über unsere sozialen Netzwerke und unsere Presse bekanntmachen müssen.

Den Streik und die Blockade des Landes organisieren

Nach der Phase 7. bis 9. März geht es darum, sich auf die Bereiche oder Teilbereiche zu stützen, um den unbefris-

teten und aktiven Streik zu popularisieren und ihn als ein überzeugendes Instrument wahrnehmen zu lassen. Weder vereinzelte Aktionstage, selbst wenn sie sehr massiv befolgt werden, noch eine Verlangsamung der nationalen Wirtschaft werden reichen, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Die Bourgeoisie kann nämlich einen heftigen Schlag verkraften, solange er begrenzt bleibt. Es geht darum, ein Niveau zu erreichen, an dem die Regierung merkt, dass sie bei einer Verschärfung des Konflikts mehr zu verlieren hat als bei einer Rücknahme ihrer Reform. Es geht darum, die Aussicht auf Besetzungen, Verkehrskontrollen, Blockierung des Kapitalverkehrs und eine bedeutsame Verlangsamung der Produktion greifbar zu machen. Mit dem Streik protestieren wir gegen die Macht der Unternehmer und der gesamten Bourgeoisie, die Produktion und unser Leben zu beherrschen und zu bestimmen. Der Streik ist ein unerlässlicher erster Schritt in Richtung politischer Emanzipation des Proletariats und ermöglicht es, aus der Entfremdung auszubrechen und das Problem einer alternativen Funktionsweise der Gesellschaft anzugehen. Wir wollen uns nicht über die Rückschritte im Klassenbewusstsein und der Organisation hinwegtäuschen, aber es ist doch das erste Mal seit 1968, dass diese Perspektive denkbar erscheint, auch wenn es noch sehr labil ist. Wir müssen auf jeden Fall dafür vorbereitet sein, denn die Illegitimität der Macht und die andauernde politische Krise können eine starke Beschleunigung erfahren.

Der Vorschlag, den nächsten Protesttag auf einen Samstag zu legen, ist im Kampf gegen die Regierung ein positives Element. Dies erleichtert nämlich das Einleiten einer neuen mehrtägigen Streikphase in der darauffolgenden Woche.

Der vom Gewerkschaftsbündnis auf den 15. März festgelegte Termin – an diesem Tag soll die paritätische Kommission tagen – ist unter diesem Gesichtspunkt unzureichend und bleibt hinter dem ersten Vorschlag „14., 16. und 18. März“ zurück, der sich zunächst abgezeichnet hatte. Er muss aber als Aktionstag dienen, um die Teile der Bewegung, die bislang am aktivsten waren, mit jenen in Verbindung zu bringen, die noch Schwierigkeiten haben, eine schärfere Gangart einzuschlagen. Die Zeit zwischen zwei nationalen Aktionstagen muss für den Aufbau des Streiks genutzt werden, auch durch Minderheiten, die in den Streik treten. Sie müssen es ermöglichen, örtliche Initiativen zu ergreifen, von den mobilisierten Orten ausgehend Rundreisen zu orga-

nisieren und die Blockade der Wirtschaft konkret zu organisieren.

Eine einheitliche Forderungsplattform entwickeln

Für die Vertiefung der Mobilisierung ist es von entscheidender Bedeutung, eine Verbindung zu den alltäglichen Sorgen der Arbeiter*innen und der breiten Bevölkerung herzustellen. Angesichts der Inflation ist dabei vor allem die Frage der Löhne und Einkommen von entscheidender Bedeutung. Wir machen uns für eine allgemeine Lohnerhöhung von 400 € stark, wie wir sie schon im Präsidentschaftswahlkampf vertreten haben. Außerdem müssen auch der Erhalt und die Entwicklung der öffentlichen Dienste in den Vordergrund gerückt werden, da sie für den Alltag von entscheidender Bedeutung sind und einen indirekten Teil des Lohns darstellen: eine bessere Gesundheitsversorgung ist dringend, aber auch das Schulwesen, die Pflege und Betreuung, der Transport, das Wasser, die Energie usw. Die öffentliche Verwaltung ist ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Gerechtigkeit.

Die Lohnfortzahlung – bei Erwerbslosigkeit, Krankheit, Rente usw. – muss als Antwort auf den umfassenden Angriff auf die Arbeitslosenversicherung und die Renten in den Vordergrund gerückt werden.

Bei den Renten wird die Losung „Rente mit 60“ breit aufgegriffen. Wir müssen sie mit der Beitragsdauer – und zwar mit der Rückkehr zu 37,5 Jahren als Standard – verknüpfen und dabei ganz besonders die gemeinsam getragene Forderung nach Rücknahme des Gesetzes unterstützen, deren Durchsetzung den Kampf für die anderen Forderungen erleichtern würde.

Diese Forderungen sollen konkret die Verbindung zu anderen Mobilisierungen herstellen: für höhere Löhne, gegen Entlassungen, für einen besseren öffentlichen Dienst ... Damit ergibt sich auch die Verbindung zu den prekärsten Bevölkerungsgruppen, die sich vor allem in der Gelbwestenbewegung 2019 mobilisiert haben.

Wir stellen auch die Verbindung zu anderen wichtigen Kämpfen Zeit her: zur Wohnungsfrage aufgrund des Gesetzesvorhabens zur Erleichterung von Zwangsräumungen bei ausstehenden Mietzahlungen oder zum Darmanin-Gesetz gegen Migrantinnen und Migranten oder etwa zur Frage der notwendigen Arbeitszeitverkürzung. Der immer schlimmeren Ausbeutung der Menschen und der natürlichen Ressourcen setzen wir die Losung entgegen: weniger arbeiten, besser arbeiten und Arbeit für alle! Die Übernahme dieser verschiedenen Forderungen und Anliegen durch die Massen wird

aufzeigen, inwieweit es möglich ist, eine soziale Bewegung in eine politische Bewegung gegen die Regierung zu transformieren.

Mobilisierung der Jugend: Stand der Dinge und Perspektiven

Die massive Beteiligung der Jugend an der Mobilisierung könnte ein entscheidender Faktor werden. Bisher schon hat die Jugend ihr Engagement bei den Protesten und ihre Fähigkeit an den Tag gelegt, die Ablehnung der Rentenreform mit anderen Forderungen zu verbinden (gegen Prekarität, Verschlechterung der Studienbedingungen, Auslese, aber auch für bezahlbare Wohnungen, die Aufteilung der Arbeit usw.). Hiermit ist eine umfassendere Auseinandersetzung mit der produktivistischen Logik, die durch die Rentenreform verschärft wird, verbunden und ein solches Gegenprogramm enthält den Keim eines neuen ökologischen Gesellschaftsprojekts. Zwar beschränkt sich ihre Beteiligung bislang noch auf die am stärksten politisierten Kreise, doch die verschiedenen Aktionen der letzten Wochen – einschließlich der Besetzungen, die eine sehr starke Repression nach sich ziehen – und die vermehrten Aufrufe zur Mobilisierung seitens der Jugendorganisationen sind ein positives Zeichen.

Es wird erforderlich sein, viel mehr Räume für Diskussionen und Treffen zu schaffen und den Aufbau einer Massenbewegung an der Basis zu fördern. Es gilt, die Gefahr zu vermeiden, dass Universitäten aufgrund von Minderheitsaktionen administrativ geschlossen werden, was dazu führt, dass die Masse der Studierenden von der Mobilisierung abgeschnitten wird. Wenn die Mobilisierung ein ausreichendes Niveau erreicht hat, müssen die Besetzungs- und Selbstorganisationsaktionen in den Gymnasien und Universitäten vorangetrieben werden. Wo dies möglich ist, sollten gemeinsame Aktionen der Studierenden und des Personals durchgeführt werden (Öffnung der Streikkassen für studentische Beschäftigte, symbolische Aktionen, Blockaden, selektiv praktizierte Straßensperren, gemeinsame Versammlungen usw.). Auch die studentische Jugend braucht erfolgreiche Aktionen, um Selbstvertrauen zu gewinnen. Ganz gleich in welcher Form die Mobilisierung verläuft: Ziel ist es, eine Mehrheit der Studierenden und Schüler/innen mitzuziehen und dafür zu sorgen, dass sie sich in die Bewegung einklinken und ihre spezifischen Forderungen stellen. Die Jugend ist eines der Schlüsselemente für die Ver-

schärfung der politischen Krise und für den Prozess der Delegitimierung der Macronie.

Die Mobilisierung von der Basis aus aufbauen

Die Bewegung kann an allen Fronten aufgebaut werden, unabhängig von unserer jeweiligen beruflichen Situation. Am wichtigsten sind die Aktivitäten am Arbeitsplatz. Und wir wissen, dass einige Arbeitsplätze eine sehr wichtige Rolle spielen und dass sie – wenn sie von der Bewegung erfasst werden – einen sehr starken Druck auf die herrschende Klasse ausüben, weil sie in der Lage sind, die Produktion oder den Kapitalverkehr zu blockieren und damit die Mehrwertrealisierung zu verhindern: Industrie, Transport, Energie ... Aber ein Streik an *allen* Arbeitsplätzen erzeugt politischen Druck, trägt zur Blockierung der Wirtschaft bei und fördert die Einheit des Proletariats. Die Einbeziehung aller sozialen Schichten in die Bewegung trägt ebenfalls zu dieser Einheit bei, seien es Rentnerinnen und Rentner, die Buchhändlerinnen und Buchhändler, die Ad-hoc-Komitees, die Berufsverbände, Volksversammlungen auf Stadtteil- oder Stadtebene ...

Nach dem 7. März sind die unbefristeten Streiks in der Minderheit, aber es gibt sie weiterhin in einer Reihe von Sektoren: im Bildungswesen, im Transportwesen, im Energiesektor, bei der Stadtreinigung in einigen Städten usw. Wir müssen in einen sich entwickelnden Streik eintreten, bei dem die Streikenden sich zum Ziel setzen, die Bewegung auszuweiten und die Bereiche zu mobilisieren, die noch nicht streiken. In manchen Fällen müssen wir uns gegen Minderheitsaktionen wenden, wenn sie sich lediglich das Ziel setzen, die bereits Überzeugten zum Mitmachen zu bewegen.

In der heutigen Zeit sind bedeutend weniger Menschen von dem Kampfmittel des Streiks und der Selbstorganisation überzeugt. Dies ist heute sehr oft nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern ist für die Menschen lediglich eine Frage der praktischen Notwendigkeit. Man organisiert den Streik, weil er den praktischen Nutzen hat, bestimmte Aktionen durchführen zu können: Massendemonstrationen, Blockaden von Kreisverkehren oder Umgehungsstraßen, Bahnhöfen, Häfen, Industriezentren in Abstimmung mit den entsprechenden Gewerkschaftsstrukturen oder die Durchführung von Mobilisierungstouren.

Man baut auch die Strukturen der Selbstorganisation nicht als Sicherungsmaßnahme oder aufgrund eines demokratischen Prinzips auf, sondern als konkret nützliche Werkzeuge für die Mobilisierung: wissen, wann man streikt, eine Demonstration organisieren, Plakate kleben,

Flugblätter verteilen. Für uns kommt es darauf an, die Selbstorganisation und die Aufrechterhaltung der Einheit zu fördern: Wir versuchen, Konfrontationen zwischen den Gewerkschaftsapparaten und den Strukturen der Selbstorganisation zu vermeiden, wir argumentieren für gewerkschaftsübergreifende Demonstrationen in den Stadtvierteln oder Unternehmen, für Vollversammlungen und berufsübergreifende Verbindungen. Ein aktiver Streik erfordert die Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen bei der Vorbereitung der Aktionen, nicht nur der Aktivistinnen und Aktivisten.

Den Streik mit dem politischen Kampf gegen Macron verbinden

Die Bewegung ist noch keine wirklich politische Bewegung, weil sie subjektiv noch nicht die Machtfrage stellt. Objektiv verkörpert sie jedoch bereits eine Klassenkonfrontation zwischen einer Bourgeoisie, die sich notgedrungen hinter Macron schart, und einer Arbeiter*innenklasse, die dazu tendiert, sich in der Dynamik des Kampfes – und gestützt auf eine umfassende Einheitsfront von der CFDT und der PS bis zu den Organisationen der radikalen Linken – wieder zu einer Klasse für sich zu formieren.

Diese Konfrontation dürfte sich verstärken, denn die Regierung will einen Sieg erringen und die Organisationen der Arbeiter*innenbewegung können sich keine Niederlage leisten. Ein Kompromiss erscheint unmöglich. Wenn sie sich verstärkt, dann wird dies zunehmend die Frage nach der Legitimität einer Minderheitsregierung aufwerfen, die nicht geneigt ist, auf die Mehrheit der Bevölkerung zu hören, während sich auf der anderen Seite für die Bewegung das Problem der Strategie stellt, mit der man gewinnen kann.

Im Moment ist das Proletariat wegen der Rentenreform wie auch wegen der allgemeinen Lebensbedingungen aufgebracht, geht aber nicht über die Aktionslosungen der Gewerkschaften hinaus. Die von dem Gewerkschaftsbündnis eingesetzte Strategie spiegelt das Bewusstseinsniveau der Massen wider, ohne dass die Gewerkschaften allerdings versuchen, dieses Bewusstsein weiterzuentwickeln, die Aktivitätsrhythmen zusammenzuführen und sich dabei auf die am stärksten mobilisierten Sektoren zu stützen. Deshalb versuchen wir, auf diese Strategie einzuwirken, auch indem wir entsprechende Diskussionen anschieben oder etwa eine Beschleunigung des Zeitplans oder andere Termine vorschlagen, um die Mobilisierung aufzubauen, wenn uns das sinnvoll erscheint, insbesondere über unsere Sprecher*innen.

Die Arbeiter*innen überlassen die Entscheidungen zu Aktionen dem Gewerkschaftsbündnis, den Gewerkschaftsführern in den Departements oder in den Föderationen. Dieses Delegieren steht im Widerspruch zur Selbstorganisation und zur Demokratie in den Kämpfen. Um die Gewerkschaftsapparate unter Druck zu setzen und über deren politische Orientierung hinauszugehen, müssen die Rahmenbedingungen für die Selbstorganisation durch praktische Aktionen geschaffen werden.

Seit Samstag, dem 11. März, fordern die Gewerkschaften gemeinsam eine Bürgerbefragung zur Rentenreform. Dies deckt sich mit Jean-Luc Mélenchons Vorschlag vom Dienstag (7. März), ein Referendum zu organisieren, um der Regierung von Macron einen Ausweg zu ermöglichen. Dies ist Ausdruck der Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Lage und der Schwierigkeiten, das Land wirklich zum Stillstand zu bringen. Die wahrscheinliche Weigerung der Regierung, auf derartige Forderungen einzugehen, wäre ein weiteres starkes Zeichen für die Verweigerung von Demokratie, das den Volkszorn nur weiter anheizen könnte und was dazu beitragen würde, die Solidarität des Gewerkschaftsbündnisses angesichts der Abstimmung über das Gesetz in der Nationalversammlung zu fördern. Aber in der aktuellen Phase, in der es nach wie vor um den Aufbau des Streiks geht, kann dieser Kampf auf institutionellem Gebiet auch einen Teil der kämpferischen Kräfte von diesem Ziel ablenken. Wir betonen die Illegitimität einer Macht, die die Bevölkerung nicht nach ihrer Meinung fragt, und bekräftigen, dass man nur durch Mobilisierung und eine Änderung des Kräfteverhältnisses mittels Streiks und Demonstrationen gewinnen kann.

Die Debatte über die für einen Sieg erforderliche Strategie dürfte, wenn auch vielleicht nur allmählich, zur Stärkung der Streiks und der Strukturen der Selbstorganisation führen, während die Illegitimität der Regierung noch deutlicher hervortreten wird. Wir wollen das politische Selbstbewusstsein des Proletariats stärken, um eine Alternative zur bürgerlichen Herrschaft aufzubauen. Die klassische Formel ist die der „Arbeiterregierung“, heute nennen wir das eine „Regierung der Arbeiter*innen“, womit wir ausdrücken, dass wir eine Macht wollen, die sich gegen die herrschende Klasse wendet, um die Forderungen der breiten Bevölkerung umzusetzen, wobei wir aufgrund ihres Übergangscharakters eine Unklarheit darüber lassen, wer diese Regierung bildet: Sind es die Organisationen der Arbeiter*innenbewegung oder ihre selbstorganisierten Strukturen? Auf jeden Fall wird diese Debatte schrittweise

geführt, je nach Entwicklung der Bewegung und des Bewusstseins, aber wir stellen die Illegitimität der Regierung in den Vordergrund, die Forderung, dass sie verschwinden muss, um durch eine Regierung der Arbeiterinnen und Arbeiter ersetzt zu werden.

Wir bekämpfen daher die von den reformistischen Organisationen (Parteien und Gewerkschaften) angestrebte Trennung zwischen dem Sozialen und dem Politischen. Alle Organisationen, alle Strukturen sind legitimiert, die Machtfrage aufzuwerfen. Wir schlagen deswegen vor, die Einheitsversammlungen fortzuführen und die Parteien (in vielen Fällen gestützt auf die NUPES), Gewerkschaften, Vereine, feministische, LGBTI- oder Umweltgruppen usw. miteinander in Verbindung bringen. Wir befürworten auch eine gemeinsame nationale Kundgebung gegen Macron und wir unterstützen auch Bestrebungen zu einer nationalen Demonstration in Paris, bei der die Machtfrage gestellt wird. Wir sind für die größtmögliche Einheit, während wir unsere eigenen Perspektiven und unser eigenes Programm verteidigen, sei es, indem wir das Touraine-Gesetz [die 2014 beschlossene Anhebung auf 43 Beitragsjahre] verurteilen, sei es indem wir die Machtfrage aufwerfen und die notwendige Systemalternative zum Kapitalismus betonen.

Aufbau der NPA

Die Bewegung ist auch eine Gelegenheit, die NPA (wieder) aufzubauen. Nicht als einen Parasiten, sondern als ein Werkzeug, um die Bewegung zu stärken, indem wir in ihr eine bestimmte Orientierung vertreten. Wir müssen unsere Resonanz in der sozialen Bewegung und bei den mobilisierten Sektoren nutzen, um lokal oder national Initiativen zu ergreifen und unsere Perspektiven und unser revolutionäres Projekt zur Diskussion zu stellen, auch um darüber beim Neuaufbau unserer Organisation voranzukommen.

Das Treffen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und privaten Sektor, das wir am 1. und 2. April durchführen, ist ein wichtiges Instrument, um unsere Aktivist*innen und Sympathisant*innen zusammenzubringen und den Neuaufbau anzugehen. [...] Auch unsere Presse ist ein Werkzeug, um unsere Nützlichkeit für den Aufbau der Bewegung sichtbar zu machen und Informationen weiterzugeben [...]. Wir machen unsere Orientierung im Kampf bekannt, indem wir Informationen und Analysen über Methoden zum Aufbau des Kampfes und zur Selbstorganisation oder etwa zur Frage, wie man zusätzliche politische Punkte setzen kann, entwickeln.

Wir beteiligen uns auch an der Organisation von öffentlichen politischen – gemeinsamen oder eigenen – Versammlungen in möglichst vielen Städten. Ziel ist es, das Bewusstsein für die politischen, d.h. die Machtfrage aufwerfenden Debatten zu schärfen, die im Zusammenhang mit dieser Bewegung geführt werden, und die Massen dazu zu bewegen, sie sich zu eigen zu machen. Der beste Weg, um in einer Bewegung die Einheit zu bewahren, besteht darin, die verschiedenen Richtungen zu vergleichen und sie auf kameradschaftliche Weise gegenüberzustellen. Oft bietet die NUPES Gelegenheiten für Einheitstreffen, bei denen viele Menschen zusammenkommen. [...]

Im Frühjahr werden wir die Möglichkeit testen, öffentliche Zusammenkünfte etwa als „Forum für Antikapitalismus“ zu organisieren. Eine solche Initiative (deren Format je nach Möglichkeiten angepasst werden muss) richtet sich an unorganisierte Einzelpersonen oder solche, die mit anderen Organisationen gebrochen haben, an Strömungen und Organisationen, die einen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus anstreben. Ausgehend insbesondere von den politischen Fragen, die durch den aktuellen Kampf um die Renten aufgeworfen sind, wird es darum gehen, das gemeinsame Eingreifen verschiedener Strömungen zu stärken und auch die Möglichkeiten für gemeinsame organisatorische Fortschritte zu erkunden. [...]

12./13. März 2023

Übersetzung: Jakob S.

1 Nouveau parti anticapitaliste (npa2009.org) ist der eine Teil der NPA, die sich im Dezember 2022 in zwei etwa gleich große Teile gespalten hat. Beide Nachfolgeorganisationen nennen sich NPA.

2 Zu diesem Zeitpunkt war Artikel 49.3 der Verfassung noch nicht zur Anwendung gekommen.



DIE SOZIALDEMOKRATIE IM GEGENWIND

Ein Jahr, nachdem die Sozialistische Partei (PS) bei den vorgezogenen Wahlen die absolute Mehrheit im Parlament errungen hatte (42,5 % der Stimmen und 120 von 230 Sitzen), hat sich die politische Lage geändert und der Wind pfeift ihr auf den Straßen ins Gesicht.¹

■ **Jorge Costa**

Ende 2021 setzte Antonio Costa (mehrfacher Premierminister seit 26. November 2015) vorgezogene Wahlen durch, nachdem er die Forderungen der Linken nach einer Reform des Arbeitsrechts und Investitionen im Gesundheitssektor zurückgewiesen hatte, um auf „politische Stabilität“ zu setzen. Diese Taktik ging auf und er erreichte eine absolute Parlamentsmehrheit bei den Wahlen im Januar 2022, auf die sich die Regierung trotz ständiger innerer Zerwürfnisse noch immer stützen kann, um nicht auf die zunehmend schlechtere Situation reagieren zu müssen.

Drei Dinge prägten das erste Jahr der Legislaturperiode: der Verfall der politischen Kultur innerhalb der Regierung, die Unterordnung unter die Kapitalerfordernisse durch einen „Sozialpakt“ zu den Löhnen (der von den Unternehmer*innen und der zweitgrößten Gewerkschaft UGT unterzeichnet wurde) und die Bereitschaft, die Extraprofite der Reichen gegen die Inflation zu schützen. Unter dieser Preissteigerung leidet eine Bevölkerung, von der – ohne Berücksichtigung der Sozialleistungen – fast 40 % in Armut leben [2021 lebten 1,9 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, d. h. mit weniger als 554 Euro netto pro Monat, und die Situation hat sich 2022 weiter verschlechtert, A.d.R.].

Die Regierung wurde von einer Serie von Affären und Skandalen erschüttert, auch wenn viele von ihnen keine

juristischen Konsequenzen hatten. In nur neun Monaten traten 13 Regierungsmitglieder zurück (11 Staatssekretäre und zwei Minister).

Verfall der politischen Kultur ...

Als der Premierminister den ehemaligen Bürgermeister von Caminha, Miguel Alves, zum stellvertretenden Staatssekretär ernannte, obwohl der in zwei Gerichtsverfahren angeklagt war, zunächst jegliche Aufklärung verweigerte und schließlich gezwungen war, seinen Rücktritt im November 2022 anzunehmen, wurde dies zu einer politischen Frage.

Es war auch kein Verbrechen, die ehemalige Direktorin der Fluggesellschaft TAP, Alexandra Reis, zur Staatssekretärin im Finanzministerium zu ernennen, die das (mehrheitlich staatliche) Unternehmen im Februar 2022 mit einer Abfindung von einer halben Million Euro verlassen hatte [und dann zur Leiterin des staatlichen Flugsicherungsunternehmens NAV ernannt worden war]. Der Finanzminister, der sie nominiert hat, wollte jedoch die Abfindung, die die Regierung selbst genehmigt hatte, nicht zur Kenntnis nehmen. Das ist vielleicht kein Verbrechen, aber es ist ein eklatanter Verstoß gegen die ethischen Normen, an denen sich die Regierung orientieren sollte. Die Einstellung eines anderen Regierungsmitglieds durch ein Unternehmen, dem die Regierung Steuervergüns-

tigungen gewährt hatte, ist ein Beispiel für die Vetternwirtschaft zwischen dem politischen Machtzentrum und großen Unternehmen. Diese Fälle sind keine Kavaliersdelikte oder einfache Schnitzer, sie zeugen vielmehr von der Verkommenheit einer absoluten Mehrheit, die nach nur einem Jahr ihres Bestehens die gleiche Arroganz und Undurchsichtigkeit pflegt, die für frühere parlamentarische Mehrheiten dieser Art, auch unter Beteiligung der PS, typisch war.

... und der Kaufkraft ...

Im Jahr 2022 übertraf die Inflation alle Rekorde der letzten dreißig Jahre (7,8 %), und die jüngsten Prognosen einer leichten Abschwächung auf 5,4 % im Jahr 2023 bestätigen, dass der Kaufkraftverlust bei Löhnen und Renten weiter anhält. Die Preise steigen mit Schwankungen weiter an, am stärksten bei Lebensmitteln, wo die Inflation über 20 % beträgt. Mit anderen Worten: Die Ärmsten sind besonders stark betroffen.

Die absolute Parlamentsmehrheit der PS beharrt auf der These, dass die Angleichung der Löhne und Renten an die Inflationsrate den Inflationszyklus (die so genannte Lohn-Preis-Spirale) anheizen würde. Der durchschnittliche Anstieg der Beamtgehälter beträgt nur 3,6 % und nimmt entlang der Lohnskala immer weiter ab. Die Vereinbarung zwischen Regierung, Kapital und UGT legte für freiwillige Lohnerhöhungen in der Privatwirtschaft lediglich einen Richtwert von 5% fest, der in der Tat weit unter der Inflationsrate liegt, während sie den Unternehmen gleichzeitig eine Belohnung in Form von Steuersenkungen anbot. In der Praxis frieren die meisten Unternehmen die Löhne ein oder führen Lohnerhöhungen durch, die unter diesem Richtwert liegen.

Die These von der Lohn-Preis-Spirale wird von der Realität widerlegt: Der Inflationszyklus hat seinen Ursprung nicht in den Löhnen, sondern ist in erster Linie das Ergebnis von Spekulationsprozessen, die den Transfer des Einkommens der Lohnabhängigen an das Kapital beschleunigt, vermittelt ihrer Stellung als Konsument*innen und Schuldner*innen [aufgrund der hohen privaten Verschuldungsquote – dazu kommt der Transfer des von den Arbeiter*innen geschaffenen Mehrwerts an das Kapital, A.d.R.].

... bei explodierenden Profiten

In Portugal ist diese Verarmung der Arbeiterklasse und die Verschärfung der sozialen Ungleichheit vergleichbar mit den Folgen der Austeritätspolitik, die erst Anfang des

letzten Jahrzehnts von der Troika verhängt wurde. Die Gewinne der größten Wirtschaftskonzerne schießen in die Höhe, und rund fünfzehn große, an der Lissabonner Börse notierte Unternehmen haben ihren Aktionär*innen Dividenden in Höhe von 2,5 Milliarden Euro ausbezahlt – ein absoluter Rekord.

Die Regierung stellt sich als Opfer der aufeinanderfolgenden internationalen Krisen dar. Indem sie sich weigert, die Preise zu kontrollieren oder die Gewinnspannen bei der Vermarktung der Produkte zu begrenzen, schützt sie lieber die Spekulant*innen im Energiesektor, bei den großen Einzelhandelsunternehmen und im Telekommunikationssektor. Währenddessen zeigen die triumphalen Verweise auf das Wirtschaftswachstum (6,7 % im Jahr 2022, eine Rekordrate seit 1987) und das Haushaltsdefizit (weniger als 1,5 % des BIP) nur die Unfähigkeit der Regierung, sich den Realitäten in Portugal zu stellen. Stattdessen rechnet sie lieber die [mittelmäßigen] Investitionen, die [niedrigen] Löhnen und die [prekären] Beschäftigung schön. Statt grundlegender sozialen Reformen für die Beschäftigten und die öffentliche Daseinsvorsorge, oder auch nur des geringsten Plans, die Auswirkungen der zunehmenden Spekulation aufzufangen, umgarnt die Regierung lieber die rechte Opposition. Deren politische Grundausrichtung ist die nämliche und in den Debatten über die Regierungspolitik lassen sich keine Unterschiede ausmachen.

Proteste auf den Straßen

Die Lehrer*innen und die übrigen Beschäftigten im Bildungssektor gehen aus guten Gründen auf die Straße. Sie leiden unter Reallohnkürzungen, zunehmend geringeren Aufstiegsmöglichkeiten durch Quotenregelungen und fehlender Anrechnung des Dienstalters, prekären Arbeitsverhältnissen und fehlender Fahrtkostenerstattung bei oft weit entfernt liegenden Schulen. Die Situation ist nicht neu, aber der Reallohnverlust durch die Inflation hat das Fass in den Schulen zum Überlaufen gebracht [Lehrer in der untersten Gehaltsstufe verdienen in Portugal etwa 1100 Euro und selbst in höheren Gehaltsstufen sind es oft weniger als 2000 Euro, A.d.Ü.]. Der Lehrerberuf ist zunehmend unattraktiv geworden und hat die jüngere Generation abgeschreckt, während zugleich Tausende von Lehrer*innen in den Ruhestand gehen.

Dieser Lehrermangel macht sich bereits in vielen Fächern, Klassen und Regionen des Landes bemerkbar. Tausende Kinder und Jugendliche wurden bereits vor den Streiks aufgrund des Mangels an Lehrkräften von

der Schule abgemeldet. Und die Situation verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Anstatt Lösungen zu finden, indem die Dienstzeit voll angerechnet wird, Reisekosten bezahlt werden oder Anreize für strukturschwache Regionen geschaffen werden (wie es bei Polizist*innen oder Ärzt*innen der Fall ist), hat die Regierung beschlossen, das Streikrecht der Lehrkräfte einzuschränken und von ihnen eine Mindestpräsenz für die Betreuung, Versorgung und Unterrichtung der Schüler*innen zu fordern. Die Verhandlungsangebote der Regierung bleiben weit hinter den Forderungen zurück und deuten auf anhaltende Proteste hin, unter denen die Mobilisierung des Bildungssektors an der Spitze steht.

Wohnungsnot

Die EZB hat eine weitere Erhöhung des Leitzinses auf nunmehr 3 % vorgenommen. Diese Erhöhung treibt die Wirtschaft in die Stagnation, schadet der Beschäftigung und den Löhnen, ohne die Hauptursachen der Inflation – Angebotsengpässe und Spekulation – zu tangieren. Steigende Zinssätze wirken sich direkt auf das verfügbare Einkommen von Menschen aus, die Immobiliendarlehen aufgenommen haben. Die Hypothekenzinsen im Bankensektor sind um bis zu 50 % gestiegen, ohne dass es einen wirksamen Schutzmechanismus gibt.

In Portugal steht das Grundrecht auf eine Wohnung bloß auf dem Papier. In weniger als zehn Jahren haben sich die Wohnungspreise verdoppelt und die Mieten sind um 50 % gestiegen. Wohnkosten verschlingen einen enormen Anteil des Einkommens, was das Ergebnis einer Politik ist, die Spekulation und Luxusbauten für den Tourismus gefördert hat. Als die PS 2015 an die Macht kam, war die Wohnungsfrage bereits eine tickende Zeitbombe. Aber die neue Regierung unternahm nichts gegen die Gesetze, die den Verkauf von Immobilien an ausländisches Kapital begünstigen. Mit Unterstützung der rechten Opposition schuf sie sogar neue Spekulationsanreize im Immobiliensektor. Unter Ausnutzung der niedrigen (oder sogar negativen) Zinssätze strömte internationales Kapital in den Immobiliensektor, um die garantierten Profite abzuschöpfen.

[Die Regierungen haben in der Vergangenheit „goldene Visa“ erteilt, d. h. Aufenthaltsgenehmigungen für Ausländer*innen, die mehr als 500 000 Euro in eine Immobilie investieren. Hinzu kommen Genehmigungen für Touristenunterkünfte in Großstädten und insbesondere in Lissabon, die eine Vielzahl von Spekulationsgeschäften begünstigen, die von kaskadenartigen Käufen und

Verkäufen (mit einer großen Anzahl leerstehender Wohnungen) bis hin zur Entwicklung von Airbnb reichen. Die „goldenen Visa“ dürften zwar ein Ende finden, aber den unzureichenden Maßnahmen der Regierung Costa steht die Macht der Bodenspekulant*innen gegenüber, A.d.R.]

In Lissabon gewinnt die Kampagne für ein Referendum zum Wohnungsbau an Fahrt, mit dem Ziel, die Umwandlung von Wohnungen in Touristenunterkünfte stark einzuschränken. Gleichzeitig wird es in den wichtigsten Städten etliche Demonstrationen für das Recht auf Wohnen geben, mit Großkundgebungen am 1. April sowie anderen Protesten für höhere Löhne oder gegen die Klimakrise. Der Frühling wird heiß werden.

■■■■■ **Jorge Costa** ist Leitungsmittglied des Bloco de Esquerda

Aus: *Viento Sur* vom 19.02.2023

Übersetzung: MiWe

1 Lehrer*innen, Ärzte, Krankenschwestern, Richter*innen und das Flughafenpersonal gehen unter dem Druck der Inflation und der steigenden Zinssätze für höhere Löhne auf die Straße. Daneben sind übergreifende Mobilisierungen geplant, etwa für den 25. Februar (Demonstration unter dem Motto „Gerechtes Leben“ gegen die steigenden Lebenshaltungskosten) oder den 1. April (Demonstrationen für das Recht auf Wohnung).

■■■■■

DER VERGESSENE KRIEG

Am 1. Februar 2021 kündigte die birmanische Armee (Tatmadaw) die Duldung der von der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) geführten Regierung auf, inhaftierte deren Führungsspitze und stürzte das ganze Land in einen grausamen Bürgerkrieg. Zwei Jahre später hat sie es immer noch nicht geschafft, einen Großteil des Landes zu kontrollieren, obwohl der Widerstand gegen das Militärregime waffentechnisch unterlegen ist.

■ **Pierre Rousset**

■ Zum zweiten Jahrestag des Militärputsches veröffentlichte das Women's Peace Network eine Erklärung, der wir uns voll anschließen können:

„Zwei Jahre nach dem Putschversuch der birmanischen Armee, über fünf Jahre nach den völkermörderischen Angriffen 2017 und nach jahrzehntelangen Gräueltaten gegen unsere Gemeinschaften sind wir, das Women's Peace Network, von sprachloser Trauer und Wut überwältigt. Die Armee kann auch weiterhin das ganze Land terrorisieren, nachdem sie in nur zwei Jahren fast 3 000 Zivilisten ermordet, mehr als 17 000 Menschen willkürlich verhaftet und Hunderttausende gefoltert hat. Ihre Streitkräfte verstärken ihre Luftangriffe und den Einsatz schwerer Waffen im Staat Chin, in der Region Sagaing, im Staat Karen, im Staat Kachin, in Arakan und in vielen anderen Regionen, in denen unsere Gemeinschaften leben. Sowohl in diesen Regionen als auch in den sonstigen Gefängnissen und Verhörtzentren des Landes geht das patriarchalische und frauenfeindliche Militär gegen Frauen und Mädchen mit den brutalsten Formen sexueller Gewalt vor. Die Rohingya sind zunehmend Angriffen der Militärs auf ihre Ethnie ausgesetzt: In den letzten zwei Jahren hat die Junta immer weitere Schikanen auferlegt und mindestens 2700 Rohingya, darunter mehr als 800 Frauen, festgenommen und inhaftiert.“

Wut darüber, dass die gemarterte Bevölkerung von der sogenannten „internationalen Gemeinschaft“ alleingelas-

sen wird, obwohl sie außerordentlich mutigen Widerstand gegen die Diktatur leistet. Wut, weil bei rechtzeitiger Hilfe der Putsch beendet und tausendfaches Leid vermieden worden wäre. Aber auch Bewunderung für die Fähigkeit so vieler Organisationen und Menschen, gegen die schlimmsten Widrigkeiten zu kämpfen. Hoffnung, weil die Junta, die zwar nicht aus dem Land vertrieben werden konnte, dennoch trotz aller Unterstützung, die sie von den Großmächten China und Russland, aber auch von Indien und Pakistan mit ihrem beträchtlichen regionalen Gewicht, von Vietnam und ihren (anderen) Nachbarn Laos, Thailand etc. erhalten hat, ihre Herrschaft nicht stabilisieren konnte. Sie hat aktuell nur die Hälfte des Landes oder etwas mehr unter militärischer Kontrolle und hat es nicht geschafft, den Widerstandsgeist des Volkes zu brechen. Aus diesem Grund spricht das Women's Peace Network auch nur von einem Putschversuch.

Die Lage nach zwei Jahren

Das Gedenken an den Jahrestag fällt naturgemäß unterschiedlich aus.

Der Widerstand organisierte in vielen Teilen des Landes einen Tag des „stummen Streiks“ von 10.00 bis 15.00 Uhr unter dem Motto „Tote Stadt“. Im Ausland fanden „stumme“ Protestversammlungen vor den Botschaften statt, die sich gegen die Diktatur von General Min Aung Hlaing, dem Chef der Junta, richteten. Die größte dieser

Kundgebungen fand wahrscheinlich in Thailand statt, wo sich mehrere hundert Demonstrant*innen versammelten, die manchmal ein Porträt von Aung San Suu Kyi oder drei Finger hochhielten – das Erkennungszeichen der Jugend gegen die absolute Monarchie im thailändischen Königreich, wo eine große myanmarische Diaspora lebt. Diese Gemeinschaft wird von dem monarchistisch-militärischen thailändischen Regime, das die Junta unterstützt, streng überwacht.

Die Junta wiederum verlängerte den Ausnahmezustand um weitere sechs Monate und verhängte das Kriegsrecht über 37 Orte (in acht Regionen und Staaten), darunter die Hochburgen des Widerstands in den Regionen Sagaing und Magwe. Die regionalen Kommandanten sind mit Sondervollmachten ausgestattet und Militärgerichte sind für alle Strafverfahren wegen „Unbotmäßigkeit“ gegenüber dem Regime zuständig. Todesstrafen und lebenslange Haftstrafen sind angekündigt und Berufungen gegen Urteile werden nicht zugelassen, außer bei Todesurteilen, die dann dem Generalissimus Min Aung Hlaing zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden können.

Bereits 2021 hatte das Regime das Kriegsrecht über Teile von Yangon (Rangun), Mandalay und den Staat Chin verhängt und fast 100 Menschen waren zum Tode verurteilt worden.

Wie sieht die Bilanz der Terrorkampagne der Junta während der letzten beiden Jahre aus? Nach Angaben der Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) wurden mehr als 2500 Menschen getötet, mehr als 16 500 verhaftet und mehr als 13 000 befinden sich noch immer in Haft. Es wurden 138 Todesurteile verhängt, davon 41 in Abwesenheit. Im Juli wurden vier politische Gefangene, die wegen „Terrorismus“ angeklagt waren, gehängt. Dies waren die ersten Hinrichtungen seit Ende der 1980er Jahre. Im November wurden sieben Studierende der Dagon-Universität zum Tode verurteilt. Die Zahl der durch den Krieg vertriebenen Menschen wird auf mindestens 1,5 Millionen geschätzt (einige Quellen sprechen sogar von drei Millionen).

Doch trotz dieser Terrorkampagne und der eklatanten militärischen Überlegenheit der Armee hat sich die militärische Lage zu Ungunsten der Junta entwickelt. General Min Aung Hlaing selbst räumte am Jahrestag des Staatsstreichs vom 1. Februar 2021 bei einer Generalstabsitzung ein, dass „die Lage der Nation noch nicht zur Normalität zurückgekehrt ist: Mehr als ein Drittel der Distrikte sind nicht vollständig unter militärischer Kontrolle“. Ein Euphemismus, der einem Eingeständnis des Scheiterns

gleichkommt. Die Initiative liegt derzeit auf Seiten des Widerstands und die Tatmadaw erleidet in den Staaten Chin, Shan, Karen und Kachin sowie in den Regionen Sagaing, Magwe und anderswo im Irrawaddy-Delta schwere Rückschläge.

Die Zukunft von Myanmar bleibt offen, trotz allem. Ein ganzes Kapitel der Geschichte des Landes endete schließlich in einer zugespitzten Krise. Die Junta wollte der herrschenden Militärkaste das Machtmonopol über die gesamte Gesellschaft für immer sichern, doch diese Macht wird nun in Frage gestellt. Eine Rückkehr zur Situation vor dem Putsch erscheint unmöglich, da der letzte Versuch eines friedlichen, demokratischen Übergangs in einem Blutbad gescheitert ist. Dieses Scheitern hat etwas Endgültiges an sich. Generationen von hohen Offizieren sind aufeinander gefolgt, aber die Armee hat sich nicht verändert und wird sich auch nicht verändern.

Rückblick

Wer mit der Geschichte Myanmars nicht vertraut ist, könnte glauben, dass die Armee 2021 die Macht an sich gerissen und eine zivile Regierung gestürzt hat. Dies ist jedoch nicht der Fall, denn in den letzten fünf Jahrzehnten hat sich in Myanmar ein Militärregime an das andere gereiht. Um nach jahrzehntelanger Isolation wieder auf internationaler Ebene wirtschaftlich und diplomatisch hoffähig zu werden, bemühte sich die Junta 2011 um einen demokratischen Anstrich, indem sie relativ freie Wahlen zuließ, zugleich aber sicherstellte, dass sie die Kontrolle über die Institutionen behielt.

Mit der USDP (Union, Solidarity and Development Party) hat die Armee eine eigene politische Partei gegründet und war davon überzeugt, dass sie die Wahlen im Jahr 2020 gewinnen würde. Die von ihr maßgeschneiderte Verfassung sichert ihr automatisch eine Sperrminorität in allen gesetzgebenden Versammlungen, in denen ihr 25 Prozent der Sitze ohne Wahl vorbehalten sind, zusätzlich zu den Sitzen, die ihre Partei und ihre Verbündeten bei den Wahlen erzielen. So kann sie die Annahme einer Verfassungsänderung, für die mindestens 75 Prozent der Stimmen erforderlich sind, unterbinden. Außerdem erhält sie von Amts wegen die Leitung von Schlüsselministerien (Verteidigung, Inneres und Grenzschutz). Das Militär ist vor jeglicher Kontrolle durch eine zivile Behörde geschützt. Dies alles verleiht der Junta eine Vormachtstellung innerhalb einer Regierungskoalition.

Die Wahlen im Jahr 2020 wurden mit 82 Prozent der Stimmen von der Nationalen Liga für Demokratie und

nicht von der USDP gewonnen. Aung San Suu Kyi war zu einer der Säulen der politischen Landschaft in Myanmar geworden und um sie kristallisierte sich in den zentralen Regionen die Ablehnung der Militärherrschaft. Gestärkt durch ihre Wählerzustimmung ging sie das äußerst riskante Experiment einer Kohabitation der Regierung mit dem Militär ein. Es war jedoch völlig illusorisch, dass die Tatmadaw nach einer Parlamentswahl freiwillig ihre Vorrechte abtreten könnte, zumindest ohne eine massive Mobilisierung der Bevölkerung (was Suu Kyi damals nicht wollte). Sie setzte lieber auf eine allmähliche Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den zivilen Kräften und den Militärs innerhalb des Regimes. Eine Wette, die sie mit einem exorbitanten Preis bezahlte: dauerhafte Inhaftierung mit Isolationshaft, Massenverhaftungen und die Ermordung von Parteifunktionären, deren Galionsfigur sie war.

Reaktionen auf den Putsch

Das Ziel der Armee war nicht, die Macht zu erobern – denn die hatte sie bereits –, sondern sich erneut das Monopol zu sichern, während Aung San Suu Kyi damit drohte, die Korruptionsfälle untersuchen zu lassen und ihre Position über das hinaus auszubauen, was die Armee zu akzeptieren bereit war. Aus diesem Grund spreche ich für meinen Teil generell eher von einem Putsch als von einem Staatsstreich, oder aber von einem präventiven Staatsstreich.

Der Putsch löste einen gewaltigen Volksaufstand aus. Schon am Tag danach besetzten die Menschen im Zentrum von Rangun die Balkone unter einem Konzert von Kochtöpfen, angeblich um die „bösen Geister“ zu vertreiben. Das Krankenhauspersonal bekannte sich offen zur Opposition und die Schüler*innen gingen auf die Straße. Auch die Beamten schlossen sich an und legten den Zugverkehr und die Banken lahm. Ein Großteil der Industrieproduktion etc. war von den Streiks betroffen. Am 6. Februar demonstrierten Textilarbeiterinnen in den Vororten der Wirtschaftsmetropole. Der zivile Ungehorsam breitete sich schnell im ganzen Land aus und gipfelte im Generalstreik vom 22. Februar, bei dem mehr als eine Million Menschen in zahlreichen Orten auf die Straße gingen und viele andere die Arbeit niederlegten.

Diese Volkserhebung war sowohl spontan als auch koordiniert von der Bürgerrechtsbewegung (Civil Defense Movement, CDM), die von Krankenschwestern und Pflegepersonal, Schüler*innen, Beamt*innen (in Myanmar sind viele Sektoren verstaatlicht), Frauen und Studierende,

Gewerkschaften der Privatwirtschaft (insbesondere der Textilindustrie), darunter die CTUM, und Lehrern etc. geführt wurde. Diese Synergie führte zu einer der größten Streik- und Protestbewegungen der modernen Geschichte. So hat diese „Frühlingsrevolution“ allein aufgrund ihres Ausmaßes der Militärjunta von Anfang an jegliche Legitimität und Autorität genommen – und das in einem Land, in dem sich die Armee als Hüterin der Nation geriert.

Die Opposition

Die Junta attackierte nicht nur die NLD, sondern auch die sozialen Bewegungen, die zu einem großen Teil in der MDC (Bewegung des zivilen Ungehorsams) organisiert sind. Die MDC entstand quasi über Nacht, weil die Lehren aus den früheren Kämpfen gegen die Diktatur (einschließlich des Kampfes von 1988) gezogen worden waren. Der Widerstand wurde sofort aufgenommen und gipfelte im Generalstreik am 22. Februar.

Die Bewegung für zivilen Ungehorsam war keine „Vorfeldorganisation“ der NLD, sondern eine unabhängige Koordination. Sie wurde von linken Aktivist*innen getragen, die der Sozialdemokratischen Einheitsfront (SDUF) angehörten, einer linksradikalen Strömung, die sozialdemokratisch im Sinne Lenins und der Bolschewiki ist.

Die NLD war natürlich an der Organisation des Widerstands in der Zentralebene von Myanmar beteiligt, da ihre Kader verfolgt und ihre Führung größtenteils inhaftiert wurde. Viele von ihnen bewiesen Kampfgeist und Mut. Auf den Demonstrationen wurde oft das Porträt von Aung San Suu Kyi gezeigt, die zusammen mit dem ebenfalls inhaftierten Präsidenten Myint Swe die Kontinuität und die Legalität der Zivilregierung verkörperte. Jahrzehntlang war Aung San Suu Kyi immer wieder Repressionen durch das Militär ausgesetzt und weigerte sich standhaft, ins Exil zu gehen und zu ihrer Familie in Großbritannien zu ziehen. Ihr Mut ist unbestreitbar und sie wurde dafür mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Dieser Preis wurde jedoch nach dem Völkermord an den Rohingya aberkannt [korrekt: infrage gestellt, ohne letztlich aberkannt zu werden, AdÜ].

Völkermord

Die Rohingya leben seit langem in Myanmar am Golf von Bengalen, und viele von ihnen waren als vollwertige Staatsbürger anerkannt (die Frage der Staatsbürgerschaft in Myanmar ist eine sehr komplizierte Geschichte). Rohingya bedeutet übrigens „Bewohner von Rohang“, allgemein

bekannt als Arakan/Rakhaing Staat – „Bewohner von Arakan“ also. Das Militärregime verweigert ihnen das Recht, sich so zu nennen, da es sie als Ausländer betrachtet. Die dortige Bevölkerung erlitt laufende Diskriminierungen oder gar Massaker, wie 2012, und in den Jahren 2017–2018 kam es zu einem Völkermord und einer Massenflucht der Überlebenden (etwa 750 000 Flüchtlinge, die größtenteils in Bangladesch leben oder zwischen verschiedenen anderen Ländern umherirren).

Der rechtsextreme, nationalistische Flügel des birmanischen Buddhismus hat eine große Rolle bei der Dämonisierung und Entmenschlichung der Rohingya gespielt. Wie so oft verbergen sich hinter den flammenden Reden zur Verteidigung „heiliger“ Anliegen – wie der religiösen oder ethnischen Identität – ganz prosaische Anliegen. Der Völkermord hätte wahrscheinlich nicht stattgefunden, wenn man nicht freie Bahn haben wollte, um das von den Muslimen bewohnte Gebiet für den Bau eines Tiefseehafens, eines Industriegebiets und neuer Infrastrukturen im Interesse der Generäle, Indiens und Chinas zu nutzen. Denn die Schaffung von „Korridoren“ ermöglicht es dem chinesischen Regime, die Handelswege zu verkürzen, massiv in den betroffenen Ländern zu investieren (es gibt auch einen „pakistanischen Korridor“), seinen Einfluss in den Nachbarländern zu stärken und eine mögliche Blockade zu umgehen, die das US-Militär an der Straße von Malakka weiter östlich ausüben könnte.

Der Völkermord wurde in Myanmar totgeschwiegen und es gab keine wirkliche Solidarität seitens der Bamarren [so die landesübliche Aussprache von „Myanmaren“, Anm. d. Red.] oder anderer ethnisch dominierter Staaten. Zwar wurde der Völkermord vom Militär begangen, doch zunächst verteidigte Aung San Suu Kyi die Generäle auf der internationalen Bühne sehr aggressiv und ging sogar so weit, die UN-Hilfsorganisationen als „Komplizen der Terroristen“ zu denunzieren.

Die junge Generation in Myanmar scheint heute bereit zu sein, sich dieser schweren Vergangenheit zu stellen. Bamarren, die heute unter der gnadenlosen Gewalt der Tatmadaw leiden, erleben das Schicksal der Rohingya am eigenen Leib und fühlen sich schuldig, weil sie 2017–2018 weggeschaut haben. Die neue Regierung der Nationalen Einheit hat in einer Erklärung vom 3. Juni 2021 den Völkermord anerkannt und bekräftigt, dass die Verantwortlichen für dieses Verbrechen vor Gericht gestellt und verurteilt werden sollten. Vertreter von Rohingya-Verbänden stehen diesem „mea culpa“ skeptisch gegenüber und fordern, dass man nach Aktenlage entscheiden

soll, erkennen aber an, dass sich auf Seiten der Opposition gegen die Junta eine neue „Option“ eröffnet, während auf Seiten der Tatmadaw nichts zu erwarten ist.

Ethnischer Nationalismus

Myanmar ist das größte Land auf dem südostasiatischen Festland und größer als Frankreich, obwohl es weniger Einwohner hat. Es hat die Form eines Hufeisens, bei dem der rechte Arm (im Osten) länger ist als der westliche Arm. Die Zentralebene, in der der Irrawaddy-Fluss von Nord nach Süd verläuft, wird von Grenzgebirgen gesäumt. Seine Meeresküste grenzt im südlichen Teil an das Andamanische Meer und den Golf von Bengalen (Indischer Ozean).

Administrativ ist das Land im Wesentlichen in sieben ethnische Staaten in der Peripherie (40 % der Bevölkerung) und sieben Regionen im Zentrum (60 %) unterteilt. Offiziell anerkannt sind 135 ethnische Gruppen. Myanmar hat ein Zweikammerparlament: die Unionsversammlung, die sich aus einem Unterhaus, dem Repräsentantenhaus, und einem Oberhaus, dem Nationalitätenhaus, zusammensetzt. In Wirklichkeit handelt es sich um einen Scheinföderalismus, da die Zentralregierung nie eine Entwicklungspolitik verfolgt hat, die für das gesamte Land gedacht war.

In dieser Konfiguration liegt die Zentralmacht bei den Birmanen (Bamarren), die in der kolonialen Tradition das „nützliche“ Land verkörpern sollen. Das Regime stützt seine Legitimität insbesondere auf die Verteidigung „seines“ Birma gegenüber den sog. „Anderen“, den nicht-birmanischen Völkern in der Peripherie. Die sozialen Eliten der Bamarren, zu denen auch Aung San Suu Kyi gehört, sind kulturell ethnonationalistisch eingestellt. Dies ist einer der Gründe, warum Suu Kyi nach dem Völkermord an den Rohingya eine Zeit lang mit der Armee kohabitieren und sie in Schutz nehmen konnte.

Suu Kyi ist die Tochter von Aung San, dem bekanntesten Gründer der Nationalen Armee im Zweiten Weltkrieg und 1939 der Kommunistischen Partei Birmas (KPB). Er wurde zusammen mit sechs anderen Mitgliedern der provisorischen Regierung am 19. Juli 1947 von einem prominenten Rechtsradikalen ermordet. Die Schaffung dieser Armee während des Krieges war von wechselnden Allianzen geprägt und es gab nicht wie in China einen langen Prozess, in dem Volkskrieg, nationaler Befreiungskampf und soziale Revolution miteinander verbunden wurden. Die KPB ging zweifellos auch aus der Geschichte der Volkskämpfe hervor, blieb aber in ihrer Zusammensetzung ausschließlich birmanisch.

Die Persönlichkeit von Aung San Suu Kyi wurde zum Teil von dieser Tradition geprägt. Ebenso wahrscheinlich die Ambivalenz ihrer Beziehung zum Militär. Sie will ihre historische Reputation nicht trüben, indem sie versucht, die Vorherrschaft der Zivilregierung gegen den Generalstab der Tatmadaw zu behaupten, da ihre eigene Legitimität durch Wahlen begründet ist. Außerdem steht sie in der politischen Tradition einer „vertikalistischen“, autoritären Linken. In der relativ demokratischen Phase vor dem Putsch von 2021 entwickelte sich die „Zivilgesellschaft“ schnell voran, aber Suu Kyi stützt sich nicht darauf und auf die davon ausgehenden Mobilisierungen. Ethnonationalismus und Vertikalismus sind offensichtlich zwei der Faktoren, die zum Scheitern des ansonsten sehr erratischen Übergangs zur Demokratie beigetragen haben.

Militärische ...

Der Übergang zur Demokratie ist gescheitert, die Stabilisierung der Militärdiktatur ebenfalls. Die Lage in Myanmar ist instabiler denn je, aber die Ausweitung des bewaffneten Kampfes auf das gesamte Land ändert vieles.

Die Tatmadaw ist für ihren Zusammenhalt bekannt. Da sie in gewisser Weise zur führenden Schicht der Gesellschaft geworden ist, kann sie ein Ventil für den sozialen Aufstieg sein. Über alle Spaltungen und Rivalitäten hinweg verteidigte das höhere Offizierskorps einmütig seine politischen Vorrechte und sein wirtschaftliches Imperium (die „Khaki“-Wirtschaft). Es kontrolliert weiterhin wichtige Einkommensquellen, ob „legal“ oder nicht (wie den Schmuggel), und hält seine Macht über die Wehrpflichtigen (eine Person pro Familie) durch Drohungen aufrecht. Solange die Truppen in den Kampf gegen ethnische Organisationen („die Anderen“) geschickt wurden, hielt dieser Zusammenhalt. Sobald die Repressionen aber auch die bamarische Bevölkerung trafen, liefen etliche Soldaten über. Diese Überläufe könnten anhalten, wenn die Armee einschneidende Rückschläge erleidet. In der Vergangenheit operierte Tatmadaw hie und da an einer begrenzten Anzahl von Schauplätzen und nur in einigen ethnischen Staaten. Heute ist das ganze Land Kriegsgebiet, was neue operative Probleme für die Armee schafft.

Neu ist die militärische Zusammenarbeit der Oppositionsbewegung. Vor zwei Jahren gab es natürlich keine bewaffnete Opposition der Bamaren gegen die Militärmacht, da die NLD mit ihnen in der Regierung kohabitierte. Stattdessen operieren zahlreiche politisch-militärische Bewegungen in den ethnischen Staaten, die sog. Bewaffneten Ethnischen Organisationen. Einige von ihnen haben die

von der Junta verfolgten Aktivist*innen in der Zentralebene unterstützt. Das ist nicht das erste Mal, aber es hat ein nie da gewesenes Ausmaß angenommen. Das ändert viel!

Die Ausbildung erfahrener bamarischer Kämpfer ist zeitaufwendig und das Reisen ist gefährlich. Die Qualität der Waffen ist ein großes Problem. Selbst die bewaffneten ethnischen Organisationen, die gegen die Junta kämpfen, verfügen nicht in ausreichendem Maße über mobile Geräte, mit denen man ein Flugzeug oder einen Hubschrauber abschießen oder einen ausreichend gepanzerten Panzer zerstören kann. Anderswo verfügen die Guerillaeinheiten über ein buntes Sammelsurium von Waffen, mitunter bloß selbstgebaute Schrotflinten und selbstgefertigte Sprengstoffe.

Auch die Koordinierung der Militäroperationen ist schwierig. Die Regierung der Nationalen Einheit hat die Volksverteidigungskräfte (PDF) gebildet und würde gerne alle bewaffneten Einheiten unter ihr Kommando stellen, was aber Probleme aufwirft. Nach wie vor gilt sie als zu eng mit der Nationalen Liga für Demokratie verbandelt, als dass sich die Bewaffneten Ethnischen Organisationen ihr anschließen und eine nennenswerte Zahl lokaler Einheiten ihre Autorität anerkennen würden.

... und politische Aussichten

Die starke Ausweitung des Guerillakampfes setzt ein hohes Maß an lokaler Selbstaktivität voraus. Dasselbe gilt für die Aufrechterhaltung anderer Kampfformen wie Blitzdemonstrationen von Student*innen oder Erzwingungsstreiks in bestimmten Betrieben. Auf diese Weise entstehen neue Generationen von Kadern, die Initiativen zu ergreifen lernen. Viele oppositionelle Kräfte machen sich soziale und demokratische Anliegen zueigen, wodurch die politische Vielfalt der fortschrittlichen Bewegungen, einschließlich der Organisationen der extremen Linken, zunimmt.

Hier stellt sich die Frage, wie sich vor diesem Hintergrund die Nationale Liga für Demokratie und die Regierung der Nationalen Einheit weiterentwickeln werden. Sie belassen natürlich Aung San Suu Kyi als „Staatsberaterin“ und Myint Swe als Präsidenten in ihren Ämtern, aber man kann davon ausgehen, dass die NLD und die Regierung der Nationalen Einheit de facto in die Post-Suu Kyi-Ära eingetreten sind. Die neue Regierung ist multiethnisch zusammengesetzt und hat sich dazu verpflichtet, das derzeit sehr ungleiche Staatsbürgerschaftsrecht grundlegend zu reformieren („die Staatsbürgerschaft soll bekommen, wer in Myanmar oder irgendwo sonst als Kind von

birmanischen Staatsbürger*innen geboren wurde“) oder ein wirklich föderales System einzuführen, das in Zusammenarbeit mit den Minderheiten definiert werden soll. Sie muss jetzt nachweisen, dass diese Selbstverpflichtungen nicht kosmetischer Natur sind.

Auf diplomatischer Ebene stehen der Junta schwierige Zeiten bevor. Die USA wollen die internationalen Sanktionen verschärfen, was die Europäische Union nur unvollständig (Japan jedoch überhaupt nicht) nachvollzieht. China bewertet die Lage neu und hat Berichten zufolge den Bau des Hafengebiets in Arakan (Rakhaing-Staat) ausgesetzt. Das chinesische Regime lässt sich hierbei nicht von ideologischen Erwägungen leiten. Es hatte zuvor sehr gute Beziehungen zu Aung San Suu Kyi, bevor es dann die Junta unterstützte, aber es braucht einen Verhandlungspartner, der stabile Verhältnisse garantieren kann, was nicht mehr der Fall ist. Peking versucht, direkt mit anderen Gesprächspartnern als dem Staatsverwaltungsrat (also der Junta) zu verhandeln, darunter auch mit ethnischen Organisationen.

Solidarität ist gefordert

Dies ist umso wichtiger, als der Kampf des Volkes noch nicht gewonnen ist. Die Diktatur importiert neue Panzer und Kampfflugzeuge und behält so die Lufthoheit. Sie plündert die natürlichen Ressourcen des Landes und verfügt über die Mittel, um Unterstützung in ethnischen Staaten zu kaufen oder einige NLD-Kader zu kooptieren. Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, dass:

- die vollständige diplomatische Isolation der Junta durchgesetzt wird. Die Regierung der Nationalen Einheit muss weiterhin als rechtliche Vertretung der birmanischen Union (Myanmar) in allen internationalen und regionalen Gremien (ASEAN etc.) fungieren.
- die Unternehmen, die der Junta weiterhin direkt oder indirekt die finanziellen und militärischen Mittel zur Fortführung ihres Krieges zur Verfügung stellen, offen benannt und bestraft werden.
- alle politischen Gefangenen bedingungslos freigelassen werden.
- die Unterstützung des Widerstands deutlich zunimmt, einschließlich der militärischen Hilfe, damit dieser unter anderem Mittel erhält, um die Bevölkerung vor Luftangriffen und Panzerattacken zu schützen.
- die verschiedenen Kräfte des Widerstands politisch und finanziell nachdrücklich unterstützt werden, etwa über Europe solidaire sans frontières, das fortlaufend über die Lage in Myanmar berichtet und 2022 Spenden in Höhe

von 4.500 € an den gemeinsamen Topf der Solidaritätsbewegungen überwiesen hat.

Aus: *l'anticapitaliste* la revue vom Februar 2023

Übersetzung: MiWe



WEDER SIEGER NOCH BESIEGTE

Seit vier Jahren schon steht die sudanesische Regierung unter dem Druck der Rebellion. Die Aufständischen halten sich, weil sie sich autonom organisieren und die Regierung zu schwach ist, sie auszuschalten.

■ **Luiza Toscane**

Bevor die Revolution 2018 im Sudan begonnen hat, gab es in den Jahren zuvor mehrere Aufstände der Jugendlichen, die an die damaligen Prozesse in der Region anknüpften.

So gingen am 13. Dezember 2018 die Schüler*innen in Al Damazein (Bundesstaat Blauer Nil) auf die Straße, am 19. Dezember folgte die Bevölkerung von Atbara (Bundesstaat Nil), die sich gegen die Erhöhung der Brotpreise wehrte, die im Zuge von Sparmaßnahmen durchgesetzt worden war. Der Aufstand breitete sich im ganzen Land aus und das Militär drängte Omar El Bashir einige Monate später aus dem Amt und steckte ihn ins Gefängnis. Aus dieser Bewegung entwickelte sich am 28. und 29. Mai ein politischer Streik in zahlreichen Sektoren unter dem Motto „100 % madaniya“ (etwa: „Zivil zu 100 Prozent!“).

Vier Tage später griffen die Sicherheitskräfte die Sitzblockaden in vierzehn Städten an. Das Massaker von Khartum am 3. Juni 2019 bzw. die Niederschlagung des ständigen Sitzstreiks vor dem Generalkommando der Armee in Khartum, wobei Dutzende Menschen getötet und Hunderte verletzt wurden, zeigten, dass die Armee nicht homogen ist und dass die Rapid Support Forces (RSF, Milizen, die aus den ehemaligen Janjawid hervorgegangen waren, die für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur verantwortlich waren und von Mohamed Hamdan Dogolo, genannt Hemedti, dem derzeitigen Vizepräsidenten der Militärjunta, angeführt werden), die Hauptverantwortlichen des Massakers waren.

Auf dieses Massaker folgten ein Generalstreik und Aktionen des zivilen Ungehorsams. Die Proteste gegen die Militärjunta gingen weiter, woraufhin die Regierung mehrfach umgebildet wurde (militärischer Übergangsrat, dann Souveränitätsrat, der eine zivile Regierung einsetzte, die ihrerseits 2021 durch einen Militärputsch gestürzt wurde, dann ein „Rahmenabkommen“ im Dezember 2022 unter internationaler Aufsicht), um den Prozess zu entschärfen und die Forderungen der Weltbank und des Pariser Clubs zu erfüllen – ohne Erfolg. Vier Jahre später dauern die Demonstrationen für den Rücktritt der Militärs unter dem Motto „Keine Verhandlungen, keine Partnerschaft und keine Legitimität (für das Militär)“ noch immer an, und auch die Kämpfe der Arbeiter*innen haben nicht nachgelassen.

Die Träger der Revolution

Hier gab es zwei Entwicklungsprozesse. Die Anfänge der Revolution wurden von der Sudanese Professional Association (SPA) angeführt, einer Gewerkschaftsorganisation, die zwischen 2010 und 2013 von Ärzten, Ingenieuren, Lehrern, Journalisten und Anwälten im Untergrund aufgebaut worden war, da die traditionellen Gewerkschaften mit der Staatsmacht liiert waren, und die in den ersten Monaten des Aufstands eine führende Rolle innehatten. Später entstanden auf Initiative der APS die Widerstandskomitees, um mehr Widerstandszentren zu schaffen und die Demonstrationen auszuweiten und dadurch der Re-

pression den Zugriff zu erschweren, der durch die zentrale Organisation der Proteste leichter geworden war.

Die Widerstandskomitees ersetzten jedoch nach und nach die APS als Führung der Revolution. Sie repräsentieren eine horizontale Form der Selbstorganisation, strukturieren sich auf lokaler Basis und sind völlig unabhängig. Sie organisieren die Proteste, vor allem die Demonstrationen, und später auch den Kampf gegen die Repression, wobei sie das Vertrauen der Opferfamilien haben. Ihre Aufgabe ist es, den Widerstand im Alltag zu organisieren, insbesondere durch zivilen Ungehorsam. Viele Komitees kümmern sich um die Alltagsbelange in den Stadtvierteln, was besonders während der Corona-Pandemie zum Tragen kam, als die Behörden ihre Unfähigkeit zeigten.

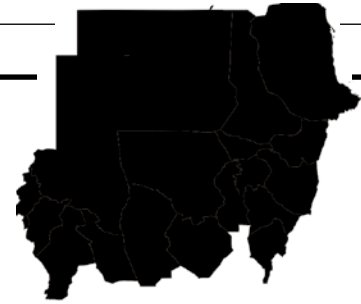
Die Komitees bilden einen starken Bezugspunkt, so dass sich rebellierende Sektoren als Widerstandskomitees konstituieren, um ihre Proteste voranzubringen, wie etwa die Landwirte im Nordstaat, die Komitees bildeten, um ihre Blockaden gegen die Erhöhung der Strompreise zu organisieren, und die sich dann in Komitees für den Widerstand gegen die Militärmacht umwandelten. Auch unter der „halbzivilen“ Regierung setzten einige von ihnen ihre Proteste fort, vor allem unter dem Einfluss der Umweltbewegung. Die Widerstandskomitees mussten ihrerseits Koordinationen bilden, um landesweite Proteste organisieren zu können.

In allen Komitees wird diskutiert, wie der Sudan von morgen bestellt sein und wie die zukünftige Macht im Sudan aussehen soll. Die sozialen Unterschiede innerhalb der geografisch aufgebauten Komitees zeigen sich in den unterschiedlichen Charta-Entwürfen, in denen sich, grob zusammengefasst, die Macht „von unten“ – und damit den Zugang der Bevölkerung zur Macht als Bedingung für soziale Gerechtigkeit – und die Macht „von oben“ gegenüberstehen.

Lehren aus der Vergangenheit

Im Gegensatz zu anderen arabischen Ländern standen die sudanesischen Revolutionär*innen nicht vor dem Problem, mit wem sie sich verbünden sollten, da die Regierung, gegen die sie kämpften, mit den Islamisten alliiert war. Insofern hatten sie ein leichtes Spiel. Außerdem hatten sie die Lehren aus den vergangenen Revolutionen gezogen: Es braucht eine gewerkschaftliche Organisation wie in Tunesien, aber vor allem eine Organisation überhaupt, die dem Hirak in Algerien und anderswo so sehr gefehlt hatte. Zudem war klar, dass es nichts nützt, nur die Köpfe auszutauschen, sondern dass man das gesamte Regime stürzen muss.

SUDAN



| | |
|------------|---------------------|
| Hauptstadt | Khartum |
| Fläche: | 8161 qkm |
| Einwohner | ca. 45 Mio. (1921)! |

Der Sudan gehört aufgrund seiner Bodenschätze (vor allem Öl bzw. Transitgebühren, Eisenerz, Marmor und Gold) nicht zu den ärmsten Ländern in Afrika, aber die soziale Ungleichheit ist sehr hoch, was an folgenden Zahlen deutlich wird: Mehr als 12 Prozent der Bevölkerung haben weniger als 1,80 US \$ (in Kaufkraftparitäten) pro Tag zu Verfügung, 44 Prozent haben weniger als 3,20 US \$. (https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_L%C3%A4nder_nach_Armutquote). Mehr als 30 Prozent sind AnalphabetInnen.

Für die bislang erschlossenen Ölfelder haben sich die Ölkonzerne TotalEnergies (franz.) und Chevron Coporation (USA) die Konzessionen gesichert. Letztlich sind vor allem die ökonomischen Fakten die Grundlage für die leicht zu feuernden ethnischen Konflikte (nicht nur in Darfur) und auch die Erklärung dafür, warum sich der Südsudan (wo sich die meisten Ölfelder befinden) in einem zwanzigjährigen Krieg vom Norden getrennt hat.

Die verbreitete Armut, die offensichtliche Korruption und die politische Unterdrückung (nicht nur der ethnischen Minderheiten) führte 2019 zu einer politischen Revolution gegen die seit Jahrzehnten herrschende Militärdiktatur. Ein Systemwechsel konnte aber bislang noch nicht durchgesetzt werden.

D. B.

Trotzdem bleiben mehrere Fragen offen. Die sozialen Mobilisierungen dauern an und werden durch die wirtschaftlichen Probleme infolge der Inflation noch verstärkt. So streikten allein im Januar 2023 die Lehrerinnen und Lehrer an über 16 000 öffentlichen Grund- und Sekundarschulen drei Wochen lang und haben diesen Streik gerade verlängert, die Angestellten der Wetterdienste, die vor allem an den Flughäfen arbeiten, legten zwei Wochen lang die Arbeit nieder, während die Hochschullehrerinnen und -lehrer und die Angestellten der Forschungsinstitute drei Wochen lang streikten und die Studierenden, die wegen der rasant steigenden Studiengebühren nicht immatrikuliert sind, Straßen blockierten. Diese Kämpfe laufen

weitgehend parallel zu denen der Widerstandskomitees, aber ihre Forderungen zielen nicht auf den Rücktritt der Militärjunta. Die Brücken zwischen den beiden Bewegungen müssen also erst noch geschlagen werden. Dies verdeutlicht die schwache Verankerung der Widerstandskomitees an den Arbeitsplätzen und das Fehlen einer revolutionären Partei.

Pattsituation

Im Sudan die Rebellion kochte hoch, als rundherum die revolutionäre Konjunktur rückläufig war und die internationale Linke sich wieder für andere Schauplätze interessierte. Die sudanesischen Aufständischen erklärten sich ganz allein mit den Ukrainer*innen oder den Iraner*innen solidarisch. Sie alle haben denselben Feind: die Wagner-Milizen, die mit ihren Briefkastenfirmen die Goldvorkommen des Sudans plündern, die Böden verseuchen, die Aktivist*innen bedrohen, die dagegen protestieren, und dazu beitragen, die Kassen von Putins Diktatur zu füllen. Und die sudanesischen Frauen, die gegen ein Gesetz kämpfen, das Auspeitschen für das Tragen „unanständiger Kleidung“ (ohne nähere Angaben) vorsieht, und die die Rückkehr der Islamisten fürchten, stehen natürlich voll hinter dem Trikolon „Frau-Leben-Freiheit“.

Die Revolution dauert nun schon vier Jahre lang und die Frage stellt sich, warum sie sich so lange gehalten hat im Vergleich zum „arabischen Frühling“. Die Antwort liegt in ihrer autonomen Organisationsform, aber auch im Verhalten der Staatsorgane. Wohl gab es Verhaftungen, Morde, Entführungen, Vergewaltigungen und Folter, aber sie haben die Demonstrant*innen und ihren Willen, die Junta zu stürzen, nie gebrochen. Die Junta hat sich nicht für die endgültige Zerschlagung der Bewegung entschieden, da sie zwischen den Stühlen sitzt. Einerseits die Forderungen der Geldgeber und der Revolutionär*innen, auf der anderen Seite die RSF-Milizen, die auf dem Gold sitzen, und die islamistischen Parteien, deren kürzlich freigelassene Mitglieder sich wieder zu Wort melden.

Die Machthaber wissen, dass die Armee heterogen ist und dass ihre Basis oft die Forderungen der Aufständischen unterstützt. Die wiederum wissen das auch und haben sich daher an die Soldaten gewandt und mitunter auch daran gedacht, diese als Angehörige benachteiligter sozialer Schichten in ihren sozialen Forderungskatalog aufzunehmen. Dennoch gilt, dass „die Militärführung bisher nicht riskieren konnte, die Kontrolle über ihre Soldaten und deren Gehorsam zu verlieren. Und dass umgekehrt die Führung der Aufständischen bisher nicht in der Lage war,

die einfachen Soldaten davon zu überzeugen, sich gegen ihre Führung aufzulehnen und sich auf die Seite der Revolution zu stellen, um deren zentrale Forderung zu erfüllen, nämlich die Macht an eine demokratische Zivilbehörde zu übergeben und die Streitkräfte wieder in die Kasernen zu schicken.“ (Gilbert Achcar [in einem nur auf Arabisch vorliegenden Artikel]).

30.01.2023

Aus: *l'Anticapitaliste* la revue vom Februar 2023

Übersetzung: MiWe



ZWISCHEN KRISE UND HERAUSFORDERUNGEN DER ZUKUNFT

Müssen wir Strategie und Organisation der antikapitalistischen Linken
neu überdenken?

■ Julia Cámara

Die wichtigsten politischen Strömungen der spanischen Linken haben sich bei der Interpretation der Ereignisse der letzten Jahre auf eine gemeinsame Version geeinigt, der zufolge sich der Schwerpunkt der politischen Aktivitäten sukzessive von den sozialen Bewegungen hin zu einer Politik im Rahmen der Institutionen verlagert hat. Dafür werden zahlreiche Gründe angeführt: von *15M*¹ über *Podemos* als treibende Kraft bis hin zu den Stimmen, die meinen, dass man sich beim *Sturm auf die Institutionen* von „der Welt draußen“ abkoppeln müsse, um den eigenen Fortbestand zu sichern. Hier wäre das Diktum „mit einem Fuß in den Institutionen und mit tausend Füßen auf der Straße“ ein Kompromiss, mit dem beide Welten leben könnten, ohne sich selbst aufzulösen oder ausradiiert zu werden. Die Ergebnisse [der diversen Debatten, Anm. d. Übers.] waren jedoch – gelinde gesagt – eher bescheiden.

Was die Bilanz aus den verschiedenen Phasen der sozialen Bewegungen und die Debatten über die geänderte politische Landschaft betrifft, verfolgte man in den letzten Monaten einen doppelten Ansatz: Einerseits betrachtete man die Bewegungen aus einer Außenperspektive, andererseits analysierte man sie als Einzelphänomen, indem man ihre Organisationsstrukturen und ihre programmatischen Schwächen unter die Lupe nahm, um die eigentlichen Ursachen für ihre begrenzten Handlungsmöglich-

keiten zu erforschen. Allerdings verzichtete man auf eine systematische Gesamtbewertung des Verlaufs der Bewegungen und auf ihre Berücksichtigung bei grundsätzlichen strategischen Überlegungen. Die Debatten bewegten sich auf einer allgemeinen Ebene, ohne die Bewegungen mit der Gesamtheit des sozialen und politischen Umfelds, in dem sie agieren, in Beziehung zu setzen.

Im Folgenden wird versucht, mit einigen Anregungen zur Diskussion beizutragen, wobei wir zweierlei vorausschicken. Zum einen betrifft das die Notwendigkeit, die sozialen Bewegungen als konkrete historische Ausdrucksformen zu begreifen. Dabei geht es weniger darum, eine Soziologie der Bewegungen zu betreiben oder sich der klassischen Kategorisierung in alt, neu und brandneu zu bedienen, sondern vielmehr darum, der in bestimmten Aktivistenkreisen verbreiteten Vorstellung entgegenzutreten, dass der Bereich des Sozialen gewissermaßen mit der Aura historischer Zwangsläufigkeit „gesalbt“ ist. Typisch ist hier das Mantra von der *Rückkehr zu den Bewegungen*, als ob der Charakter der sozialen Organisationen im Jahr 2023 mit den Erfahrungen, die wir vor zwölf Jahren gemacht haben, vergleichbar wäre. Das gilt es zu bedenken, wenn wir nicht in die Falle tappen wollen, für heutige Mobilisierungen und politische Aktionen auf Formeln aus einer früheren Zeit und einem nicht mehr bestehenden ökosozialen System zurückzugreifen.

Zweite Vorbemerkung: Soziale Kämpfe folgen per definitionem einer örtlich beschränkten und selektiven Logik. Sie sind Ausdruck konkreter Forderungen, die zu einer gegebenen Zeit von bestimmten Bevölkerungsgruppen erhoben werden, um ihre Ziele durch kollektive Aktionen, durch Agitation im öffentlichen Raum und – in unterschiedlichem Ausmaß – durch Druck auf oder Verhandlungen mit den Institutionen durchzusetzen. Nur unter besonderen Umständen – etwa bei der internationalen feministischen Streikwelle von 2017 bis 2019 – kann die Klasse als politisches Subjekt hervortreten. Anders ausgedrückt (obwohl sich das von selbst versteht) sind soziale Dynamiken weder unveränderlich noch durch starre Formeln zu erklären. Es gibt keine eindeutige Entsprechung zwischen der Bewegung und dem [politischen, Einf.. d. Übers.] Subjekt, das auftaucht, um wieder zu verschwinden, und sich nur in außergewöhnlichen Momenten selbst behaupten kann. In diesem Sinn ist der Anspruch einiger Plattformen oder Gruppen, sich als einzige Stimme eines viel breiter aufgestellten kollektiven Subjekts zu präsentieren („*Der Feminismus bin ich.*“ oder „*Die Arbeiterbewegung bin ich.*“ usw.), gleichbedeutend mit dem durchsichtigen institutionellen Manöver, einen Pakt mit *den* Feministinnen zu verkünden, nachdem man diejenige Gruppe, die dem eigenen Einflussbereich am nächsten steht, zu einem Pressegespräch eingeladen hat.

Anstatt die sozialen Bewegungen quasi als Naturphänomen zu betrachten (das mit den konkreten sozialen Ausdrucksformen des jeweiligen Zeitpunkts nichts zu tun hat) oder sie als Einzelphänomen zu analysieren, sollte man sie in allen globalen strategischen Debatten mitdenken. Nur so können wir aufgrund der gemachten Erfahrungen unser Verständnis vertiefen und unsere Ideen weiterentwickeln, ohne vermeintlich sakrosankten Akteuren unkritisch zu folgen oder uns gänzlich zurückzuziehen, was oft passiert, wenn man mit der eigenen Biografie nicht zurechtkommt. Es geht also nicht darum, den Wert der bisherigen Erfahrungen zu verleugnen, sondern sich vorzunehmen, daraus zu lernen und es besser zu machen. Nur durch eine systematische Kritik, die nichts beschönigt, kann es gelingen, aus den Erfahrungen Schlüsse zu ziehen und das politische Potenzial der sozialen Kämpfe auszuschöpfen.

Woher wir kommen: der Druck von der Straße als Ausgangspunkt

Allgemein gesprochen lässt sich keine einzige politische Herausforderung auf die Ebene von Wahlen reduzieren. Jeder Kampf um die Macht erfordert zwangsläufig einen

größeren Horizont und die Aktivierung aller sozialen Kräfte. Das bezeichnen wir als *strategische Ausgangsposition* (orig.: *hipotesis*). Die seit 2013 in Spanien allgemein anerkannte Hypothese beschränkte sich nicht darauf, durch das Antreten bei Wahlen ein in eine tiefe Krise geratenes Parteiensystem aufzumischen und sich vor dem Hintergrund ähnlicher Erfahrungen auf regionaler Ebene selbst als alternative Regierung anzubieten. (Man bedenke, dass 2013 das Phänomen Syriza noch sehr lebendig war.) Vielmehr wurde den sozialen Bewegungen ein bestimmter Platz zugewiesen (die abstrakte *Außenseite* der Institution) und eine besondere Rolle zugeordnet: Sie sollten Druck von der Straße ausüben, um der *befreundeten Regierung* die Umsetzung ihres Programms zu erleichtern. Die massenhafte Rekrutierung von Kadern der Bewegung und ihr Wiederauftauchen als Kabinettsmitglieder, Abgeordnete und in diversen anderen Funktionen ist schlagender Beweis dafür, wie sehr die politische Ebene und die sozialen Bewegungen, obwohl sie verbal voneinander unabhängig auftreten, in Wirklichkeit zwei Seiten derselben Medaille darstellen. Die aktuelle Krise der Bewegungen lässt sich also nicht nur durch ihre Organisationsstrukturen oder die Zugehörigkeit der Aktivist*innen zu einer bestimmten Generation oder Klasse erklären, sondern ist auch und vor allem eine Folge des Scheiterns (oder, wenn man so will, eines paradoxen Sieges) der strategischen Hypothese, mit der sie untrennbar verbunden sind. Versuchen wir, das zu begründen.

Es ist bezeichnend, dass der Übergang von der *sozialen Illusion* (dem Glauben an die Autonomie des Sozialen im Sinne von Daniel Bensaïd) zur *politischen Illusion* in so kurzer Zeit und teilweise sogar von denselben Gruppen vollzogen wurde. So sind nach mehreren Jahren einzelne Aktivist*innen wieder aufgetaucht, die eine inzwischen dekadente Version früherer Ansprüche verkörpern und von den Bewegungen nicht mehr erwarten, Druck auszuüben, sondern sich bloß durch gelegentliche Reden vor ihrem Publikum Gehör verschaffen sollten, was selbst in einem literarischen Kontext befremdlich wäre. Vielleicht ist es eine der größten Tragödien der jüngsten Zeit, dass etliche der prominentesten Vertreter*innen der sozialen Bewegungen (oder zumindest einige ihrer wichtigsten intellektuellen Unterstützer*innen) mittlerweile politische Projekte verfolgen, die in der Praxis die Ziele der Kämpfe behindern, bremsen oder gar konterkarieren.

Die scheinbar widersprüchliche Kombination aus Bewegungsradikalismus und Wahlopportunismus lässt sich mehrfach erklären. Vor allem (auch wenn das auf den

ersten Blick widersinnig erscheint) können die Distanz zur institutionellen Politik und der absolute Vorrang, der den Bewegungen zugestanden wird, dazu führen, eine extrem taktische Politik zu rechtfertigen, die mit fortschrittlichem Anspruch (und ich sage Anspruch, weil die Praxis manchmal weit davon entfernt ist) die Verwaltung des aktuell Machbaren übernimmt. Die Option eines grundlegenden Wandels wird nicht aufgegeben, weil es sie nie gegeben hat: Mangels einer Reflexion über Staat und Macht ist die Bewegung solchen Integrationsmanövern ohnmächtig ausgeliefert und unfähig, Alternativen aufzuzeigen.

Die absolute Priorität, die lokalen Problemen und konkreten Kämpfen eingeräumt wird, und die Weigerung, sich auf theoretische Kontroversen und grundsätzliche politische Debatten einzulassen, erinnern an die Haltung der *Syndikalisten* zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die den revolutionären Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie eine *Überbewertung der Ideologie* vorwarfen. „Was uns angeht, ist die Arbeiterbewegung, das, was wir hier vor Ort haben“, schrieb Lenin in „Was tun?“. Die Vernachlässigung aller Aspekte, die über das Hier und Jetzt hinausgehen, fördert offensichtlich eine außerordentlich nachlässige Haltung in Bezug auf alles, was diesen Horizont sprengt. Und wenn man die Grundtendenz des *Syndikalismus* betrachtet (die Arbeiter*innen – oder andere unterdrückte Gruppen – führen konkrete Kämpfe für die *ureigenen Anliegen der arbeitenden Bevölkerung*, während die marxistische Intelligenz gemeinsam mit den Liberalen für den politischen Kampf zuständig ist), dann erkennt man in den sozialen Bewegungen eine Art *Syndikalismus*, der an die Logik der postmodernen Politik angepasst wurde.

Haben wir also den Schritt von einer radikalen sozialen Bewegung, die nichts mit dem Staat zu tun haben wollte, zu einer (bestenfalls) gemäßigten und kulturell fortschrittlichen Verwaltung des Staates vollzogen? Fest steht, dass sich die Intellektuellen und die Kader der Bewegung für eine mehr als begrenzte Verwaltung des Machbaren entschieden haben, und zwar nicht nur während *des Wahlkampfes*, sondern auch danach. Diese Dynamik findet sich hier wie dort: Auf der einen Seite versuchen linke Gruppen und Bündnisse, sich Legitimität zu verschaffen und neue Wählerschichten zu erschließen, indem sie einen beliebigen Star aus der Aktivistenszene auf ihre Wahlliste setzen oder in ihre parlamentarische Fraktion aufnehmen (in der aktuellen dekadenten Version ist der Star ein *Influencer*); auf der anderen Seite stehen Kader der feministischen oder ökologischen Bewegung und antirassistische Leitfiguren usw., die als Gegenleistung für ein Minimum

an Sichtbarkeit und eine gewisse Redefreiheit die Programme der diversen Gruppen und deren politischen Aktionsformen unkritisch übernehmen. Im schlimmsten Fall lässt sich das durch den einfachen Wunsch nach persönlichem Aufstieg erklären. Im besten (und wahrscheinlich traurigsten) Fall stecken dahinter eine abgrundtiefe Naivität in Bezug auf die Funktionsweise des Staates sowie ein eklatanter Mangel an strategischen Diskussionen in der Herkunftsbewegung und eine fehlende Einsicht in bestehende Machtverhältnisse.

Die Folge ist ein Paradoxon großen Ausmaßes: Die selbsternannten unabhängigen Strömungen, die einst so heftig auf die Autonomie der Bewegung gepocht hatten, haben sich schließlich problemlos in die Verwaltung des Staates eingliedern lassen, entweder direkt oder über diverse staatsnahe Einrichtungen. Das Misstrauen gegenüber allem, was politisch brisant ist (von grundsätzlichen strategischen Debatten bis hin zu Aktivist*innen revolutionärer Gruppen, die immer im Verdacht standen, der Bewegung fremde Ideen aufzudrängen), entfaltet hier eine doppelt schädliche Wirkung.

Zum einen konnte man sich nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit den Fragen widmen, die die Bewegung gestärkt und ihr durch bewusste und selbständig getroffene Entscheidungen eine echte Autonomie verliehen hätten. Da strategische Überlegungen vorwiegend außerhalb der Bewegung angestellt wurden – nämlich im Rahmen politischer Organisationen, deren Kader als informelle Leitfiguren in die Auseinandersetzungen eingriffen und ihnen eine Richtung gaben –, wurde die Bewegung nach dem Rückzug vieler dieser Persönlichkeiten geschwächt und in eine tiefe Krise gestürzt. Zum anderen wurde der Weg für die Akzeptanz von Technokraten geebnet, die angeblich mit Politik oder Ideologie nichts zu tun haben, aber sich im Zeitalter der *linken* (sic!) Technokratie und der fortschrittlichen Staatsführung entfalten konnten. Das verbissene Festhalten an der Autonomie gegenüber der Politik hat paradoxerweise zu einem Verlust der Autonomie gegenüber dem Staat geführt.

Das heißt nicht, dass die sozialen Bewegungen keinen Grund hätten, allfälligen Absichten militanter Mitglieder organisierter politischer Gruppen mit Vorsicht zu begegnen. Aus der Geschichte sind einfach zu viele Fälle von unangebrachtem Verhalten bekannt, um dieses Risiko auf die leichte Schulter zu nehmen. Man muss nicht an die Debatten der letzten Jahrzehnte erinnern, um dafür Beispiele zu finden (obwohl es sicher sinnvoll ist, sich die Ereignisse während der Übergangsperiode [Transición, Periode des

Übergangs vom Franquismus zur konstitutionellen Monarchie] ins Gedächtnis zurufen). Schließlich ist allgemein bekannt, dass sich verschiedene Parteien so vehement in die neue feministische Bewegung eingemischt haben, dass Themen wie das Eintreten für die Rechte von Transpersonen und der Kampf um Arbeitsrechte für Sexarbeiterinnen zu Zerwürfnissen geführt haben. Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis der Probleme der Bewegung ab 2019. Die Lösung kann jedoch nicht darin bestehen, alles, was politisch ist, aus den sozialen Räumen zu verbannen (als ob das überhaupt möglich wäre), sondern darin, die Bewegungen gegen mögliche Einmischungen zu wappnen – mit klaren politischen und strategischen Positionen.

Die Art und Weise, wie sich viele Menschen weiterhin in aller Seelenruhe in Bewegungen engagieren, die zumindest verbal einen Bruch mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen anstreben, während sie gleichzeitig von Ministerien, Parlamentsparteien oder Forschungsinstituten bezahlt werden, deren Ziel die Aufrechterhaltung bestehender Verhältnisse ist (und das tun sie leider in der Überzeugung vom gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit), müsste eigentlich bei vielen von uns schwere Persönlichkeitsstörungen hervorrufen. Allerdings hat sich der Staat als äußerst fähig erwiesen, einzelne Teile der Zivilgesellschaft für sich zu gewinnen und sie in die *Dynamik des erweiterten Staates* im Sinn von Gramsci einzubinden. Die Technokraten (de facto die Funktionäre der Bewegung) tragen dazu bei, die Kämpfe zu entpolitizieren und auf zwei Aspekte zu reduzieren: einerseits auf kulturelle Interventionen und die Aneignung des öffentlichen Raums mit einem gewissen Verbalradikalismus; andererseits auf die Kanalisierung von Forderungen durch Dekrete, Protokolle und Kommissionssitzungen, sodass im Endeffekt eine Mischung aus politischer Apathie und bürokratischem Labyrinth herauskommt.

So entsteht ein dichtes Geflecht von wechselseitigen Loyalitäten und klientelistischen Beziehungen, das die politische Kraft der Kämpfe schwächt und sie zu einem bloßen Aktivismus verurteilt. Nicht von ungefähr ist die Hypothese des Drucks von der Straße auch eine Hypothese der Generationen. Persönliche Verbindungen zwischen Aktivist*innen (Feministinnen, Umweltschützer*innen und anderen) und Regierungsmitgliedern, ein gemeinsamer Hintergrund und das überwältigende Gefühl von gesellschaftlicher Anerkennung (die Klassenzusammensetzung ist ein anderes Thema) tragen zu einem Phänomen bei, das bereits Rosa Luxemburg bei der Gewerkschaftsbürokratie festgestellt hat: die schrittweise Integration in den

bürgerlichen Staat und eine zumindest teilweise Identifikation mit den Interessen bürgerlich-demokratischer Institutionen. Die Logik einer Regierung als Vertreterin der Bewegung und der Bewegung als Motor für gesellschaftliche Forderungen führen also unweigerlich dazu, dass die Kämpfe den Begehrlichkeiten und Handlungsmöglichkeiten der Herrschenden in die Hände spielen.

Dahinter verbirgt sich ein Kalkül, das den mit dem Sozialliberalismus verbündeten Parteien als Alibi dient und für die Regierung äußerst zweckdienlich ist: Wenn die Möglichkeit, grundlegende Reformen durchzuführen – ja mehr noch, das Programm selbst umzusetzen –, vom Druck der Straße abhängt und dieser anscheinend nicht ausreicht, um die angestrebten Ziele zu erreichen (das berühmte *Kräfteverhältnis*), dann liegt es auf der Hand, dass die Regierung, selbst wenn sie wollte, nichts tun kann. Aber wenn die Regierung objektiv nichts tun kann, was hätte es dann für einen Sinn, Forderungen zu stellen? Es gibt keine Alternative. So erweist sich die Hypothese des Drucks von der Straße auf die befreundete Regierung letztlich als zahnlos.

Wohin wollen wir gehen? Oder: Warum sind weder Überheblichkeit noch Rückzug eine Alternative?

Die Ereignisse der letzten Jahre und das Fehlen einer unaufgeregten kollektiven Bilanz, die uns erlauben würde, aus unseren Erfahrungen Schlüsse zu ziehen, haben bei den Aktivist*innen einen traumatischen Nachgeschmack hinterlassen und unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Einige mit den lokalen Kämpfen verbundene Gruppierungen haben die Abkehr von der Hektik der institutionellen Arbeit (nach dem Ausscheiden aus dem einen oder anderen politischen Projekt oder einfach als Folge von Wahlniederlagen) mit Erleichterung aufgenommen, da sie es gewohnt sind, *langsam zu gehen, weil wir einen weiten Weg haben*. Die Rückkehr zur Arbeit *von unten*, zum Transparent auf dem Dorfplatz und zur monatlichen Protestkundgebung, ist ein sicherer Zufluchtsort vor den Unwägbarkeiten einer politischen Realität, die, nachdem sich die ursprünglichen Illusionen zerschlagen haben, den Erwartungen nicht entspricht. Es ist wichtig, Widerstand zu leisten, auf alltägliche Probleme einzugehen und sich nicht mit Debatten abspeisen zu lassen, auf die man keinen Einfluss hat. Wir gehen langsam, weil wir einen weiten Weg haben – auch wenn wir nicht darüber nachdenken, wohin wir eigentlich gehen sollten.

Dass ist keine Absage an das Engagement. Vielmehr sind diese Erzählungen Ausdruck einer „Opferethik“, die

im persönlichen Einsatz jedes einzelnen Aktivisten den unwiderlegbaren Beweis für politischen Erfolg sieht. Allerdings wird die Sinnhaftigkeit der jeweiligen Aktion kaum oder überhaupt nicht hinterfragt. Stattdessen wiederholt man auswendig gelernte Formeln und beschränkt sich vorzugsweise auf praxisbezogene Aktionsformen. Hinter der Feier des Bestehenden, der Bewegung als Selbstzweck, der nicht in Frage gestellt wird, verbirgt sich die traurige Erkenntnis, dass man den Wunsch, die Welt verändern zu wollen, aufgegeben hat. Oder noch schlimmer: dass wir zu der Überzeugung gelangt sind, die Überwindung des Kapitalismus sei ohnehin nicht möglich. Der sozialen Illusion folgte die Wahlillusion, und nachdem sich auch diese zerschlagen hat, bleiben nur Fatalismus, Apathie und das trostlose Gefühl historischer Unvermeidlichkeit.

Gegen die moralische Niederlage, die in der einen oder anderen Form mit dem politischen Opportunismus einhergeht (weil es letztlich *keine Alternative gibt*), und als ideologische Erholung von der Einsicht in die eigene kollektive Unfähigkeit finden sich in letzter Zeit auch Stimmen, die mehr oder weniger deutlich die Notwendigkeit selbstorganisierter sozialer Kämpfe negieren. Im Bestreben, sich vom Regierungsteam abzugrenzen und die strategische Verwirrung zu überwinden, wenden sich ehemalige Aktivist*innen gegen die Bewegungen, indem sie ihnen ihre ideologische Ungenauigkeit, ihr hartnäckiges Festhalten an Forderungskatalogen und ihre Bemühungen um Zugeständnisse vorwerfen, die der Dynamik der Akkumulation und Reproduktion des Kapitals nichts entgegensetzen können. Revolutionäre sollten sich nach dieser Logik von jenen Akteuren trennen, die an der Verhandlungspraxis mit dem Staat festhalten, und sich stattdessen darauf konzentrieren, die eigenen Kräfte zu bündeln und sich darauf vorzubereiten, dem Staat irgendwann die Stirn zu bieten.

Viele Debatten sind noch offen, aber über so manches sollten wir uns im Klaren sein. Erstens: Eine Rückkehr zum Jahr 2012 ist weder möglich noch wünschenswert. Die Sehnsucht nach einer ruhigen Zeit, als der soziale Aktivismus *seinen eigenen Geschäften* nachging, zeugt bloß von einem mangelnden Verständnis für historische Abläufe und von einer Weigerung, den Status Quo zu verändern. Zweitens: Der Kult der real existierenden Bewegung führt zwangsläufig zu politischer Lähmung und im schlimmsten Fall zu reaktionären Positionen und zu einer starken Infantilisierung der Arbeiterklasse und ihrer Interessen. Drittens: Es liegt in der Natur der Sache, dass die Bewegungen derzeit noch nicht so weit sind, den Staat in Schach

zu halten, aber ihre Erfolge stärken der Klasse den Rücken und flößen ihr Vertrauen in ihre eigene Kraft ein. Es geht also darum, die Stimmung der Klasse zu verstehen und an ihr teilzuhaben, „unermüdlich dort zu arbeiten, wo die Massen sind“ (Lenin). Das ist eine unabdingbare Voraussetzung, um einer gegenseitigen Entfremdung vorzubeugen und nicht zu „Dogmatikern der Revolution“ (wiederum Lenin) zu werden, die unfähig sind, in die konkreten Verhältnisse einzugreifen.

Um die Klasse in einem politischen Sinn wieder zu beleben, ohne in Idealisierungen zu verfallen (denn jede Idealisierung der Arbeiterklasse läuft unweigerlich auf eine Idealisierung des Kapitalismus hinaus, dem sie ihre Existenz verdankt) und im Bestreben, die eigene Beschränktheit zu überwinden, wären die Bewegungen als Bindeglied zu den Klassenkämpfen zu verstehen. Ein solcher Ansatz wird zwar keine strukturellen Probleme lösen, da diese unter kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen nicht lösbar sind; aber er kann die Arbeiterklasse stärken und Debatten anregen, um sowohl den Organisationsgrad als auch das Bewusstsein merklich zu verbessern. Ein gutes Beispiel dafür sind die Diskussionen innerhalb der Bewegung für das Recht auf Wohnen, die gleichermaßen auf rechtliche Interventionen, institutionellen Druck und direkte Aktionen setzt und so die Kluft schließt zwischen den Betroffenen, die Forderungen stellen, und den Aktivist*innen, die mit ihrer Expertise Lösungen erarbeiten. Auch die jüngsten Vorstöße zur Verteidigung der öffentlichen Gesundheit (die sich weder in einer Kritik an einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen erschöpfen, noch – wie die traditionellen *Bürgerinitiativen* – eine fiktive Menge beschwören, die im Endeffekt nie aktiviert wird) geben eine Vorstellung davon, wie unmittelbare Forderungen mit einem breiteren programmatischen Horizont verknüpft werden können.

Es geht nicht darum, sich von den Bewegungen politisch gängeln zu lassen, etwa indem behauptet wird, es sei unmöglich, über aktuell erhobene Forderungen hinauszugehen, oder den politischen Organisationen die Rolle eines bloßen Gehilfen der lokalen Kämpfe und ihrer konkreten Anliegen zuzuweisen. Aber wir müssen die Aufgaben von Revolutionären neu definieren angesichts der aktuellen sozialen Auseinandersetzungen und der großen Mobilisierungswellen, die uns vor neue theoretische, politische und organisatorische Herausforderungen stellen, die viel komplexer sind als die Herausforderungen, mit denen wir vor dem Auftreten der Bewegung zu tun hatten. Wenn man zu den aktuellen Vorgängen auf Distanz

geht, verliert man den realen Prozess des Klassenkampfes aus den Augen, der niemals idealtypischen Vorstellungen folgt, sondern in einer konkreten historischen Situation in Mischformen verläuft.

Blinde Selbstgefälligkeit und totaler Rückzug sind bloß zwei Seiten derselben Medaille. Auf der einen Seite stehen die Abneigung, sich dem politischen Konflikt zu stellen, und die Flucht in die Illusion einer eigenen von der Welt losgelösten Kultur; auf der anderen Seite die Weigerung, in die real existierenden Klassenkämpfe einzugreifen. Angesichts des angeblichen „*There is no alternative*“, das dem Opportunismus den Weg ebnet, besteht unsere Aufgabe darin, jene Kämpfe ohne Hintergedanken zu unterstützen, die im Fall eines Erfolgs auch die Überwindung der „Dialektik der Teilerrungenschaften“ (Mandel) anstreben. Im Bewusstsein, dass die politische Neuaufstellung der Klasse eine Verbindung zwischen unmittelbaren Anliegen und dem Horizont des Sozialismus erfordert und dass die Durchsetzung des Programms der Bewegungen auch davon abhängt, sich von ihnen nicht in ein Korsett pressen zu lassen, gilt es, die Spaltung zu überwinden und an der politischen Zusammenführung der Kämpfe zu arbeiten.

03.03.2023

■■■■■ **Julia Cámara** ist Mitglied der Redaktion von *Viento Sur*, feministische Aktivistin und Mitglied von Anticapitalistas, Sektion der IV. Internationale im Spanischen Staat..

Aus: *Viento Sur* Nr. 186

Übersetzung: E. F.

1 Movimiento 15-M (Bewegung 15. Mai) der Jahre 2011/12, auch bekannt als Indignados (Empörte).

■■■■■

NEU bei ISP



Wolfgang Alles Für Einheitsfront gegen Faschismus

Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930

Wissenschaft&Forschung 1
Aktualisierte Neuauflage
305 Seiten, 29,80 €
ISBN 978-3-89900-001-6

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Weber und einem Nachwort des Autors zum aktuellen Forschungsstand. Gegenüber der Erstausgabe wurden weiterhin Kurzbiographien von Mitgliedern der LO und der IKD sowie Abbildungen der Publikationen der LO und der IKD hinzugefügt.

1930 gründete sich die Linke Opposition der KPD (LO). *Wolfgang Alles* zeichnet mit seiner »Pionierleistung« (Prof. Dr. Hermann Weber) fundiert Politik und Geschichte der Linken Opposition der KPD ab 1930 nach. Die LO entwickelte eine realistische Alternative zu dem Versagen der Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften im Kampf gegen den Faschismus. Eine Alternative, deren Grundgedanken für den heutigen Kampf gegen die neuerliche faschistische Bedrohung sehr aktuell sind.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

URSACHEN UND FOLGEN EINES ZUGUNGLÜCKS

Meinungsforschung und Presse sind sich einig hinsichtlich der politischen Auswirkungen des tödlichen „Unfalls“ von Tempe, d. h. des Frontalzusammenstoßes zweier Züge der privatisierten Eisenbahn in Griechenland. Es handelt sich um eine eindeutige Zäsur in der jüngeren politischen Geschichte: Nichts ist mehr so, wie es vorher war.

■ **Antonis Ntavanellos**

Das Verbrechen von Tempe ist in gewisser Weise ein bitteres Resümee der Erfahrungen, die die Bevölkerung in der Vergangenheit gesammelt und jetzt auf die politische Ebene gehoben hat. Vorangegangen waren einerseits die Rekordtodesrate während der Pandemie, die prekären Arbeitsverhältnisse, die Lohnkürzungen und der Preisanstieg auf Lebensmittel und andererseits die obszön hohen Profite der Industrie- und Handelskonzerne, das gigantische Rüstungsprogramm, der Überwachungsskandal des Nationalen Geheimdienstes – all das (und noch mehr) hat sich zusammengefügt und ein klares Bild der bestehenden Verhältnisse gezeichnet.

Diese Sicht der Dinge wird nicht mehr nur von einer kleinen, aber bedeutenden politischen Minderheit geteilt, sondern auch von einem Großteil der Gesellschaft und hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Die sozialen und politischen Kämpfe der Vergangenheit, die hauptsächlich durch die Aktivität der linken Organisationen entstanden waren, haben sich heute als wertvoll erwiesen: Die Wut der Massen führt zu einer Hinwendung auf die linke Seite des politischen Spektrums. Dabei nutzt sie das „typische“ praktische Repertoire der Arbeiterbewegung und der Linken: Massenstreiks und -demonstrationen, die die Regierung von Kyriakos Mitsotakis [seit dem 8. Juli 2019 im Amt], die ohnehin wegen ihrer offensichtlichen Ver-

antwortung für das Verbrechen in der Kritik steht, unter erheblichen Druck setzt.

Die Schuldfrage

Nach den Ereignissen von Tempe wurden zwei erfolgreiche 24-stündige Generalstreiks organisiert (am 8. März und am 16. März). Besonders eindrucksvoll verliefen die Kundgebungen in den großen Städten. Jedoch auch in den mittleren und kleinen Städten und selbst in den entlegensten oder konservativsten Teilen des Landes waren die Demonstrationen die größten seit den Massenmobilisierungen von 2010–2013. Besonders augenfällig war die massenhafte Präsenz der Jugendlichen, die schon zuvor an Schulen und Universitäten aktiv waren. Ihre Proteste richteten sich gegen die Verantwortlichen für Tempe und die Repressionen und das autoritären Gebaren der Regierung, aber auch gegen die Privatisierungsmaßnahmen im öffentlichen Bildungswesen.

Auch traditionell „unpolitische“ Sphären, wie z. B. die Fußballstadien, werden von diesen Protesten erfasst. An Spieltagen halten die Fans systematisch Riesenbanner hoch, auf denen die Privatisierungen und der Vorrang des Profits vor dem Leben kritisiert werden. Dagegen schützen auch nicht die Bemühungen der Verbandsfunktionäre und Vereinseigentümer.

Die Demonstrationen werden darüber hinaus von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit unterstützt, auch von Sektoren, die sich nicht selbst an den Mobilisierungen beteiligen. Daher rührt auch die politische Brisanz der Bewegung. Bei den Demonstrationen an Streiktagen wie dem 16. März setzte die Regierung auf Repression, indem sie Sondereinheiten der Polizei einsetzte, die massiv Tränengas versprühte. Doch statt Angst schürten die Bilder der Straßenschlachten bloß Wut. Mitsotakis sah sich gezwungen, einen ungeordneten Rückzug anzutreten. Er entließ den Polizeichef und ließ verlauten, dass dieser über das Ziel hinaus geschossen habe.

Das Ablenkungsmanöver verfängt nicht

Der Ausbruch von Massenmobilisierungen in der „heiklen“ Zeit vor den Wahlen ist ein seltenes Phänomen in der politischen Geschichte Griechenlands. Es sieht jedoch so aus, als ob dies auch weiter anhalten wird. Linke Gewerkschafter*innen drängen bereits auf einen weiteren 24-stündigen Generalstreik vor Ostern. Unabhängig davon, wie es mit den sozialen Protesten weitergeht, ist die politische Wirkung, die sie erzielt haben, bereits erheblich.

Innerhalb der rechten Nea Dimokratia befindet sich die Führung um Mitsotakis bereits in einer kritischen Situation. Obwohl eine Mehrheit der politischen Beobachter*innen Mitsotakis für einen Führer von großem Format hält, der auch langfristig eine Rolle für den griechischen Kapitalismus spielen könnte, waren wir schon früher der Ansicht, dass seine extrem neoliberale Politik bereits die wahlpolitische Unterstützung der Rechten und das Vertrauen der herrschenden Klasse in sie untergraben hat. Daher ging es in der öffentlichen Debatte schon zuvor darum, ob nicht eine „breit aufgestellte“ Regierung vorzuziehen sei.

Mitsotakis versucht, sich gegen diesen Trend zu stemmen und verfolgt weiterhin das Ziel einer Einparteieregierung mit einer absoluten Mehrheit für die Nea Dimokratia, um die neoliberale „Reformpolitik“ weiter voranzutreiben. In der aufgeheizten Atmosphäre nach Tempe beantragte er vor dem Parlament, über die Privatisierung mehrerer Wirtschaftszweige abzustimmen: Das einzige öffentliche Kinderkrankenhaus, das Krebserkrankungen behandelt, soll der mächtigen Familie Vardogiannis „geschenkt“ werden, [die im Öl-, Schifffahrts-, Immobilien-, Banken- und Mediensektor tätig ist] und die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung soll dauerhaft den Spekulant*innen überlassen werden, was bereits zu neuen Mobilisierungen geführt hat [mit dem Erfolg, dass

diese Absicht jüngst durch den Staatsrat kassiert wurde, AdÜ], etc.

Mitsotakis selbst und seine Yuppie-Entourage, die interessanterweise vorwiegend aus einem sozialliberalen Umfeld stammen, haben sich der Thatcher-Strategie verschrieben und setzen ihre politische Zukunft auf eine radikale Durchsetzung ihrer gesamten politischen Ziele. Doch dieser Starrsinn schränkt den Spielraum für taktische Manöver erheblich ein, obwohl die Regierung bereits mit dem Rücken zur Wand steht.

Um von Tempe abzulenken, stellte die Regierung die bevorstehenden Lohnerhöhungen auf die Tagesordnung. Als die Regierungsbeschlüsse jedoch bekannt wurden, schlug die „Überraschung“ in Verbitterung um: Der monatliche Mindestlohn für Angestellte bei Vollzeitbeschäftigung bleibt bei 780 Euro (vor Steuern und Sozialabgaben), während der tägliche Mindestlohn für Arbeiter*innen von 31,85 Euro auf 34,84 Euro (vor Steuern und Sozialabgaben) „angehoben“ wird. Nun handelt es sich bei den formellen Verträgen größtenteils um Teilzeitverträge, auch wenn de facto Vollzeit gearbeitet wird. Somit kommt es praktisch einer Verhöhung gleich, was selbst von den konservativsten Teilen der Gewerkschaftsbürokratie kritisiert wurde. Gegenüber der Forderung der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen, die die Inflation ausgleichen sollen [die Inflationsrate für Lebensmittel lag im Februar 2023 bei 14,8 % im Vergleich zum Vorjahresmonat], argumentiert die Regierung, dass eine „Lohn-Preis-Spirale“ ein „Albtraum“ für die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Unternehmen sei.

Setzen auf Zeit

Angesichts dieser veränderten Lage steuert die Nea Dimokratia auf eine politische Niederlage bei den Wahlen zu. Nach Tempe zeigen alle Meinungsumfragen einen Rückgang ihrer Wählerstimmen um mehr als 5 %. Mitsotakis reagiert darauf, indem er die Wahlen verschiebt – auf den 21. Mai [...] in der Hoffnung, dass sich die Wählergunst in einigen Wochen oder Monaten wieder ändern könnte. Diese Taktik ist jedoch mit Risiken behaftet.

Zunächst einmal deutet nichts auf eine potentielle Zunahme der politischen Unterstützung für die Rechte hin. Im Gegenteil, selbst die konservative Presse warnt, dass eine Verlängerung der Wahlkampfphase dazu führen könnte, dass die Rechte gar ihre Spitzenposition verlieren könnte, wenn schon das Ziel, eine absolute Mehrheit zu erreichen, bereits außer Reichweite ist.

Zweitens bergen die dauernden Sparmaßnahmen in den – auch sicherheitsrelevanten – öffentlichen Diensten die ständige Gefahr eines neuen „Ereignisses“ wie in Tempe. Die Presse warnt, dass die Schiffe in der Ägäis (die im Sommer über 35 Millionen Passagiere befördern), die Stadtbusse auf den Straßen, die unter Personalmangel leidenden öffentlichen Krankenhäuser, die Feuerwehren etc. die „rote Linie“ in puncto Sicherheit längst überschritten haben. Jeder weiß, dass eine weitere Tragödie [Brände, Schiffbrüche, Verkehrsunfälle] wie in Tempe zu einem sofortigen und chaotischen Zusammenbruch der Regierung führen würde.

SYRIZA tauglich als Krisengewinner?

Vor diesem Hintergrund mag verwundern, dass die Wählergunst für SYRIZA stagniert. Die Verluste von Nea Dimokratia verringern zwar den Abstand zwischen den beiden Parteien, aber die Stagnation (oder sogar ein leichter Rückgang) von SYRIZA lässt keine Alternative an der Regierung erwarten. Tatsächlich reicht nach den aktuellen Umfragen selbst ein Bündnis von SYRIZA mit der PASOK [die umstrukturierte PASOK hat bei den Wahlen 2019 wieder an Zuspruch gewonnen] nicht aus, um eine alternative Regierung zu bilden. Dem „progressiven“ Lager müsste sich eine dritte Partei (vielleicht die Partei von Yanis Varoufakis?) anschließen, um eine Mehrheit zu erzielen.

Die politischen Gründe für diese Stagnation von SYRIZA liegen auf der Hand. Alexis Tsipras hat es nicht geschafft, seine Verantwortung für den politischen Verrat von 2015 vergessen zu machen. Und die späteren Ereignisse rufen diese Verantwortung noch mal in Erinnerung: Der Schlussakt der Privatisierung der griechischen Eisenbahnen wurde von der regierenden SYRIZA unterzeichnet. Wichtiger noch ist, dass Tsipras seine Partei noch nicht einmal auf grundlegende Reformen verpflichtet, mit der sie Wähler davon überzeugen könnte, dass eine „zweite Chance“ an der Macht eine andere politische Ausrichtung entlang der Interessen der Lohnabhängigen bewirken könnte – also Maßnahmen, die einen Bruch mit dem Status quo ante erfordern würden.

Tsipras hat es systematisch vermieden, sich zur Wiederstaatlichung der Eisenbahnen zu verpflichten. Stattdessen würde ggf. eine von ihm geführte Regierung „die Vertragsbedingungen mit der staatlichen Eisenbahngesellschaft Italiens (FS) neu verhandeln“ [denen die Hellenic Train SA gehört], obwohl selbst führende PASOK-Mitglieder dafür plädieren, „den Vertrag mit den Italienern zu

kündigen“ und die FS von jeglichen Verhandlungen über die Zukunft der griechischen Eisenbahnen auszuschließen. Dies spricht Bände über den politischen Kurs von SYRIZA: Tsipras beansprucht die Regierungsmacht als Führer eines Mitte-Links-„Lagers“, das seinen Wandel zum Sozialliberalismus vollzogen hat.

Dies ist letztlich der Grund, warum Tsipras den Wandel seiner Partei hin zur politischen „Mitte“ vorantreibt. Die entscheidenden Posten werden von Sozialdemokraten besetzt, die bereits unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten und PASOK-Chef Kostas Simitis [Vorsitzender der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung-PASOK vom 30. Juni 1996 bis 7. Januar 2004 und Ministerpräsident von Januar 1996 bis 10. März 2004] das „Modernisierungs“-Vorhaben (eine griechische Version des Blairistischen „Dritten Weges“) betrieben haben. Den Posten der Parteisprecherin bekleidet [seit dem 1. Januar 2023] Popi Tsapanidou, eine „schillernde“ Journalistin, die im Morgenprogramm der großen privaten Fernsehsender [ANT1, Open TV] Karriere gemacht hat.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass auf den Wahllisten von SYRIZA auch Politiker*innen einer rechten Parteiströmung auftauchen werden – einer Strömung, die traditionell dem ehemaligen Parteivorsitzenden der ND, Kostas Karamanlis [Ministerpräsident vom 10. März 2004 bis zum 6. Oktober 2009], nahesteht – wie z. B. Evangelos Antonaros, ehemaliger Regierungssprecher unter der Nea Dimokratia [2018 ausgeschlossen]. Dieses Mitte-Links-Wahlkartell glaubt, dadurch mehr Wählerstimmen anziehen zu können, ist aber nicht in der Lage, politisch die Oberhand zu erringen, und setzt daher seine Hoffnungen darauf, dass sich Mitsotakis zunehmend selbst zerlegt.

Nea Dimokratia oder SYRIZA oder ...

Dieser Niedergang der Nea Dimokratia und die gleichzeitige Stagnation des von Tsipras geführten Mitte-Links-Lagers stellen die herrschende Klasse vor ein politisches Problem. Es ist das erste Mal seit dem Fall der Diktatur 1974, dass wir uns mitten im Wahlkampf befinden und die griechischen Kapitalist*innen nicht wissen, welche Regierung auf uns zukommt. Dies geschieht jedoch zu einem für den griechischen Kapitalismus heiklen Zeitpunkt. Die zunehmend schlechteren finanziellen Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene erinnern uns daran, dass die sog. „Erfolgsgeschichte“ der griechischen Wirtschaftspolitik auf tönernen Füßen steht.

Petros Efthymiou, ein erfahrener ehemaliger sozialdemokratischer Minister, zog eine Parallele zu dem

Zugunglück von Tempe und erklärte, dass „das Land unbekümmert auf einen Frontalzusammenstoß Ende 2023 zusteuert“. Damit meint er die Linie der EU, die Periode der finanziellen „Entspannung“ zu beenden und zu den Standards des Stabilitätspakts zurückzukehren. Er erinnert daran, dass die griechischen Schulden fast 190 % des BIP betragen und dass selbst bei einer abgemilderten Form des Stabilitätspakts der Druck auf jede griechische Regierung erstickend bleiben wird, wenn er wieder in Kraft tritt.

Vor diesem Hintergrund wachsen die Prognosen, wonach die bevorstehenden Wahlen zu einer Regierung des „breiten Konsenses“ führen werden. Ein Teil der Presse (einschließlich der rechten Presse!) hat damit begonnen, Namen von „unabhängigen“ Persönlichkeiten zu veröffentlichen, die in einer „technischen Regierung“ mit der parlamentarischen Unterstützung von zwei, drei oder mehr Parteien das Amt des Premierministers übernehmen könnten. Dazu gehören der Zentralbanker Giannis Stournaras [seit Juni 2014 im Amt], der jahrelang versucht hat, sich als griechischer Mario Draghi zu präsentieren, oder der Verfassungsrechtler Nikos Alivizatos, ein prominenter Vertreter des demokratischen Zentrums, der aber auch eine führende Rolle bei der Bildung der „Anti-Links-Front“ in den Jahren 2010–15 gespielt hat, um sicherzustellen, dass Griechenland in der Eurozone bleibt. Und wir stehen erst am Anfang dieser Debatten.

Ein solches Szenario wird nicht so leicht umzusetzen sein, denn das würde eine Krise in den beiden größten Parteien heraufbeschwören: den Sturz von Mitsotakis an der Führung der Nea Dimokratia und eine Infragestellung der Dominanz von Tsipras innerhalb von SYRIZA. Vor allem aber wird eine solche „Lösung“ keine stabile Regierung hervorbringen, die in der Lage wäre, wirksam auf die wachsenden Forderungen der Arbeiterklasse zu reagieren.

Nach Tempe hat sich der Trend verstärkt, gegen die Systemparteien zu stimmen. Dies könnte zu mehr Stimmen für die Kommunistische Partei und Yanis Varoufakis' MERA25 führen. In unseren Augen wäre dies ein positives Ergebnis, weil es die Stimmung unseres Volkes widerspiegelt. Damit entsteht ein größeres Oppositionspotential von links und von unten gegenüber jeder neuen Regierung, die einfach nur dort weitermachen will, wo Mitsotakis aufgehört hat.

Am wichtigsten ist es jedoch, den Wahlkampf dafür zu nutzen, gestützt auf die wieder auflebenden Kämpfe eine Plattform mit Übergangsforderungen der Arbeiterklasse zu erarbeiten, die als Grundlage für vereinte, massive und radikale Kämpfe dient. Es gilt, die politische Krise

der Regierung Mitsotakis zu nutzen, um die neoliberalen Konterreformen zurückzudrängen und zu zerschlagen.

██████████ **Antonis Ntavanellos** ist Leitungsmitglied der DEA ein Redakteur der Zeitschrift *Ergatiki Aristera* („Arbeiterlinke“)

Aus: *alencontre* vom 22.3.2023

Übersetzung: MiWe

██████████

LULAS GRATWANDERUNG

Nach vier Regierungsjahren der neofaschistischen Rechten wurde der einstige Metallarbeiter Lula für seine dritte Amtszeit als Präsident Brasiliens wiedergewählt. So groß die Hoffnungen sind, so groß sind auch die Herausforderungen: konkrete Verbesserungen der Lebensbedingungen der Bevölkerung zu schaffen, das Land aus seiner wirtschaftlichen und sozialen Krise zu befreien und die nach wie vor von der extremen Rechten in Brasilien ausgehende Gefahr abzuwenden. Ein Rückblick auf die ersten beiden Monate.

■ **Gabriella Lima**

Die Wahlen im Oktober 2022 fanden vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise statt. Diese mehrdimensionale Krise war jedoch nicht neu, sondern Teil einer Abfolge, die mit den Volksaufständen von 2013 begann, 2016 zum Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff (Arbeiterpartei) führte und dann zum Aufstieg der extremen Rechten in Form der Bolsonaro-Regierung. Während der Coronapandemie hat sich die Lage weiter verschärft. Bolsonaros Ignoranz hat mehr als 700 000 Menschen das Leben gekostet, der Amazonas-Regenwald stand in Flammen, indigene Völker wurden durch illegale Goldförderung vertrieben und Mitglieder der LGBTQIA+-Gemeinschaft wurden auf offener Straße angegriffen und getötet, ebenso wie die schwarze und arme Bevölkerung in den Favelas, die regelmäßig Opfer hochgerüsteter Polizeieinsätze wurde, bei denen Dutzende Unschuldige starben.

In der Pandemie schnellten auch wieder die Arbeitslosenzahlen massiv nach oben und Hunger und Elend gehören für Tausende von Familien, die wieder auf der Straße leben müssen, erneut zum Alltag, ganz zu schweigen von den beispiellosen Inflationsraten. Trotz dieser katastrophalen Bilanz gelang es Bolsonaro, Unterstützung bei der Armee, den evangelikalischen Kirchen, mehreren Sektoren der Unternehmer*innen sowie die Zustimmung eines nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung zu seinem

neofaschistischen politischen Vorhaben zu gewinnen, das er während seiner Amtszeit nicht auf legalem Wege umsetzen konnte.

Das Wahlszenario

In diesem Szenario, wo es v. a. darum ging, Bolsonaro in der Regierung abzulösen, war Lula der einzige, der ernsthaft Paroli bieten konnte. Eigentlich wären Lula und die PT bereits während der Pandemie in der Lage gewesen, Bolsonaro zu stoppen, wenn die Partei sich entschlossen hätte, die Basis zu mobilisieren und die Demonstrationen für ein Amtsenthebungsverfahren zu unterstützen. Doch während die gesamte Linke, die sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und sogar die Rechten trotz des hohen Ansteckungsrisikos auf die Straße gingen, entschied sich der ehemalige Metallarbeiter stattdessen für eine Taktik, die darauf abzielte, den rechtsextremen Präsidenten an der Macht zu halten, ihn politisch zu isolieren und langsam zu demontieren. Damit sollte im Wahlkampf ein angeschlagener Bolsonaro einem Lula gegenüber stehen, der sich als Held und schlechthinniger Kämpfer für die Demokratie inszeniert.

Es ging also darum, die Bedingungen für einen Wahlsieg zu schaffen, indem man die Unternehmer*innen davon abhielt, einen weiteren Kandidaten aufzustellen, der Lulas Chancen schmälern könnte. Die Bourgeoisie hätte

dennoch gern den vormaligen Justizminister unter Bolsonaro, Sergio Moro, (berühmt berüchtigt durch seine Rolle bei der Operation „Lava Jato“) präsentiert, wenn dessen Popularität und Glaubwürdigkeit nicht seither weitgehend untergraben worden wären. Mit Bolsonaro im Rennen gab es jedoch keinen Raum für einen dritten ernsthaften Kandidaten.

So fanden die Wahlen 2022 in einem extrem polarisierten Umfeld statt, in dem sich die Bourgeoisie vor die Wahl zwischen Lula und Bolsonaro gestellt sah. Zugleich befand sich Lula in einem Dilemma: Er brauchte die Unterstützung der gesamten Linken und musste daher ein Sozialprogramm vorlegen, das auf die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung eingeht, und zugleich die Unterstützung der Teile der Bourgeoisie gewinnen, mit denen er sich in der Vergangenheit stets verbündet hatte.

Die Quadratur des Kreises

Dass Lula eine breite Front von links bis rechts hinter sich scharen konnte, überrascht nicht. In erster Linie, weil Lula an der Regierung stets eine Politik der Klassenkollaboration betrieben hat. Als Zeichen der Verpflichtung gegenüber der Bourgeoisie ernannte er folgerichtig und entgegen allen Lehren aus der Vergangenheit Geraldo Alckmin zum Kandidaten als Vizepräsidenten, der – notabene – 2016 den institutionellen Staatsstreich gegen Dilma Rousseff unterstützt hatte. Zweitens sei daran erinnert, dass ein Teil der brasilianischen Bourgeoisie Bolsonaro den Rücken gekehrt und sich zunehmend von ihm distanziert hat, als dieser die Demokratie im Laufe des letzten Jahres zu untergraben versucht hat. Um nur ein Beispiel zu nennen: Am 1. Mai 2022 wurde im Rahmen einer heftigen Kampagne gegen die Demokratie eine Demonstration von Bolsonaro-Anhänger*innen organisiert, deren Hauptforderungen die Abschaffung des Obersten Gerichtshofs und eine Reform des Wahlsystems waren. Zwei Monate später wurde ein Manifest zur Verteidigung der Demokratie veröffentlicht, das von Unternehmerverbänden aus Industrie und Banken unterstützt wurde.

Es war zwar erforderlich, eine taktische Einheit mit der Rechten in den Mobilisierungen zur Verteidigung der Demokratie einzugehen, aber die Einbindung der Rechten in die Regierung ist aus mehreren Gründen ein schwerer Fehler. Erstens erfordert die aktuelle Lage, in der sich Brasilien befindet, dass alle Kräfte mobilisiert werden, um die Bedrohung durch die extreme Rechte zurückzudrängen. Dafür gibt es keine Abkürzungen: Es müssen radikale soziale Maßnahmen ergriffen werden, um die materiellen

Lebensbedingungen der Bevölkerung konkret zu verbessern und die soziale Basis von Bolsonaro zu schwächen. Zweitens darf man nicht vergessen, dass die extreme Rechte dank einer politischen Krise erstarkt ist, als nämlich das Vertrauen in die PT-Regierungen geschwunden war. Daher kann man es sich in einem historischen Moment, in dem die rechtsextreme Gefahr nicht gebannt ist, nicht leisten, wieder auf dieselben Rezepte zurückzugreifen, in der Hoffnung, sie könnten diesmal verfangen. Und drittens sind breite Bündnisse zwischen der Rechten und der Linken per se widersprüchlich: Die am weitesten links stehenden Kräfte werden versuchen, die Politik der Regierung nach links zu verschieben, während die Liberalen sie so weit rechts wie möglich positionieren wollen.

Diese Widersprüche kommen bereits zu Beginn der Amtszeit zum Vorschein: Obwohl eine reale und substantielle Erhöhung des Mindestlohns notwendig gewesen wäre, um weiten Teilen der Bevölkerung aus der Misere zu helfen, war die Erhöhung marginal, ja sogar lächerlich gering, da sie kaum den Anstieg der Lebenshaltungskosten ausgleichen konnte. Hinzu kommt, dass die Zinssätze mit fast 14 % zu den höchsten der Welt gehören, wodurch faktisch keine Kredite von der Bevölkerung aufgenommen werden können.

Das Thema Geldmarktpolitik verdeutlicht die Widersprüche der Regierung: Die brasilianische Zentralbank, die diese Zinssätze festlegt, ist ein unabhängiges Organ, dessen Präsident nicht in denselben Zeiträumen wie die Bundesregierung gewählt wird. Der derzeitige Präsident der Zentralbank, Roberto Campos Neto, ist jedoch ein treuer Anhänger von Bolsonaro und der Enkel eines berühmten Technokraten der Militärdiktatur, Roberto Campos, der von 1964 bis 1967 Planungsminister war. Das 2021 verabschiedete „Autonomiegesetz“ der Zentralbank unterstreicht noch einmal die Trennung zwischen dieser Institution und der Regierung und ermöglicht eine Amtszeit von vier Jahren für Campos Neto.

Lula scheut sich zwar nicht, die horrenden Zinssätze öffentlich zu kritisieren, ohne jedoch das Gesetz zu widerrufen, das die Instrumentalisierung der Zentralbank durch die Finanzkreise ermöglicht, die zu den größten Sektoren der Bourgeoisie gehören, die ihn unterstützt haben. Diese Kontrolle der Finanzkreise über die brasilianische Geldpolitik ist jedoch nicht erst seit Bolsonaro bekannt. In seiner ersten Amtszeit hatte Lula Henrique Meirelles zum Leiter der Zentralbank ernannt, der zuvor international als Präsident der BankBoston tätig war. Der war dann auch einer der ersten, der öffentlich seine Unterstützung für

Lulas Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2022 erklärte, da er in ihm den Garanten für die Beibehaltung dieser Politik sah.

Bloße Symbolpolitik ...

Auch wenn die PT in der Vergangenheit eine Politik der Klassenzusammenarbeit betrieben hat, richtet die Arbeiterklasse große Hoffnungen in die neue PT-Regierung: mehr Kaufkraft, Arbeitsplätze, Recht auf Wohnraum und massive Investitionen in Gesundheit und Bildung. Die neue Regierung bietet auch bessere Bedingungen für die Linke und die sozialen Bewegungen, um auf der Straße ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, die von der vorherigen Regierung unterdrückt worden waren.

Lula ließ es sich nicht entgehen, bei der Amtseinführung einen historischen Auftritt zu inszenieren, umgeben von Aktivist*innen der sozialen Bewegungen, die unter Bolsonaro im Visier gestanden hatten. Anielle Franco, die Schwester von Marielle Franco, wurde zur Ministerin für Rassengleichheit ernannt. Sônia Guajajara, eine führende Vertreterin der Vereinigung der indigenen Völker Brasiliens (APIB) und gewählte Abgeordnete der PSOL in Brasilia, übernahm das Ministerium für indigene Völker und wurde damit zur ersten indigenen Ministerin in der Geschichte des Landes.

Diese Ämter verleihen historisch unterdrückten Bevölkerungsgruppen Sichtbarkeit und wichtige Anerkennung und geben diesen Bewegungen wieder Hoffnung und Handlungsfähigkeit. Für sie ging es zunächst um die Wahl des ehemaligen Gewerkschafters und nachfolgend auch um dessen tatsächliche Amtsübernahme. Nun muss es ihm aber auch gelingen, sein Programm umzusetzen. Daneben muss auch der Kampf gegen die extreme Rechte unermüdlich fortgesetzt werden. In dieser Hinsicht bekräftigte Lula sein Engagement nach dem Putschversuch vom 8. Januar, indem er die neofaschistischen Putschisten beim Namen nannte und harte Maßnahmen zur Bestrafung der Schuldigen ergriff.

Ganz offensichtlich jedoch sind Lulas Regierungsmaßnahmen zugunsten der Unterdrückten und Ausgebeuteten im Moment eher symbolisch als substantiell. Die Erhöhung der Zinssätze und die geringe Anhebung des Mindestlohns fanden statt, obwohl die Regierung gleichzeitig mit den Gewerkschaftsbünden an einem neuen Verfahren zur Anhebung der Löhne arbeitete. In der derzeitigen Regierungskonstellation bedeutet die Verabschiedung ehrgeiziger sozialer Maßnahmen unweigerlich, dass man sich mit den jeweiligen Interessen der eigenen Verbündeten

auseinandersetzen muss. Bei seinem Balanceakt zwischen links und rechts bekennt sich Lula einerseits zur Landlosenbewegung und postiert die Umweltaktivistin Marina Silva an die Spitze des Umweltministeriums; andererseits überträgt er das Ministerium für Planung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Simone Tebet, die die Interessen des Agrarbusiness und der Großgrundbesitzer vertritt.

... und knallharte Realpolitik ...

Diese Ambivalenz birgt Fallstricke, denn man kann den Reichtum nicht umverteilen und gleichzeitig die Interessen einer privilegierten Minderheit wahren. Lula hat zwar einen Schritt in Richtung Umverteilung getan, indem er ein Gesetz der Regierung Temer, das eine Deckelung der öffentlichen Ausgaben vorsah, zu Recht abgeschafft hat. Dies reicht jedoch nicht aus, wenn nicht zugleich eine umfassende Steuerreform durchgeführt wird und große Vermögen, Erbschaften, Gewinne und Dividenden besteuert werden. Nur so können soziale Ungleichheiten bekämpft und die notwendigen Mittel freigesetzt werden, um angemessene öffentliche Dienstleistungen für die Bevölkerung zu gewährleisten. In Brasilien, einem der ungleichsten Länder der Welt, erhalten mehr als 60 % der Einkommenssteuerpflichtigen weniger als 6000 R\$ pro Monat (ca. 1084 €). Während Lula im Wahlkampf versprochen hatte, diese Schicht der Lohnabhängigen von der Einkommensteuer zu befreien, gilt diese Maßnahme bislang nur für Einkommen unter 2640 R\$ (ca. 477 €).

Neben den wirtschaftlichen sind auch andere soziale und ökologische Fragen noch offen. Neben der Erhaltung des Amazonas-Regenwaldes ist auch der Schutz der Yanomami-Völker äußerst dringlich. Wohl hat die Regierung durch ihre ersten Maßnahmen und weiteren Versprechen international an Vertrauen und Unterstützung gewonnen. Zugleich aber reicht es keineswegs aus, die indigenen Opfer der bisherigen Vernichtungspolitik mit Nahrungsmitteln und medizinischer Betreuung zu versorgen, wenn nicht zugleich das Gesetz aufgehoben wird, wonach die illegale Goldförderung als „Verbotssirrtum“ straffrei gestellt wird, was die Hauptursache für den Völkermord an den Yanomami ist. Dieses Gesetz, das übrigens 2013 von einem PT-Abgeordneten erlassen wurde, besagt, dass eine einfache Erklärung über die rechtmäßige Herkunft des Goldes ausreicht, um damit Handel treiben zu dürfen, obwohl schätzungsweise 30 % des in Brasilien verkauften Goldes aus illegaler Goldförderung stammen.

Im Bildungssektor ist es dringend erforderlich, die „Bildungsreform“ zurückzunehmen, die die Arbeitsbe-

dingungen aller Lehrer*innen verschlechtert, indem sie das Ausbildungsniveau senkt, das für das Unterrichten an den Oberschulen erforderlich ist. Die Weigerung des neuen Bildungsministers Camilo Santana (PT), diese Reform anzutasten, zeugt nicht nur von einer Missachtung der Beschäftigten im Bildungswesen, die bereits unterbezahlt sind und die Kosten der Sparmaßnahmen in diesem Sektor tragen, sondern auch von einer Kontinuität der Politik von Michel Temer, der die „Reform“ 2017 veranlasst hatte.

... rufen nach dem Druck der Straße

Auch wenn die Wiederwahl Lulas Hoffnungen geweckt hat, darf man sich keine Illusionen darüber machen, dass ein radikales Reformprogramm umgesetzt würde, das die Lebensbedingungen der Arbeiter*innen und der Armen Menschen substantiell verbessern würde. Im Gegenteil, es liegt an der Linken und den sozialen Bewegungen, die neu entstandenen Räume zu nutzen, um dies durchzusetzen. Die Mobilisierung auf der Straße, an den Arbeits- und Bildungsplätzen muss den Druck erhöhen, damit die Regierung der Rechten, die versucht, ihre neoliberale Agenda umzusetzen, nicht nachgibt.

Die radikale Linke ihrerseits muss ihre politische Unabhängigkeit bewahren, um sich an den sozialen Bewegungen zu beteiligen und sie bei der Verteidigung eines Programms zu unterstützen, das mit jeder Form der Klassenzusammenarbeit bricht. Demokratische und soziale Kämpfe sind zudem unerlässlich, um das Erbe des Bolsonarismus auszulöschen, denn auch wenn der Wahlsieg eine notwendige Voraussetzung war, ist der Kampf gegen die extreme Rechte noch lange nicht vorbei. Nur durch die ständige Mobilisierung der Bevölkerung wird es möglich sein, sie endgültig zurückzudrängen.

■■■■■ **Gabriella Lima** ist Mitglied von solidaritéS Schweiz

Aus: *anticapitaliste* revue vom März 2023

Übersetzung: MiWe

■■■■■

Deutschlands ›Zeitenwende‹



Jürgen Wagner

Im Rüstungswahn
Deutschlands Zeitenwende
zu Aufrüstung und
Militarisierung

Paperback
212 Seiten | € 16,90
ISBN 978-3-89438-791-4

PapyRossa

Mit der ›Zeitenwende‹ wurde das größte Aufrüstungsprogramm seit Jahrzehnten vom Zaun gebrochen, und das von langer Hand: Politisch durch immer offener artikulierte Großmachtansprüche, militärisch durch einen Umbau der Bundeswehr, industriell durch die ›Agenda Rüstung‹. Höchste Zeit, Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung auszuloten.

www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

DAS 20. JAHRHUNDERT VON LIVIO MAITAN

Der Beitrag¹ wurde für ein Kolloquium verfasst, das am 1. April 2023 in der Biblioteca Nazionale Centrale in Rom aus Anlass des hundertsten Geburtstags von Livio Maitan abgehalten wurde.

■ Enzo Traverso

■ Hundert Jahre nach der Geburt von Livio Maitan und fast zwanzig Jahre nach seinem Tod bieten sein Leben und Werk Anlass für eine kritische Reflexion. Ist die Schwelle eines solchen Jubiläums einmal überschritten, dann ist es geboten, über nostalgische Erinnerungen und Reminiszenzen hinauszugehen und zu versuchen, aus einer historischen Perspektive heraus zu schauen. Mein Beitrag wird kein kalter und distanzierter Rückblick sein, sondern eine kritische Neubetrachtung. Ich möchte gleich zu Beginn sagen, dass es mir von dieser Warte aus so vorkommt, als sei Livio sehr weit von unserer Zeit entfernt. Ich weiß, dass viele mit dieser Einschätzung, die für mich auf der Hand liegt, nicht einverstanden sein werden und sie vielleicht sogar ablehnen. Um es klar zu sagen: Ich meine damit nicht, Livios Werk sei obsolet, es gehöre beiseitegelegt und solle vergessen werden. Ich meine damit, dass es zu einer Welt gehört, die es nicht mehr gibt, und vielleicht ist es gerade deshalb für unser historisches Bewusstsein wichtig.

Livio hat eine noble, in vielerlei Hinsicht heroische und tragische Figur, die die Geschichte des 20. Jahrhunderts tief geprägt hat, verkörpert: den Berufsrevolutionär. Es lohnt sich, kurz bei dessen Definition zu bleiben. Revolutionäre sind nicht verschwunden, es gibt sie auch heute noch, wahrscheinlich sogar zahlreicher als wir denken. Revolutionen hat das 21. Jahrhundert bereits erlebt, aber die Figur des Berufsrevolutionärs gehört der Vergangenheit an. Einige von uns, und nicht einmal wenige, haben für einen mehr oder weniger langen Zeitraum ihres Le-

bens daran teilgehabt, aber dabei handelte es sich um eine Zwischenphase. In den meisten Fällen wurden sie Lehrer, Journalisten, viele wurden Dozenten an der Universität, einige wurden Manager und andere kümmern sich nicht mehr um Politik. Berufsrevolutionäre gibt es nicht mehr, sie gehören einer Zeit an, in der die Arbeitsteilung, die Parteiform und die Öffentlichkeit anders strukturiert waren. Vor allem aber gehören sie einer Zeit an, in der die Revolution einen „Erwartungshorizont“ bildete oder, um es mit den Worten des von Livio verehrten Ernst Bloch zu sagen, eine konkrete, notwendige und mögliche Utopie war, eine Utopie, von der das geistige Universum von Millionen von Menschen durchdrungen war.

Berufsrevolutionäre waren Männer und Frauen, für die die Revolution nicht nur ein Projekt war, dem man sich anschloss oder für das man kämpfte, sondern eine *Lebensweise*, eine Entscheidung, die ihre gesamte Existenz bestimmte und prägte. Diese Entscheidung umfasste tief liegende politische, kulturelle und ideologische Beweggründe, die man in Frage stellen, überdenken und korrigieren konnte, die aber die Prämisse einer Art und Weise darstellten, die Wirklichkeit zu erfahren und die eigene Zeit zu leben. Es ließe sich sagen, dass diese Revolutionäre Max Webers Dichotomie zwischen Politik als Berufung und Politik als Beruf überwandern, aber wir sollten hinzufügen, dass für die Berufsrevolutionäre die Politik alles andere als eine Möglichkeit war, Karriere zu machen. Es war eine Entscheidung, die vielmehr einen vollkommenen Verzicht auf eine gut bezahlte, respektable und prestige-

trächtige Karriere bedeutete. Es war die Entscheidung, Teil einer Art Gegengesellschaft zu werden. Berufsrevolutionär zu sein hieß, sich damit zu begnügen, ein sehr bescheidenes Leben zu führen, oft unter äußerst prekären materiellen Bedingungen. Wenn die Finanzen ihrer Bewegungen es nicht zuließen, ihnen ein bescheidenes Gehalt zu zahlen, konnten diese Männer und Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen – Beiträge für Zeitungen und Zeitschriften schreiben, Bücher übersetzen und herausgeben, manchmal Seminare an Universitäten geben, wie auch Livio es tat – aber das war dann keine Berufsentscheidung, sondern ein Notbehelf, der es ihnen ermöglichen sollte, ihrer Haupttätigkeit nachzugehen: die Revolution vorzubereiten. Diese Lebensweise brachte Charaktere hervor, die irgendwo zwischen Bohemien und Mönch angesiedelt waren, hin- und hergerissen zwischen totaler Freiheit und strengster Selbstdisziplin, zwischen der Ablehnung aller Konventionen und einer gewissen Askese. Max Weber nannte die protestantische Arbeitsethik „innerweltliche“ Askese: Ich glaube, dass es eine ähnliche Ethik bei den Berufsrevolutionären gab. Die Rebellen, schrieb Hannah Arendt, waren bewusste „Parias“, nicht weil sie arm waren (auch wenn sie keine Erbschaft zu verteidigen hatten), sondern weil sie ihr Außenseitertum bewusst annahmen. Eines der großen Verdienste von Livio war es, dass er die Abwege vermied, denen dieses Außenseitertum sie unweigerlich aussetzte: Sektierertum und Dogmatismus. Von seiner Kultur, seinem Temperament, ich würde sagen, von seiner psychischen Verfasstheit her, war Livio geradezu der Antipode des charismatischen Führers einer kleinen Sekte, einer Geißel, die die Geschichte der revolutionären Bewegungen durchzogen hat, insbesondere die der trotzkistischen. Seine Schwäche war eher eine übermäßige Bescheidenheit, die seinen persönlichen Ambitionen Grenzen setzte.

Diese Lebensentscheidung besaß ganz offensichtlich eine solide moralische Grundlage. Es war die Entscheidung, gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu kämpfen, die Überzeugung, dass die Beherrschten die Welt verändern können, eine Wette darauf, dass die Menschen zur Selbstbefreiung fähig sind. Da die Revolution einen weltumfassenden Horizont bildete, orientierten sich diese Männer und Frauen am Kosmopolitismus. Livio verkörperte diese Tradition. Als Führer der Vierten Internationale verbrachte er einen großen Teil seines Lebens damit, von Kontinent zu Kontinent zu reisen, an öffentlichen Versammlungen und geheimen Treffen teilzunehmen und Führer von Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften, Gruppen und Grüppchen aus

vier Kontinenten zu treffen. Seine Bücher legen davon ein beredtes Zeugnis ab.

Die Kombination dieser Merkmale – Verzicht auf eine Karriere, ständige materielle Unsicherheit, starke Überzeugungen und ein starker moralischer Impuls, extreme Mobilität – weist darauf hin, dass der Lebensweg des Berufsrevolutionärs auch aus Opfern bestand – die Kehrseite des Nonkonformismus. Da war vor allem anderen der Verzicht auf ein normales Leben. Das Leben der Berufsrevolutionäre entkam in vielen Fällen den Geschlechterhierarchien der patriarchalischen Gesellschaft nicht. Viele von ihnen waren auf Partner angewiesen, die die Kinder erzo-gen oder ein gesichertes Arbeitseinkommen hatten. Livio hat mir nie etwas über sein Privatleben erzählt, in dieser Hinsicht war er sehr schüchtern. Seine Autobiografie *La strada percorsa* beschränkt sich auf Politik, sein Gefühlsleben, seine Lebensgefährtinnen, seine Kinder, die ihm das wohl auch übelnahmen, kommen darin kaum vor. Auch das war eine der Folgen der Revolution als Lebensform.

Diese existenzielle Entscheidung hatte unweigerlich Auswirkungen auf seine intellektuellen Ambitionen. Livio hinterlässt ein umfangreiches Werk, das mit der Vielfalt der behandelten Themen, der Originalität und Tiefe seiner Analysen sehr reichhaltig ist, das aber fast immer auf die Veröffentlichung in Zeitungen und Zeitschriften der Vierten Internationale oder die in ihrem Umfeld entstandenen Verlage beschränkt blieb. Die Öffentlichkeit kannte ihn im Wesentlichen als Übersetzer und Popularisierer von Trotzki. Livio besaß eine klassische Bildung, er war ein Mensch von hoher Kultur, aber er schrieb nur, um in strategische Debatten und politische Auseinandersetzungen einzugreifen, um einer Organisation bei ihrer Orientierung zu helfen oder um Probleme theoretisch zu untersuchen, die politisch gerade relevant waren. Ich glaube nicht, dass er jemals versucht war, einen Aufsatz zu schreiben, um einem persönlichen Antrieb oder einem intimen intellektuellen Bedürfnis nachzukommen. Als ein Mann der Partei hat er sich nie erlaubt, ambitionierte theoretische Werke zu verfassen, wie seine engsten Mitstreiter Ernest Mandel oder Daniel Bensaïd das taten.

Ich persönlich bedauere diesen freiwilligen Verzicht, der aus großer Bescheidenheit und Demut, aber wohl auch aus einer gewissen politischen Kurzsichtigkeit resultierte. Die Wechselfälle des Trotzkismus in Italien wären anders verlaufen, wenn dieser eine historische Verortung, politische Definition und theoretische Ausarbeitung gefunden hätte, die solider gewesen wären, zumindest so solide wie die des Operaismus, dessen Grundlagen zuerst von den

Quaderni rossi und Mario Tronti mit *Operai e capitale* und dann im darauffolgenden Jahrzehnt mit den Werken von Toni Negri gelegt wurden.

Livio war der Einzige, der dieser Erfordernis hätte nachkommen können, aber er hielt es für ausreichend, sich auf Trotzki's Werk zu stützen. In den folgenden Jahrzehnten beschloss er, seine scharfsinnigen Arbeiten über die Krise des Marxismus, über Gramsci, über die Geschichte der KPI in kleinen, nahezu vertraulichen Ausgaben zu veröffentlichen, für die wir sicherlich dankbar sein müssen, die aber nie ein größeres Publikum erreichten. Ich fürchte, dies war eher das Ergebnis einer Entscheidung als das objektiver Umstände, und diese Entscheidung wurzelte in einer Lebensweise. Livio schrieb für eine Organisation, und seine LeserInnen waren deren AktivistInnen. Das war das, was Berufsrevolutionäre schon immer getan hatten, von Rosa Luxemburg bis zu Lenin und Trotzki, und Livio folgte ihrem Weg. Mario Tronti und Toni Negri hingegen waren Universitätsprofessoren, wie auch Mandel oder Bensaïd, wie es die Gründer der *New Left Review* bald wurden oder andere Intellektuelle, die einen Teil des Weges mit ihm zurückgelegt hatten, etwa Adolfo Gilly. Die Tatsache, dass sie Erfahrungen, Debatten und Entscheidungen teilten und in den Führungsgremien derselben Bewegung mitwirkten, hinderte sie nicht daran, auch einer anderen sozialen Welt anzugehören, was sie dazu brachte, nicht nur politische Führer, sondern auch öffentliche Intellektuelle zu sein. Vielleicht ist es das, was dem italienischen Trotzkiismus in den 1960er Jahren fehlte.

Ich möchte nun den Schwerpunkt von Livios Leben auf sein Werk verlagern. Die Geschichte hat ihm recht gegeben, die Politik nicht, schrieb Lidia Cirillo dazu und brachte damit die Bedeutung einer Erfahrung in einem Satz auf den Punkt. Reinhart Koselleck hat darauf hingewiesen, dass nicht die Sieger die besten Interpreten der Geschichte sind, dass ganz im Gegenteil der profundeste Beitrag zur Kenntnis einer Epoche von den Besiegten kommt, deren Blick nicht apologetisch, sondern kritisch ist. Livio war ein Verfechter der gerechten Sache, gerechter Anliegen, die fast immer besiegt wurden. Es war eine richtige Entscheidung, die er als Zwanzigjähriger traf, sich an der Resistenza zu beteiligen, und sich dann der Vierten Internationale anzuschließen und sich damit der Erpressung des Kalten Krieges zu verweigern, der die Welt in gegnerische Blöcke spaltete. Livio tat recht daran, dass er nicht zwischen Imperialismus und Stalinismus wählte. Ende der 1940er Jahre Trotzkiist zu werden, hatte nichts Natürliches oder Selbstverständliches an sich. Ein ketze-

rischer, antistalinistischer Kommunist zu sein, bedeutete, sich zur Isolation zu verdammen, von allen geächtet zu werden, aber es war eine richtige Entscheidung, die die Ehre des Kommunismus rettete. Nur wenige entschieden sich für diesen Weg. 1956, im Jahr des sowjetischen Einmarsches in Ungarn, übersetzte Livio Trotzki's *Verrätene Revolution*. Einige Jahre später veröffentlichte er für den Verlag Einaudi einen Band über Trotzki's Aktualität, im folgenden Jahrzehnt übersetzte er die Texte von Jacek Kuron und Karol Modzelewski, den Stimmen der polnischen Dissidenz. In Italien gehörte Livio zu den wenigen, die den Stalinismus verurteilten, ohne in den Antikommunismus zu verfallen, wie viele SozialistInnen, die er in der Nachkriegszeit kennengelernt hatte, das taten und viele Intellektuelle wie Nicola Chiaromonte und Ignazio Silone, die damit endeten, die linke Flanke des Congress for Cultural Freedom zu sichern.

Zu Recht unterstützte Livio die antikolonialen Revolutionen in der damals so genannten „Dritten Welt“. In seinem Fall handelte es sich um eine aktive, enthusiastische, großzügige und konkrete Unterstützung. Es ging nicht nur um eine äußerliche, symbolische oder propagandistische Unterstützung, sondern um eine direkte Beteiligung, die sich natürlich aus dem oben erwähnten revolutionären Kosmopolitismus ergab. Livio war eine Art „Handelsreisender der Revolution“ – von Chile bis Argentinien, von Bolivien bis Mexiko, von Algerien bis Sri Lanka und dem Iran. Seine Schriften über diese Revolutionen bilden dieses Engagement sehr gut ab. Viele Freundschaften ergaben sich aus diesen Erfahrungen, manchmal auch bittere Konflikte. Livio brachte in diese Revolutionen Ideen, Erfahrungen und die materielle Unterstützung ein, die die Vierte Internationale bieten konnte.

Komplexer ist die Frage des sogenannten „Entrismus“ in den Kommunistischen Parteien, eine Strategie, für die Livio von 1952 an einer der Hauptverantwortlichen war. In seiner Vorstellung war der Entrismus keine konspirative Operation, keine Aktion, die auf die Infiltration der Apparate abzielte oder auf die verdeckte Vorbereitung von Spaltungen – wie das einer machiavellistischen Vision von Politik entspräche, die ihm völlig fremd war. Diese später als Entrismus *sui generis* bezeichnete Strategie beruhte auf der objektiven Feststellung der Kraft und Stärke des Kommunismus. Der italienische Fall war dafür ein klarer Beleg. In den 1950er Jahren hatte die Kommunistische Partei Italiens mehr als zwei Millionen Mitglieder; sie wies eine beeindruckende soziale Verankerung auf und genoss eine außergewöhnliche, aus der Resistenza herrührende

Aura. Diese Kraft verlieh Millionen von Arbeitern Würde und politische Vertretung und erfüllte eine unersetzliche Funktion bei der Verteidigung ihrer sozialen Interessen, in vielen Fällen auch eine pädagogische Funktion für ihre Bildung und kulturelle Entwicklung. Sie war eine Partei der Widersprüche, vertikal und autoritär, mit einer erschreckenden Kluft zwischen ihrer Führung und ihrer Basis, die manchmal kaum Lesen und Schreiben konnte. Es war eine stalinistische Partei, die organisch mit Moskau verbunden war, aber in Italien zum Aufbau einer demokratischen Republik beigetragen hatte. In diese Partei einzutreten, um einer abweichenden Meinung Gehör zu verschaffen, war eine auf der Ablehnung von Sektierertum beruhende richtige Entscheidung.

Aber das Italien der Nachkriegszeit war im Fluss, es verwandelte sich tiefgreifend, in schwindelerregender Geschwindigkeit; seine Soziologie veränderte sich, die Arbeiterklasse wandelte sich von innen heraus, riesige Massen zogen vom Land in die Städte, vom Süden in den Norden; die Massenuniversität wurde geboren und eine neue rebellische Generation trat auf den Plan. Der italienische Trotzismus wurde zu einem Ausdruck dieses tiefgreifenden Wandels – man denke nur an die flüchtige, aber bedeutsame Erfahrung einer Wochenzeitung wie *La sinistra* oder die Gründung eines Verlages wie Samonà e Savelli –, hatte aber paradoxerweise nicht alle seine Auswirkungen erfasst. In seiner Autobiographie erwähnt Livio die fatale Verspätung, mit der seine Strömung zwischen Ende 1968 und Anfang 1969 beschloss, dem Entrismus ein Ende zu setzen, aber er führt diesen „unbewusst konservativen Reflex“ auf rein taktische Überlegungen zurück. Ich neige zu der Ansicht, dass Livio die politische Dimension der tiefgreifenden Veränderungen, die Italien verändert hatten, nicht verstanden hatte. Seine Kultur brachte ihn dazu, die Arbeiterbewegung ausschließlich durch das Prisma der KPI und der Gewerkschaften, ihrer politischen und institutionellen Formen, zu sehen, aber diese Lesart der Realität war nun unzureichend. Eine neue Arbeiterklasse war entstanden, die nicht die Befreiung der Arbeit wollte, sondern die Ablehnung der Arbeit praktizierte; Studenten waren auf den Plan getreten, die nicht mehr für das Recht, zu studieren eintraten, sondern für eine radikale Kritik an der Universität und der Konsumgesellschaft; eine neue Generation ging auf die Straße, die Protagonistin und Subjekt der Veränderung sein wollte. Die KPI, die schon immer mit Misstrauen auf alles schaute, was sich außerhalb ihrer Kontrolle befand, konnte diese Revolte nicht kanalisieren. Der Operaismus mit seiner Theorie des

Massenarbeiters und der Klassenzusammensetzung hatte diesen Wandel verstanden, und das ist vielleicht einer der Gründe, die es ihm ermöglichten, die kulturell hegemoniale Strömung der radikalen Linken in der Zeit des langen 1968 („lungo 68“) in Italien zu werden. Natürlich war vieles an der Kritik, die *Bandiera Rossa* an Lotta Continua oder Potere Operaio übte, zutreffend, aber bei der Diagnose der grundlegenden Tendenzen der damaligen Zeit war der Operaismo weitsichtiger. Livio kritisierte die „theoretischen Deformationen“, ohne auf die dahinterstehende Analyse einzugehen. In diesem Sinne hat ihm die Politik 1968 unrecht gegeben. Der Trotzismus war nie in der Lage, einen Dialog mit dem Operaismus aufzunehmen, der das intellektuelle Rückgrat der neuen Linken in Italien bildete, und die Auseinandersetzung mit ihm zu führen. 1964 gab es einen runden Tisch zwischen *Bandiera Rossa* und den *Quaderni Rossi*, an dem Vittorio Rieser, Raniero Panzieri und Renzo Gambino teilnahmen, dem jedoch nichts weiter folgte. Es war eine verpasste Gelegenheit, denn diese Konfrontation wäre für beide Strömungen fruchtbar gewesen und hätte vielleicht, um eine Hypothese nach Art der kontrafaktischen Geschichtsschreibung zu wagen, der „neuen Linken“ des folgenden Jahrzehnts ermöglicht, einen anderen Ausgang zu finden, als den, den sie gefunden hat. In den 1970er Jahren, als die Zeit des Entrismus zu Ende gegangen war, lag die Rolle der Trotzisten Livio zufolge darin, ein Programm für die Vereinigung der radikalen Linken bereitzustellen, aber dabei bot er das Modell einer leninistischen Partei an, was genau das war, was jene, auf konfuse Weise, zu überwinden versuchte. Einmal mehr gab ihm die Politik unrecht.

Auffallend ist der Kontrast zwischen diesem „unbewusst konservativen Reflex“, der ihn daran hinderte, die in Italien stattfindenden Umwälzungen zu erfassen, und der – ich weiß nicht, wie ich es anders bezeichnen soll – Flucht nach vorn, die ihn in denselben Jahren dazu brachte, die strategische Entscheidung für den Guerillakrieg in Lateinamerika zu theoretisieren, insbesondere in den Ländern des Südkegels (Cono Sur), wo die kubanische Erfahrung nicht wiederholt werden konnte. Livio war einer der Hauptverantwortlichen für diese Strategie. Ihm ist die Ausarbeitung der Resolutionen des 9. Weltkongresses der Vierten Internationale im Jahr 1969 zu verdanken, die auf dem folgenden Kongress 1974 im Wesentlichen bestätigt wurden. Die katastrophalen Folgen dieser Strategie, die sehr viele Menschenleben gekostet hat (denen er in seinem Buch *Tribut* zollt, da er viele von ihnen kannte), wurden nie ernsthaft diskutiert. Livio beschränkt sich in seinem

Buch auf eine nüchterne, manchmal apologetisch anmutende Darstellung, die den Dingen nicht auf den Grund geht. Daniel Bensaid bezeichnet sie in seinem Vorwort mit Nachsicht als „unvollständig und parteiisch“. Die Geschichte hatte Livio recht gegeben, er hatte erkannt, dass die kubanische Revolution die Geschichte Lateinamerikas verändert hatte. Die Politik gab ihm unrecht, denn er ließ sich von der Illusion leiten, dass dies der Weg der Revolution auf dem gesamten Kontinent sein würde. Diese Illusion prägte den Weg einer ganzen Generation lateinamerikanischer Revolutionäre. Livio teilte sie nicht nur als Außenstehender, er war einer der Verantwortlichen dafür, als Theoretiker und als Stratege.

Wesentlich klarsichtiger war er bei der Interpretation der chinesischen Kulturrevolution, in der er keineswegs eine libertäre Explosion sah, sondern eine Regimekrise, die durch den gewaltsamen Zusammenstoß zweier Fraktionen der kommunistischen Bürokratie gekennzeichnet war, einen Konflikt, den Mao durch die Mobilisierung der Parteibasis für sich entscheiden konnte. Seine Analysen waren sehr scharf – sein Buch über China bleibt eines seiner wichtigsten Werke, aber seine Warnungen vor dem Maoismus hatten nur begrenzte Wirkung. In der Welt ist „Rot zu Gelb geworden“ („il rosso è diventato giallo“) sang Ivan Della Mea, und selbst einige Trotzlisten konvertierten zum Maoismus und gründeten später delirierende Bewegungen wie *Servire il Popolo*. Livios Klarsicht war Ausdruck seines historischen Blicks auf den Stalinismus und die Dynamik der postrevolutionären bürokratischen Gesellschaften. Seine Ansichten über Lateinamerika, einen Kontinent, den er viel besser kannte als China, stehen dazu im krassen – und auch recht paradoxen – Gegensatz.

Die Geschichte hat ihm recht gegeben und die Politik unrecht, selbst noch am Ende seines Lebens, als er die Erfahrung der *Rifondazione Comunista* großzügig und enthusiastisch begleitete. Im Gegensatz zu den vielen, die nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Zusammenbruch der Sowjetunion resigniert den Triumph des Kapitalismus in seiner ostentativsten und obszönsten Form, dem Neoliberalismus, verfolgten, machte sich Livio sofort und mit stoischer Beharrlichkeit auf den Weg des Widerstands. Den Fehler von Ernest Mandel, der sich für einen Augenblick der Illusion hingab, Deutschland sei wieder zum Epizentrum der Weltrevolution geworden, zum Bindeglied zwischen einer antikapitalistischen Revolution im Herzen des Westens und einer antibürokratischen im realen Sozialismus, teilte er nicht. Ich erinnere mich genau an ein Gespräch im Jahr 1991, in dem er mir sagte, dass wir

fast zwei Jahrhunderte zurückgefallen wären und dass wir wieder bei null anfangen müssten, wie in den Anfängen der Arbeiterbewegung. Aber diese Aussicht hat ihn nicht entmutigt. Die Politik gab ihm unrecht, nicht etwa, weil es falsch gewesen wäre, sich am Aufbau der *Rifondazione Comunista* zu beteiligen, sondern weil er nicht verstanden hat, dass die *Rifondazione* auf den Anbruch eines neuen Jahrhunderts und eine historische Niederlage mit den Mitteln, Strukturen und weitgehend mit den Ideen der Vergangenheit antwortete. Die Synthese zwischen dem Altermondialismo (der globalisierungskritischen Bewegung) und *Rifondazione* wurde versucht, ist aber gescheitert.

Livio verkörperte die Revolution, wie sie im 20. Jahrhundert gedacht und gelebt wurde, einer heroischen und tragischen Epoche, die es nicht mehr gibt. Die Revolutionen unseres Jahrhunderts dürfen sie nicht vergessen, ja sie sollten ihr Vermächtnis sorgfältig prüfen, aber sie werden andere Wege gehen.

Quelle: <https://liviomaitan.wordpress.com/il-novecento-di-livio-maitan/>

Übersetzung: Horst Lauscher

1 Originaltitel: *Il novecento di Livio Maitan*. (Der Titel verweist mit *Il novecento* u.a. auf den Monumentalfilm von Bernardo Bertolucci aus dem Jahr 1976, der im deutschen Sprachraum als *1900* bekannt wurde.)

EMANZIPATION UND ALLTAGSLEBEN

Gedanken anlässlich des Buches „Solidarische Praxis in Allianz mit der Natur. Marx' dialektische Praxisphilosophie für das 21. Jahrhundert“ von Wolfdietrich Schmied-Kowarzik

■ Friedrich Voßkübler

1. Von der Notwendigkeit, sich die Marxsche Theorie als „Philosophie der Praxis“ anzueignen

Im Vorwort seines Buches schreibt Schmied-Kowarzik: „Wie jede Philosophie bedarf auch das Marxsche Denken einer immer wieder erneuten philosophischen Aneignung seines eigentlichen Sinngehaltes, um lebendig zu bleiben“, zumal die Marxsche Theorie als „Philosophie der Praxis noch gar nicht ausgeschöpft wurde“ (S.12f.). Er fährt weiter fort: „Sehr vereinfacht gesprochen finden wir heute in den westlichen Industrienationen einerseits eine an die kapitalistischen Zwänge angepasste Arbeiterbewegung und andererseits Protestbewegungen, die sich an verschiedenen ... Widersprüchen entzünden, kurzfristig aufflackern und wieder verglimmen. Ein Bewusstsein besteht noch kaum, dass diese Protestbewegungen trotz der sehr heterogenen Kampfziele gegenüber völlig verschiedenen Krisenherden untereinander und mit der traditionellen Arbeiterbewegung zwar nicht direkt, wohl aber in ihrer revolutionären Negation des krisenerzeugenden kapitalistischen Industriesystems zusammenhängen und daher auch durch eine bewusste politische Vernetzung zusammenfinden müssen. Während sich unter den ehemals marxistisch orientierten Theoretikern Resignation als ‚Krise des Marxismus‘ ausbreitet, kultivieren die Protest- und Alternativbewegungen ihre Berührungsangst vor jeder philosophischen Analyse und jedem systematischen Gedanken und belegen daher vor allem die Marxsche Theorie mit einer erneuten Tabuierung“ (S.13). Gegen diese „Tabuierung“ richtet

sich das Buch Schmied-Kowarzik. Es wendet sich erstens gegen die „Tabuierung“ der von Marx entworfenen „Philosophie der Praxis“ durch die marxistisch-leninistische Sklerosierung des Marxismus zu einer „Legitimationswissenschaft“ (Negt), zweitens aber auch gegen die „neuen“ Marxdeutungen, die vom philosophischen Kern der Marxschen Theorie absehen und sich z.B. der „akribischen Rekonstruktion“ der Kritik der politischen Ökonomie widmen und dabei die Marxsche Orientierung auf „revolutionäre Praxis“ aus dem Auge verlieren und drittens gegen die, die die sogenannte „reife Theorie“ Marxens als „empirische Sozialwissenschaft“ verstehen wollen. All diesen Verflachungs- und Tabuisierungsstrategien hält er die These vom „einen Marx“ entgegen, die These, dass Marx von seinen Anfängen bis zur Kritik der politischen Ökonomie niemals von seiner philosophischen Orientierung abließ, sondern stets dem, sagen wir einmal, kategorischen Imperativ der „Einheit des Menschen mit dem Menschen“ treu blieb. Jenem Imperativ, den er von Feuerbach aus der kritischen Analyse der Philosophie, vornehmlich der Hegels, übernahm und den er dann zum Kompass der bis ins Detail gehenden Kritik der kapitalistischen Produktionsweise machte.

2. „Aufhebung“ und „Verwirklichung“ der Philosophie

Der Satz, von dem Schmied-Kowarzik bei all seinen Überlegungen ausgeht, steht in der „Einleitung“ „Zur Kritik

der Hegelschen Rechtsphilosophie“ (1844). Er lautet: „Die *Emanzipation des Deutschen* ist die *Emanzipation des Menschen*. Der Kopf dieser Emanzipation ist die *Philosophie*, ihr Herz das *Proletariat*. Die Philosophie kann sich nicht verwirklichen ohne die Aufhebung des Proletariats, das Proletariat kann sich nicht aufheben ohne die Verwirklichung der Philosophie“ (MEW 1, S.391). „*Emanzipation*“ bedeutet, sich aus den Händen der Herrschaft zu befreien, die den Menschen seiner Menschlichkeit beraubt, die den Menschen also nicht als „Zweck“ und „Wert an sich selbst“ (Kant) ansieht, sondern „bloß“ als „Mittel“, um seine „Arbeitskraft“ auszubeuten. „*Emanzipation*“ bedeutet in diesem Sinn „*Emanzipation des Menschen*“. Und die „*Emanzipation des Menschen*“ wird nur dadurch möglich, dass die „Klasse“, die mit „radikalen Ketten“ (MEW 1, S.390) an die Macht derjenigen gefesselt ist, die sie ausbeuten, „auf den *menschlichen* Titel provoziert“ (ibid.), deren Macht abschüttelt und sich als die um ihre Menschlichkeit gebrachte „Klasse“ „aufhebt“. Das gelingt ohne Zweifel nur „praktisch“, nur durch eine soziale Revolution. Wobei letztere „verwirklicht“, worum es der Philosophie im Grunde zu tun ist: die „Einheit des Menschen mit dem Menschen“, die Realisation des Menschen als „Zweck“ und „Wert an sich selbst“. Ohne die Orientierung auf die „Verwirklichung“ der Philosophie kann keine im strikten Sinn „revolutionäre Praxis“ gelingen. Umgekehrt gilt aber auch: Ohne die „revolutionäre Praxis“ bleibt alle Philosophie blind, unfruchtbar, beschäftigt sich nur mit sich selbst und wird – was man ganz explizit an Hegel studieren kann – affirmativ. Was heißt: Die Philosophie muss durch ihre „Verwirklichung“ aufgehoben werden, genauso wie im gleichen Zuge sich das „Proletariat“ durch die soziale „Revolution“ „aufheben“ muss, damit die „*Emanzipation des Menschen*“ wirklich werden kann. Das ist es, was die zitierte Textstelle mit Nachdruck herausarbeitet. Und das, was sie da herausarbeitet, ist der Kern der „dialektischen Praxisphilosophie“, wie Schmied-Kowarzik sie nennt. Und letztere hinwiederum ist der Kern, der Kompass, wie das Jakob Schäfer sagt, der gesamten Marxschen Theorie. Die Praktiker mögen darob die Nase rümpfen und die Theoretiker mögen den „Primat der Praxis“ in Zweifel ziehen, wie sie wollen, beide kommen nicht um den doppelten dialektischen Zusammenhang zwischen „Verwirklichung“ und „Aufhebung“ herum, wie er eben vorgestellt wurde. Um das noch einmal auf den Punkt zu bringen: Die gesamte Marxsche Theorie hat ihr Zentrum in der „*Emanzipation des Menschen*“ einerseits – und damit verbunden – in der „Aufhebung“ des „Proletariats“ durch

„revolutionäre Praxis“ andererseits. Schmied-Kowarzik spricht das unter dem Titel „Menschliche Emanzipation als sittliche Zielperspektive“ unter dem Punkt 3 (S.64ff.) seines Buches nachdrücklich an.

3. Die Kritik der politischen Ökonomie als „negative Theorie“

Ohne Zweifel ist bei den in der Wissenschaft grosso modo herrschenden Varianten der Marx-Rezeption – der „empirisch-pragmatischen sowie der strukturalen“ als auch der sogenannten „neuen“ Marx-Lektüre (z.B. Michael Heinrich und Ingo Elbe) – der „Primat der Praxis“ ausgeblendet. Ihnen geht daher, so Schmied-Kowarzik, „die eigentliche Pointe der Marxschen *Kritik der politischen Ökonomie* verloren, nämlich in Verfolgung der Wertlogik des Kapitals *ex negativo* aufzuweisen, dass diese strukturell die Negation der arbeitenden Menschen und der Natur betreibt, obwohl sie ohne beide nicht zu sein vermag. Diese Argumentation *ex negativo* ist als *Kritik* nur deshalb möglich, weil sie – wie Marx in seinen philosophischen Frühschriften grundlegend herausgearbeitet hat – selbst in der gesellschaftlichen Praxis gründet und sich als ein Moment im Dienst der emanzipativen Praxis versteht, durch die die Menschen die Negativität der wertökonomischen Logik des Kapitals durchschauen und deshalb vereinigt durchbrechen können. Diese dialektische Wendung ist bisher nur von der praxisphilosophischen Traditionslinie der Marx-Rezeption herausgearbeitet worden, die ... von Antonio Labriola und Antonio Gramsci über Georg Lukács und Ernst Bloch bis zu Herbert Marcuse und Henri Lefebvre den dogmatischen Marxismen entgegentritt“ (S.11). Schmied-Kowarzik steht in dieser von Gramsci als „Philosophie der Praxis“ genannten Traditionslinie. Letztere fasst laut Schmied-Kowarzik die Kritik der politischen Ökonomie nicht als Blaupause weder für die Reform noch für die Transformation des Kapitalismus auf, sondern einzig und allein als zum radikalen Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise befähigende „negative Theorie“. Diese Theorie argumentiert „*ex negativo*“, weil sie sich dem zuwendet, was die „Wertlogik des Kapitals“ einerseits aus ihrem Procedere auszuschließen versucht, worauf sie andererseits jedoch angewiesen ist. Worum handelt es sich da? Z.B. um die Natur in ihrer Fruchtbarkeit, um die Sorge der Menschen um ihren Nachwuchs, die das mitmenschliche Leben bewahrende und fördernde, meist noch weibliche Beziehungsarbeit, die sinnlich-leiblichen, mentalen und intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen usw. usf. Noch einmal gefragt: Worum handelt es sich bei dem, was die „Wertlogik des Kapitals“

aus ihrem *Procedere* auszuschließen versucht? Um die qualitativen Aspekte der Produktion und der Reproduktion des Lebens. Worauf zielt die Kritik der politischen Ökonomie, die sowohl die Kritik an der politischen Ökonomie des Kapitalismus ist als auch die Kritik durch die wissenschaftlich kohärente Darstellung dieser Ökonomie, also ab? Darauf, dass die Menschen die „Negativität“ der genannten Ökonomie durchschauen, darauf, dass sie die „Wertlogik des Kapitals“ von Grund auf, von ihrer „Elementarform“ (der „Ware“) ausgehend aus den Angeln heben können. Darauf, dass es ihnen begreiflich wird, dass die „*Emanzipation des Menschen*“ die Sprengung der „Wertlogik des Kapitals“ nötig macht. Was ist demzufolge die Kritik der politischen Ökonomie? Eine Art Selbstbewusstseinstheorie zum Zweck der „revolutionären Praxis“, zum Zweck somit der „*Emanzipation des Menschen*“. Dementsprechend ist sie nicht nur mehr als eine Ökonomie, sondern letztlich als Ökonomiekritik und als Ökonomie keine Ökonomie. Dies folgt stringent aus dem für die Marxsche Theorie geltenden „Primat der Praxis“. Die unter Marxisten oft vorhandene Fixation auf die Ökonomie ist eine Engführung der Marxschen Theorie, welche an deren praxisphilosophischem Kern vorbeigeht.

4. Philosophie der Praxis und Alltagsleben

Der Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise ist selbstverständlich die unerlässliche Bedingung für den Sozialismus und den Aufbau einer „neuen Kultur“ (Antonio Gramsci: Gefängnishefte Bd. 6. Philosophie der Praxis. Hamburg 1994, S.1377). Beides zusammen kann aber nur gelingen, wenn sich das „Alltagsleben“ (Henri Lefebvre: Kritik des Alltagslebens. Paris 1947, Frankfurt 1987) der Menschen verändert. „...: Der Mensch wird alltäglich sein oder nicht sein! Er wird alltäglich sein durch Überwindung der heutigen Alltäglichkeit, oder er wird vergehen. Solange das Alltagsleben nicht radikal anders geworden ist, wird die Welt nicht verändert worden sein, ...“ (Kritik des Alltagslebens, S.278). Mit anderen Worten: Die „Verwirklichung“ der Philosophie hängt von der „Überwindung der heutigen Alltäglichkeit“, sprich von deren „Aufhebung“, ab. Oder anders formuliert: Die „*Emanzipation des Menschen*“ ereignet sich ganz wesentlich als „Überwindung der heutigen Alltäglichkeit“. Diese „Überwindung“ ist eine Aufgabe, der sich die „Philosophie der Praxis“ unumgänglich widmen muss. Dies erfordert „organische Intellektuelle“ (Gramsci), Kommunisten etwa, die – wie weiland Sokrates – auf den Marktplatz gehen, sich unter den Menschen bewegen, ihnen zuhören, mit ihnen zusammen ihre Ansichten kritisch reflektieren und mit den Mitteln

der argumentativen Überzeugung auf eine „neue Kultur“, auf das Ziel eines von Ausbeutung freien selbstbestimmten Lebens hin orientieren. Sie können dabei an jene „Residuen“ anknüpfen, die die „Wertlogik des Kapitals“ so weit als möglich aus sich ausschloss, um sich zum alles beherrschenden „automatischen Subjekt“ (Marx) zu machen. Mit den Worten Lefebvres: „Wir gelangen zum Vorschlag einer Methode der Residuen ...: Man spürt die Residuen auf, man enthüllt ihre kostbare Essenz, man fasst sie zusammen, man organisiert ihre Revolte und totalisiert sie“ (Henri Lefebvre: *Metaphilosophie. Prolegomena*. Paris 1965, Frankfurt 1975, S.334). Freundschaft, Liebe, Kameradschaft, das Bedürfnis nach Kommunikation zusammen mit dem „höchsten Bedürfnis“, dem Bedürfnis nach dem „anderen Menschen“ (Marx) etc., dies alles gehört zur „kostbaren Essenz“ der „Residuen“, zur „kostbaren Essenz“ des Menschlichen überhaupt, die – von der „Wertlogik des Kapitals“ in Dienst genommen und „entfremdet“ – ihrer „Verwirklichung“ bedarf. Kurz und gut: Nur wenn es den Kommunisten – „organisch“ mit deren „kostbarer Essenz“ verbunden – gelingt, eine „Revolte“ der „Residuen“ zu organisieren, kann die „soziale Revolution“ erfolgreich sein. Mit anderen Worten: Die Organisation der „Revolte“ der „Residuen“ ist der Kern „revolutionärer Praxis“. Es gibt keinen anderen, weil die „*Emanzipation des Menschen*“ das politische und sittliche Ziel ist. Folglich ist dies der „Sinngelhalt“ des Marxschen Denkens, deren An eignung Schmied-Kowarzik angesichts des Desasters des Dogmatismus für notwendig hält. Ich unterstütze das ganz ausdrücklich und kann daher die Lektüre seines Buches, auch wenn es sich zu oft in Wiederholungen bewegt, nur empfehlen. Die Beschäftigung mit den Gedanken dieses bedeutenden marxistischen Philosophen halte ich zur Klärung der eigenen Positionen für dringend notwendig. Da allein schon meine Beschäftigung mit der „dialektischen Praxisphilosophie“ von Marx viel Platz erforderte, konnte ich hier nicht eigens auf den Komplex der „Allianz mit der Natur“ eingehen. Ich möchte das in Bälde nachholen.

1 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. MEW 1, S. 378ff

2 Antonio Gramsci: Gefängnishefte Bd.6. Philosophie der Praxis. Hamburg 1994

3 Henri Lefebvre: Kritik des Alltagslebens. Paris 1947, Frankfurt 1987

4 Henri Lefebvre: *Metaphilosophie. Prolegomena*. Paris 1965, Frankfurt 1975

HUMANITÄRE HILFE FÜR UKRAINISCHE GEWERKSCHAFTEN

Der russische Angriffskrieg hat zu enormem Leid in der ukrainischen Gesellschaft geführt. Familien mit ausreichenden Finanzmitteln flüchten nach Polen oder in andere westeuropäische Länder. Die arbeitende Bevölkerung mit geringen Ressourcen ist jedoch darauf angewiesen, entweder vor Ort auszukommen oder in eine westlich gelegene ukrainische Stadt zu flüchten. Die Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung notwendiger Dienstleistungen wie in Krankenhäusern oder im öffentlichen Verkehr. Gewerkschaftsmitglieder riskieren dabei zum Teil ihr Leben, in dem sie in östlichen Provinzen weiter in Krankenhäusern die Versorgung oder z. B. als Eisenbahner:innen die Verbindungen zu der Bevölkerung im Osten aufrecht halten.

Wir stehen im engen Kontakt zu der Gewerkschaft der Eisenbahner:innen und der Gewerkschaft des Krankenhauspersonals; beide gehören der Konföderation Freier Gewerkschaften der Ukraine KWPU an. Beide Gewerkschaften kämpfen nicht nur gegen die Folgen des Krieges, sondern auch gegen den Abbau von Arbeitsrechten: Während das Arbeitsrecht aus der Sowjetzeit in der Russischen Föderation schon längst dem Neoliberalismus im Interesse des Profits zum Opfer gefallen ist, entsprechen diese Gesetze in der Ukraine zum Teil noch denen aus der Sowjetunion. Gerade in Zeiten des Krieges, wo die Regierung die Devise des „Zusammenrückens“ ausruft und die Bevölkerung meint, sie müsse dieser Aufforderung folgen, um die nationale Souveränität zu erhalten, sind Rechte der Beschäftigten den Unternehmern ein Dorn im Auge; zusammen mit ausländischen Berater:innen, wie sie u. a. Boris Johnson in das Arbeitsministerium in Kiew geschickt hat, treiben den Staat dazu, diese Rechte abzubauen.

Gegen diesen Abbau der Rechte der Arbeitenden versuchen sich die Gewerkschaften zusammen mit fortschrittlichen Kräften zu stemmen. Während die Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei der Aufrechterhaltung zentraler Dienstleistungen, vor allem in den Bereichen Verkehr und Gesundheit, spielen, werden sie gezwungen, sich gegen die eigene Regierung zu stellen und sich gegen den Abbau

der Rechte in den Betrieben zu wehren. Bei dem Kampf gegen den Abbau von Rechten der abhängig Beschäftigten muss sich die internationale Öffentlichkeit mit den ukrainischen Gewerkschaften solidarisch zeigen. Bei der Aufrechterhaltung zentraler Dienstleistungen können die internationale Öffentlichkeit, Gewerkschafter:innen und Initiativen die Solidarität durch humanitäre Hilfe leisten.

Unser Aufruf wurde im ersten Monat sofort von 75 Gewerkschaftsmitgliedern unterzeichnet, und es wurden circa 8000 Euro gespendet! Die Spenden wurden nun in zwei ersten Raten an die beiden Gewerkschaften in der Ukraine geschickt, mit denen wir im engen Kontakt stehen: Die Eisenbahner:innen-Gewerkschaft hat mit einer entsprechenden Geldspende einerseits einen Generator für umgesiedelte Familien der Gewerkschaftsmitglieder, andererseits warme Kleidung und Schlafsäcke besorgen können. Für die Gewerkschaft des Gesundheitspersonals in Krywyj Rih wurden speziell benötigte Medikamente, vor allem Schmerzmedikamente, für die Städtische Klinik in Krywyj Rih gekauft und dorthin verschickt. Diese wenn auch nur kleine Geste der Solidarität wurde sehr begrüßt.

Wir rufen zur weiteren Unterstützung dieser beiden Gewerkschaften mit Spenden auf.

Spenden an:

Internationale Solidarität e.V.

Stichwort „Ukraine Solidarität“ angeben

IBAN: DE94 4306 0967 6049 1075 00

Der Verein kann auf Wunsch steuerlich absetzbare Spendenbestätigungen ausstellen. Falls gewünscht, bitte die dafür nötige vollständige Anschrift schicken an: ukrainesolidaritaet@intersoz.org

Die Liste der Unterzeichner*innen kann am Ende des gleichlautenden Textes auf unserer Website eingesehen werden (<https://www.intersoz.org/gewerkschaftliche-solidaritaet/>)

AHLEM BELHADJ (1964–2023)

Der Tod von Ahlem Belhadj am 11. März in Tunis trifft sowohl die Frauenbewegung, die Gewerkschaftsbewegung als auch die revolutionäre Linke in Tunesien und darüber hinaus.

■ Gilbert Achcar

Ahlem, eine ausgebildete Kinderpsychiaterin, engagierte sich als Studentin im revolutionären Kampf, indem sie in den Reihen der Studierendengewerkschaft aktiv wurde und sich dann der tunesischen trotzkistischen Gruppe anschloss, die der Vierten Internationale angehörte. .

Gewerkschaft und Feminismus

Ahlem wurde Professorin für Kinder- und Jugendpsychiatrie, später Leiterin der Abteilung für Kinderpsychiatrie am Mongi-Slim-Krankenhaus in La Marsa und Vorsitzende der tunesischen Vereinigung für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Sie engagierte sich weiter in der Gewerkschaftsbewegung und wurde Generalsekretärin der Generalunion der Krankenhausesärzt:innen, die der Union Générale Tunisienne du Travail, dem Gewerkschaftsdachverband UGTT, angehörte.

Nachdem die revolutionäre Gruppe, der sie sich angeschlossen hatte, in eine Krise geriet, nahm sie Abstand von organisierten politischen Aktivitäten, hielt aber an ihren politischen Überzeugungen fest; das kam darin zum Ausdruck, dass sie weiter persönliche Beziehungen zur Vierten Internationale unterhielt. Gleichzeitig engagierte sich Ahlem intensiv für feministische Aktivitäten, sie wurde 2004 zum ersten Mal und 2011, als sich die sozialen Bewegungen in Tunesien radikalisierten, zum zweiten Mal Vorsitzende der „Association Tunisienne des Femmes Démocrates“ (ATFD), des tunesischen Verbands der demokratischen Frauen. In dieser Funktion spielte sie eine führende Rolle bei der revolutionären Umwälzung in Tunesien und dem anschließenden Verfassungsprozess; insbesondere bekämpfte sie Vorstöße, die auf die Wiedereinführung von Klauseln zur Diskriminierung von Frauen in der neuen tunesischen Verfassung abzielten.

Ahlem ist so zu einer wichtigen Persönlichkeit in ihrem Land geworden, wie die breite Reaktion von

Politiker:innen, Gewerkschaften, Verbänden und Medien auf ihr Ableben zeigt. Ihr Ruf als Leitfigur des tunesischen Feminismus ging über die Grenzen hinaus: 2012 erhielt sie im Namen des AFTD den Simone-de-Beauvoir-Preis. Im selben Jahr setzte die US-amerikanische Zeitschrift *Foreign Policy* sie auf Platz 18 ihrer jährlichen Liste der 100 einflussreichsten Denker und Denkerinnen der Welt. Auch in der internationalen Presse wurde mehrfach über sie berichtet.

Ihr vorzeitiger Tod trat nach einem langjährigen Kampf gegen die Krankheit ein. Wer Ahlem kannte, bewunderte ihren außergewöhnlichen Mut angesichts der Krankheit, die an ihr nagte, und der Schwierigkeiten in ihrem Familienleben. Als Mutter von zwei kleinen Kindern war sie gezwungen, sich allein um sie zu kümmern, nachdem ihr Lebensgefährte Jalel Ben Brik Zoghلامي ins Exil gegangen war und sie sich dann einvernehmlich getrennt hatten.

Es bedarf offensichtlich einer einzigartigen Charakterstärke, um die Verantwortung als Mutter, im Beruf, als Gewerkschafterin und Feministin miteinander zu kombinieren, wie Ahlem es jahrelang getan hat. Sie bestach durch ihre Intelligenz, Liebesswürdigkeit und freundschaftliche Wärme sowie durch ihre Fähigkeit, im Angesicht von Widrigkeiten zu lachen. Ihr Tod ist ein großer Verlust für all die Kämpfe, die sie im Laufe dieser verschiedenen Kämpfe gut kennen gelernt haben.

Übersetzung: Wilfried

Dieser Artikel erschien zuerst in *L'Anticapitaliste*, der Wochenzeitung der NPA, Nr. 653 vom 16. März 2023, <https://lanticapitaliste.org/actualite/international/les-notres-ahlembelhadj-1964-2023>.

Am 31. März fand in Paris eine Veranstaltung der Vierten Internationale zum Gedenken an Ahlem Belhadj statt: <https://lanticapitaliste.org/evenement/paris-hommage-ahlembelhadj>

1 Dies war die Organisation Communiste Révolutionnaire (OCT), die ehemalige tunesische Sektion der Vierten Internationale, die aus der Ende der 1970er Jahre entstandenen Groupe Révolutionnaire des Travailleurs (GRT) hervorgegangen war; die OCT hat sich vor 2011 aufgelöst. Jalel Ben Brik Zoghلامي, Ahlems Lebensgefährte, gehörte zur Leitung der OCT und war später Sprecher der 2011 gegründeten Ligue de la Gauche Ouvrière (LGO), die auf dem 17. Weltkongress (Februar/März 2018) als Sektion der Vierten Internationale anerkannt wurde, inzwischen aber faktisch nicht mehr existiert. (Anm. d. Übers.)



Ökosozialistische Konferenz der ISO
9. bis 11. Juni 2023 in Köln

Klima, Klasse, Widerstand

Der soziale Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen und der ökologische Kampf gegen die Ausbeutung der Natur gehören zusammen – je weiter die Klimakatastrophe, Hunger und Kriege voranschreiten, desto deutlicher wird das.

Trotzdem fällt es oft schwer, beides wirklich zusammen zu denken und in der widerständigen Praxis des Alltags zusammenzubringen. Die Ökosozialistische Konferenz der ISO will dazu einen Beitrag leisten.

Dazu bearbeiten wir verschiedene Themenfelder:

Die Energiewende:

- Die Träume des kapitalistischen Umbaus sind aus Wasserstoff. Wie tragfähig sind sie?
- Sie reduzieren sich auf eine Antriebswende – wir brauchen aber Energieeinsparungen, nicht nur im Konsum, vor allem in der Produktion.

Die Verkehrswende:

- Umstellung der Produktion im Betrieb – an den Beispielen Alstom und VW
- Verkehrswende in der Kommunalpolitik
- Positionierung für eine ökosozialistische Verkehrswende

In der Veranstaltung am Freitagabend fragen wir mal umgekehrt: Bringen die Renten- und Lohnkämpfe der letzten Monate den ökosozialistischen Umbau voran?

Letzten Endes müssen Energieversorgung und Mobilität wieder in öffentliche Hand. Was aber heißt Vergesellschaftung bei den Energiekonzernen? Bei den Verkehrsbetrieben? Und wie kommen wir dahin? Das ist das Thema unserer Abschlussveranstaltung am Sonntag.

Es referieren u.a.: Violetta Bock, Ingo Schmidt, Wolfgang Pomrehn, Christine Poupin, Antonio Andrioli, Kathrin Vogler (angefragt), Klaus Meier, Ines Schwerdtner

Weitere Informationen zum Programm, zur Anreise, zu Anmeldungen usw.:

<http://www.oekosozialistische-konferenz.de/>

Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGBTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

